

Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

4/2011



Global Governance – Eine Chimäre?

Global Governance – Eine Chimäre?

Inhalt

Editorial 2
Alessa Hartmann

Schwerpunkt

Global Governance – 3
Illusion und Notwendigkeit einer Idee

Jürgen Maier

Die G20 als Global Governance-Akteur – 5
Neue Dynamik durch informellen Multilateralismus

Lars Brozus

Blick auf Rio+20 – 7
Von den Erwartungen an eine Konferenz

Michael Frein

UNEP und kein Ende? 9

Daniel Mittler

Begräbnis dritter Klasse für die Doha-Runde? 10
Die Welthandelsorganisation WTO

Tobias Reichert

Nach dem Durchbruch für rechtliche 12
Verbindlichkeit in Durban: Jetzt die Ambitions-
und Finanzierungslücke schließen

Christoph Bals, Sven Harmeling, Manfred Treber

Stimmen aus China 14
Chinas wachsender globaler Einfluss
am Beispiel von Entwicklungspolitik

Marie-Luise Abshagen

NEUE Wege beim Schutz der Wälder – 16
Ecuadors Yasuni-Trust Fund

Jürgen Maier

Aktuell

Wind of Change in der Entwicklungshilfe? 18
Neue EU Agenda umstritten – doch auch Kritik
verirrt sich zuweilen

Monika Hoegen

Ernährungssicherung und Zugang 19
zu natürlichen Ressourcen
Konferenz „Politik gegen Hunger“

Roman Herre, Philip Seufert

Solutions for the Green Economy? 21
Eindrücke von der Bonner Nexus-Konferenz

Jürgen Maier

Staudämme sind keine Lösung für
den Klimawandel 24

Internationale Begegnung mit Flusschützern

Michael Bender, Jean-Philippe Müller, Heike Drillisch

Die (Un)wahrheit unserer Klimaziele 26
Investitionen in Kohlekraftwerke in Indien
und China im Rahmen des CDM

Eva Maria Filzmoser

Höchste Zeit für die Energie der Zukunft 28
Die Rolle der Internationalen Organisation für
Erneuerbare Energien (IRENA)

Dolf Gielen

Themen und AGs

Klimakiller Kohle und seine Finanzierer 30
Deutsche Banken auf Top-Plätzen im
Investitionsranking

Regine Richter

Fleisch in Massen – Fleisch in Maßen 31
Internationale Tagung zu den Perspektiven
für eine nachhaltige Tierhaltung und einen
zukunftsfähigen Fleischkonsum

Mireille Hönnicke

Kooperation statt Konkurrenz 32
Neue Wege in der EU Handels- und
Investitionspolitik

David Hachfeld

Es wurde diskutiert, getanzt und vernetzt... 33
das war der Jugend-Klima-Gipfel 2011

Katharina Reuter

There is no planet B 35
Weltweiter Klima-Aktionstag am 24. September

Katharina Reuter

Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ 36
Großdemo in Berlin am 21.1.12!

Harry Hoffmann, Jochen Fritz, Iris Kiefer

Entwicklungspolitik – was denken die Bürger? 37
Wie gewinnt man sie für dieses Thema?

Christian Wilmsen

Umfangreiches Arbeitsprogramm 38
verabschiedet Bericht vom GEF Council

Günter Mitlacher

Perspektiven gender gerechten Wirtschaftens 39
Fachgespräch „Green Economy – Wirtschaften
für nachhaltige Lebensbedingungen“

Elisabeth Stiefel, Daniela Gottschlich

Energieholz – 40
eine Therapie für den Klimaschutz?

László Maráz

Gehen die Meere unter? 41
Rio+20 und der Meeresumweltschutz

Claudia Kabel

Publikationen 42
Veranstaltungen / Termine 44



Forum Umwelt
und Entwicklung

Impressum:
Herausgeber:
Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Telefon: 030 678 1775 93
Fax: 030 678 1775 80
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Alessa Hartmann
Layout: Stefan Schober
Titelbild: Gerd Altmann / pixelio

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2012



Alessa Hartmann

Liebe Leserinnen und Leser,

die Erwartungen waren gering und wurden somit erfüllt: Die Bremser haben sich wieder mal durchgesetzt auf dem Klimagipfel in Durban. Zwar konnte zumindest vereinbart werden bis 2015 ein ab 2020 geltendes Klimaabkommen zu verhandeln, dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verhandlungen von nationalen Partikularinteressen bestimmt waren.

Damit steht der Klimagipfel exemplarisch für die gesamte Verfassung des UN-Systems. 66 Jahre nach der Gründung der Vereinten Nationen ähnelt der internationale Kooperationsrahmen UN einem zahnlosen Löwen. In Zeiten globaler Krisen steht sie vor einer Vielzahl von Herausforderungen, scheint aber handlungsunfähig und gelähmt, statt Lösungen zu formulieren. Neben den Klimaverhandlungen sind auch andere UN-Schauplätze, wie die Doha-Runde der WTO zum Stillstand gekommen.

Ein halbes Jahr vor dem Weltgipfel in Rio Grund genug, dass sich der Schwerpunkt dieses Rundbriefs rund um das Thema Global Governance dreht.

Welchen Einfluss haben die Entscheidungen, die auf der Vielzahl von UN-Konferenzen getroffen werden denn eigentlich noch auf das Leben des Einzelnen? Die UN scheint weit weg zu sein von dem krisengeschüttelten Alltag der Nationalstaaten. Das durch die UN produzierte Regelwerk bleibt oftmals ohne effektive Umsetzung.

Internationale Verhandlungsrunden verlagern sich weg von der vermeintlich entscheidungsschwachen UN hin zu informellen Runden, wie den G20, die sich durch ihre hohe Effektivität auszeichnen, aber im Gegensatz zur UN über keine Legitimität verfügen.

Auf eine gemeinsame Politik, die dem Wohle aller Staaten dient, wollen sich immer weniger Akteure einlassen, wenn dies bedeutet nationale Interessen hintenan zu stellen. Sogar die EU stößt in Zeiten der Eurokrise an ihre Grenzen, die großen Staaten verhandeln untereinander, die kleinen werden zu stummen Zuschauern degradiert.

Dies macht im Hinblick auf den Weltgipfel in Rio 2012 wenig Hoffnung, dass es gelingt alle Staaten an einem Strang ziehen zu lassen, um gemeinsam Lösungen für die globalen Herausforderungen zu finden.

Das Gefüge der Welt ist im Umbruch, neue, starke Akteure wie China, Indien oder Brasilien betreten die globale Bühne und machen ihre eigene Politik, oftmals ohne Berücksichtigung der alteingesessenen Akteure. Die Einteilung Nord-Süd in Industrie- und Entwicklungsländer scheint angesichts der Krisen in Ländern wie Griechenland oder Portugal ohnehin überholt.

Die Signale sind deutlich: eine Reform und Modernisierung der UN ist unumgänglich, um wieder Schwung in festgefahrene Verhandlungen zu bringen.

Denn trotz allem sind die Vereinten Nationen nicht zu ersetzen. Der Kooperationsrahmen UN ist als Arena der Gestaltung internationaler Politik nach wie vor ohne Alternative.

Doch die UN kann nur so effizient sein, wie ihre Mitglieder es zulassen.

Eine anregende Lektüre wünscht

Alessa Hartmann

Alessa Hartmann



Global Governance

Illusion und Notwendigkeit einer Idee

Es entbehrt nicht einer gewissen Schizophrenie, dass die Weltwirtschaft heute so globalisiert ist wie noch nie und Krisen, die früher allenfalls lokale Auswirkungen hatten, heute massive Schockwellen durch die gesamte Weltpolitik jagen. Wenn amerikanische Immobilienkredite platzen oder Griechenland seine Staatsschulden nicht mehr bezahlen kann – das spüren heute Volkswirtschaften und damit auch die Politik in weiten Teilen der restlichen Welt. Aber gleichzeitig ist die Politik heute unfähiger denn je, auf die globalen Krisen globale Antworten zu formulieren. Kaum überbrückbare Interessengegensätze blockieren nicht nur die internationalen Institutionen, sondern längst auch diejenigen informellen Zusammenschlüsse, die geschaffen wurden, um die Entscheidungsfindung in den formellen Strukturen zu erleichtern (oder zu umgehen). Selbst das Modellprojekt EU mit seinen mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten ist an seine Grenzen gestoßen.

Die Vereinten Nationen als die älteste der heutigen internationalen Organisationen sind keineswegs die einzige internationale Organisation, die von diesem Phänomen geplagt ist. Auch die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization), vor zehn Jahren noch Synonym für eine dynamische wirtschaftliche Globalisierung, ist spätestens seit ihrer Ministerkonferenz 2003 in Cancún kaum noch handlungsfähig. Aus NGO-Sicht eigentlich nicht weiter bedauerlich – die wirtschaftliche Liberalisierungsagenda der WTO war und ist so ungefähr das genaue Gegenteil dessen, was wir unter Nachhaltiger Entwicklung verstehen. Die Zeiten, in denen die alte G7/G8 selbsternannte

»Weltwirtschaftsgipfel« veranstalten konnten, sind lange vorbei – die Finanzkrise 2008/2009 katapultierte diese Runde der alten Industrieländer des späten 20. Jahrhunderts schneller in die Geschichtsbücher als man dies noch in Heiligendamm vor gerade einmal vier Jahren für möglich gehalten hätte. Die Finanzkrise konnte nur noch mit den großen Schwellenländern angegangen werden, die G20 wurden gegründet – und haben sich seitdem auf so gut wie nichts Brauchbares einigen können. Von den G8 redet mittlerweile niemand mehr.

Selbst in der EU, in den Augen der meisten Europäer geradezu das archetypische Modell multilateraler Kooperation auf der Basis einer angeblich

unwiderruflichen Abtretung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen, geht in der Euro-Krise das Gespenst des Zerfalls um. Intergouvernementale Kooperation zwischen den stärksten und größten Regierungen tritt an die Stelle multilateraler und supranationaler Institutionen. Die kleineren Mitglieder werden ebenso wie die supranationalen Institutionen wie Kommission oder Zentralbank zu Zaungästen informeller Entscheidungsprozesse degradiert, bis hin

zu Änderungen der europäischen Grundlagenverträge. Noch nehmen sie das widerstrebend hin. Wie lange noch? Immerhin – in der EU ziehen die selbsternannten power-broker noch halbwegs an einem Strang.

Nord-Süd-Einteilung der Welt existiert nicht mehr

Dies kann man auf der globalen Ebene allerdings nicht sagen. Die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte nehmen zu, und die Interessenlagen der großen Wirtschaftsmächte divergieren immer mehr. Umso anachronistischer muten viele der Kategorien an, entlang derer in den internationalen Institutionen Politik gemacht wird. Noch vor zehn Jahren waren die alten Industriestaaten der G8 die Liberalisierungstreiber der WTO-Verhandlungen – sie versprachen sich große Gewinne durch die Öffnung der Volkswirtschaften der »Entwicklungsländer«. Heute verwandeln sich die USA mit ihrem chronischen Leistungsbilanzdefizit immer mehr in eine protektionistische Macht, und ohne den sehr konkurrenzfähigen Vize-Exportweltmeister Deutschland würde es der EU wohl ähnlich ergehen. Länder wie China, Taiwan und Korea dagegen ernten heute die Früchte der geöffneten Weltmärkte und häufen immer größere Devisenreserven an. Kein Wunder, dass man in Europa mittlerweile nach Beijing schielt, wenn es darum geht, wer den Südeuropäern noch Geld leihen soll.

Verglichen mit der seit Jahrzehnten kultivierten Nord-Süd-Dichotomie der Vereinten Nationen sind die Verhandlungsblöcke der WTO geradezu modern und differenziert. Das krude Schema »G77+China versus Industrieländer« der UN hat mit den Realitäten des Jahres 2011 ungefähr so viel zu tun wie die Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrats. Diese überholte Einteilung der Welt entpuppt sich auch in den Verhandlungen des Rio-Prozesses immer mehr als Hindernis erster Klasse. Nehmen wir etwa die Klimaverhandlungen als Beispiel: dort werden etwa Griechenland oder Portugal als »reiche Industrieländer« klassifiziert, die »armen Entwicklungsländern« wie etwa China, Brasilien oder Saudi-Arabien Millionensummen an Klimafinanzierung geben sollen, um damit ihren Beitrag zu den 100 Milliarden zu leisten, die 2020 jährlich vom »reichen Norden« in den »armen Süden« fließen sollen. Solche Vorstellungen sind wohl nicht nur in den Augen der Griechen, sondern auch der Chinesen anachronistisch.

Auch in den internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds IWF, lange das Feindbild Nr. 1 verschuldeter Entwicklungsländer, macht sich dies bemerkbar. Länder wie Brasilien, Indien oder China finden den IWF heutzutage nicht mehr sonderlich interessant, und erst recht nicht brauchen sie seine Kredite. Unter den Auflagen des IWF stöhnen heute vielleicht die Griechen und kleinere, ärmere Entwicklungsländer, die im Ernstfall aber genauso gut ihre Kredite in Beijing zu besseren Konditionen bekommen können.

Internationale Organisationen überholt?

Es kann kaum verwundern, dass mit den überholten Denkmustern des 20. Jahrhunderts die Krisen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht zu lösen sind. Die zunehmende Entmachtung und Marginalisierung der internationalen Organisationen und eine Proliferation informeller Runden und massiv zunehmende direkte intergouvernementale Kooperation in ständig wechselnden, handverlesenen Zirkeln ist die realpolitische Konsequenz. Dabei kommt es nicht nur auf ökonomische Potenz an, sondern auch auf politische Stärke – und dabei haben notorisch entschei-

dungsschwache Gebilde, wie die EU oder auch eine durch einen von der Opposition kontrollierten Kongress gebremste US-Administrationen, echte Wettbewerbsnachteile.

Eine andere denkbare Konsequenz wäre eine durchgreifende Modernisierung der internationalen Institutionen. Dafür müssten viele alte Zöpfe abgeschnitten werden. Beispiele wären eine radikale Neuverteilung der Kräfteverhältnisse in IWF und Weltbank entsprechend der realen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse des Jahres 2011, eine Auflösung der »G77+China« und Ersetzung durch überwiegend regional basierte Staatengruppierungen mit halbwegs ähnlicher Interessenlage oder auch die Abschaffung von Vetorechten im UN-Sicherheitsrat. Zu einer solchen konsequenten Modernisierung des internationalen Systems gehört in letzter Konsequenz der Abschied von der Vorstellung, der »alte Westen« sei das Entwicklungsmodell für den Rest der Welt oder für die Lösung aller Probleme der Welt verantwortlich. Für diesen Anspruch hat der alte Westen schlichtweg nicht mehr die Kraft.

Die Karten werden neu gemischt

Vor solchen Konsequenzen schrecken aber so gut wie alle Beteiligten zurück, obwohl sie früher oder später unvermeidlich sind. Die in weiten Teilen der Welt ungeliebten USA wollen sich nicht eingestehen, dass sie als weltweit größte Schuldnation längst nicht mehr in der Lage sind, dem Rest der Welt zu sagen wo es lang geht – allenfalls für eine Blockaderolle gegen Klimaschutz oder Finanztransaktionssteuern reicht es noch. Europa will sich nicht eingestehen, dass es in weiten Teilen der Welt vielleicht noch als Wirtschaftspartner interessant ist, aber politisch unwichtig ist und sein Multilateralismusmodell spätestens seit der Euro-Krise niemanden mehr inspiriert. Nicht einmal mehr die Türken sind heute noch sonderlich begeistert von einem EU-Beitritt. Die großen Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien wollen zwar gerne mehr Einfluss, schrecken aber vor den vielen teuren Verpflichtungen zurück, die mit ihrem täglich wachsenden wirtschaftlichen und weltpolitischen Gewicht einhergehen. Kleinere Entwicklungsländer

fürchten sich vor dem Sturz in die totale Bedeutungslosigkeit, wenn die längst zur Illusion gewordene »Einheit der Entwicklungsländer« in Form der G77 formell aufgelöst würde, statt die Chancen zu sehen, sich nicht länger den Interessen Chinas, Südafrikas oder Brasiliens unterordnen zu müssen. Für nahezu alle Beteiligten (da unterscheiden sich Regierungen und Gesellschaften vermutlich nicht signifikant) wäre eine umfassende Modernisierung des internationalen Systems zunächst eine krasse Zumutung. Am allermeisten wäre das für diejenigen der Fall, die gar kein funktionierendes multilaterales System wollen, sondern tendenziell das unilaterale Recht des Stärkeren vorziehen.

Leider ist kaum absehbar, dass sich in den nächsten Jahren solche Modernisierungen durchsetzen werden, und deswegen werden wirklich globale Lösungen für globale Probleme und Herausforderungen kaum möglich sein. Die jeweiligen Staatenblöcke der heutigen multipolaren Welt verfolgen die jeweils für sie beste Lösung, und wie »unabhängig« von der Interessenlage ihrer jeweiligen Regierung die NGOs agieren, ist eine durchaus sehr offene Frage. In den strategischen Grundüberzeugungen sind sich Regierungen, Gesellschaft und NGOs in Europa, USA, China, Brasilien und anderen Teilen der Welt viel ähnlicher als uns lieb sein mag. Wir erleben zunehmend einen Wettbewerb von kaum kompatiblen Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, der die internationalen Institutionen einem gewaltigeren Stresstest unterziehen dürfte, als einst der Kalte Krieg. Die Balance zwischen Konkurrenz und Kooperation verschiebt sich immer mehr zugunsten der Konkurrenz, und für viele der »globalen Gemeinschaftsgüter« dürfte dies fatale Folgen haben: es geht dann nicht mehr um die Frage von Schutz und Nutzung, sondern nur noch um die Frage, wer sich die Nutzungsrechte sichert. Zwanzig Jahre nach Rio sind viele Illusionen über die Möglichkeit eines konsensuell vereinbarten Umsteuerns zu einer »Nachhaltigen Entwicklung« zerplatzt. Ohne den globalen Konsens dennoch voranzukommen, das ist jetzt die große ungelöste Herausforderung.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.



© Karl-Ernst Stahnke / pixelio.de

Die G20 als Global Governance-Akteur

Neue Dynamik durch informellen Multilateralismus?

Auf globaler Ebene werden neue Formen multilateraler Kooperation, die sich durch eine vergleichsweise große Informalität auszeichnen, immer wichtiger. Hier ist in erster Linie die G20 zu nennen, die im Verlauf der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erhebliche Steuerungsenergie bewiesen hat. Vorangetrieben durch die französische Präsidentschaft sind 2011 zusätzliche Politikfelder - wie Ernährungssicherheit, Rohstoffpreisvolatilität und die soziale Dimension der Globalisierung - auf die Agenda der G20 geraten. Damit hat die G20 eine noch zentralere Rolle für Global Governance übernommen. Zwar ist nicht absehbar, ob diese Dynamik unter der mexikanischen Präsidentschaft 2012 beibehalten werden kann. Klar ist jedoch, dass sich Machtverschiebungen in einem durch größere Informalität geprägten Multilateralismus sehr viel unmittelbarer in neue Handlungsspielräume für die „Globalisierungsgewinner“ unter den Staaten umsetzen (zum Beispiel China, Indien, Brasilien, auch Deutschland), als dies in einem stärker institutionalisierten Rahmen wie dem UN-System möglich ist.

Seit 2008 haben die G20 in der Global Governance-Politik erheblich an Bedeutung gewonnen. Mit der Aufwertung der G20-Treffen zu Gipfeln der Staats- und Regierungschefs sind – je nach Perspektive – die Befürchtungen vor, beziehungsweise die Erwartungen an diesen Club, der politisch und ökonomisch relevante Akteure aus verschiedenen Weltregionen versammelt, erheblich gestiegen. Die G20 begreifen sich inzwischen als ein bedeutendes Gravitationszentrum von Global Governance, worunter die Produktion und das Management von globalen Kollektivgütern verstanden wird. Dazu zählen Güter wie der Schutz menschlicher Lebensgrundlagen, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Frieden oder in

wirtschaftlicher Hinsicht die Bewahrung makroökonomischer Stabilität. Entsprechend weitet sich die Agenda der G20 stetig aus. Ursprünglich eingerichtet, um in einem informellen Rahmen über globale Finanz- und Wirtschaftspolitik zu diskutieren, befassen sich die G20 inzwischen auch mit anderen Politikfeldern wie der Entwicklungs- oder der Energiepolitik.

Der Bedeutungsgewinn der G20

Der Bedeutungsgewinn der G20 hängt eng mit der als unzureichend wahrgenommenen Handlungsfähigkeit anderer Akteure zusammen, die Global Governance-Politik betreiben. Die für globales Regieren legitimierte Institution, das UN-System, scheint nicht in der Lage, ihre internen Blockaden auf dem Weg zu mehr effektiver Steuerung zu überwinden. So zeichnet sich kein Konsens über eine Reform des Sicherheitsrates ab, die dieses Organ zu einem wirklich handlungsfähigen Instrument globalen Regierens machen würde. Im Sicherheitsrat selbst gibt es immer wieder Streit über Maßnahmen zum Schutz des globalen Friedens, wie zuletzt an der Uneinigkeit über eine Resolution zur Verurteilung der Aggression der Assad-Regierung gegenüber den protestierenden Syrern deutlich wurde. Andere Reformschritte, etwa die Einrichtung einer globalen Umweltorganisation oder die Doha-Welthandelsrunde, kommen nur langsam voran. Und die Verhandlungen über den Schutz menschlicher Lebensgrundlagen, etwa im Klimabereich, scheitern an nationalen Vorbehalten. Kurz:

Argentinien	Australien	Brasilien ¹	China
Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Japan
Indien	Indonesien	Italien	Kanada
Mexiko	Russland	Saudi-Arabien	Südafrika
Südkorea	Türkei	USA	Europäische Union

Tabelle 1: Die G20-Mitglieder (fett: Ständige UN-Sicherheitsratsmitglieder, kursiv: Nichtständige UN-Sicherheitsratsmitglieder 2011/12)

	Bedarf	Angebot
Regulative (regulatory) Governance	+	+
Durchsetzungsfähige (assertive) Governance	+	- (Global Governance-Defizit)

Tabelle 2: Das Global Governance-Defizit

Die universal legitimierte Institution, deren Aufgabe im herrschaftlichen Management globaler Kollektivgüter besteht, erbringt keine hinreichenden Steuerungsleistungen.

Wesentliche Gründe dafür werden in der Struktur des UN-Systems gesehen, in dem zu viele Akteure mit zu unterschiedlichen Interessen mitmischen. Die G20 setzen hingegen auf informelle Treffen zwischen den Staats- und Regierungschefs der teilnehmenden Staaten, zu denen inzwischen regelmäßig auch führende Wirtschaftsvertreter und gelegentlich Repräsentanten der Zivilgesellschaft herangezogen werden. Zwar fällen die G20 keine Entscheidungen. Sie legen aber Positionen fest, die später von den formal zuständigen Institutionen, etwa Weltbank oder Internationaler Währungsfonds (IWF International Monetary Fund), beschlossen werden.

Das Global Governance-Defizit

Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die pauschale Kritik am UN-System am Kern des Problems vorbeigeht. Von einem generellen Governance-Defizit kann nämlich nicht die Rede sein. Governance unterscheidet begrifflich zwischen dem Aspekt der Regelsetzung (regulative oder regulatory governance) und dem Aspekt der effektiven Umsetzung der Regel (durchsetzungsfähige oder assertive governance). Aus dieser Perspektive wird erkennbar, dass das Global Governance-Defizit in erster Linie auf der Seite des durchsetzungsfähigen Regierens liegt. Nun ist der Bedarf an regulativer wie auch durchsetzungsfähiger Regierungsführung auf globaler Ebene gleichermaßen hoch – und er steigt aufgrund sich permanent verstärkender Interdependenzen fortwährend. Anders sieht es hingegen beim Governance-Angebot aus: Hier gibt es auf der Seite regulativer Governance eine ganze Menge von Normen, Regeln, Prinzipien und Prozeduren. Der Mangel besteht zum einen in den Schwierigkeiten, globalen Konsens für weitreichende Entscheidungen zur Produktion und zum

Management globaler Kollektivgüter zu finden, zum anderen aber auch in der Implementierung von Entscheidungen. Kurz gesagt: das UN-System produziert zwar viele Regeln, ist aber oft nicht in der Lage, diese effektiv umzusetzen. Die Differenz zwischen dem Angebot an regulativer Governance einerseits und durchsetzungsfähiger Governance andererseits entblößt ein Defizit, das durch das universal legitimierte UN-System nicht gedeckt wird. In diese Lücke stoßen die sogenannten Club Governance-Formate wie die G20, die mit dem Vorzug sektoraler Handlungsfähigkeit werben, welche auf der Konsensbereitschaft der Staats- und Regierungschefs beruht.

Für die Leistungsfähigkeit von Global Governance muss eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Akteuren, die für jeweils unterschiedliche globale Kollektivgüter zuständig sind, grundsätzlich kein Problem darstellen. Allerdings steigt automatisch der Koordinierungs- und Legitimierungsbedarf. Dafür sind zum einen funktionale Zusammenhänge zwischen den Politikfeldern verantwortlich: Um den Klimawandel einzudämmen, muss über die Veränderung von Produktions- und Konsumtionsweisen verhandelt werden. Um gesamtwirtschaftliche Stabilität zu erreichen, ist der Abbau ökonomischer Ungleichgewichte notwendig. So hat die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit nicht nur unter Bedingungen begrenzter oder fragiler Staatlichkeit eine entwicklungspolitische Komponente. Zum anderen

sind sektorale Governance-Akteure in besonderem Maße auf Legitimität angewiesen, wenn sie effektiv regieren wollen. Denn aufgrund dieser Interdependenzen und funktionalen Zusammenhänge tangiert sektorales globales Regieren immer wieder individuelle oder auch kollektive Interessen und Präferenzen von Akteuren, die gar nicht unmittelbar adressiert werden. Damit bedarf dieses Regieren der Rechtfertigung, die entweder mit Bezug auf die kollektiven Präferenzen (Input-Dimension) oder die kollektiven Interessen (Output-Dimension) der Regierten beziehungsweise Regelungsadressaten erfolgen kann.

Dadurch entsteht für die etablierten Global Governance-Strukturen eine neue Herausforderung: Ihre Aufgabe wird künftig sein, die verschiedenen Akteure, die sektorale Governance-Leistungen mit globalen Auswirkungen erbringen, zu koordinieren und zu legitimieren. Diese Legitimierung kann am einfachsten über das UN-System erfolgen, weshalb die UN-Generalversammlung sich unter ihrem letzten Präsidenten Joseph Deiss um eine engere Abstimmung zwischen UN-System und G20 bemüht hat. Hier deutet sich eine Arbeitsteilung an, die dazu beitragen könnte, das Defizit an durchsetzungsfähiger Global Governance abzubauen. Voraussetzung dafür wäre allerdings nicht nur bessere Koordination, sondern auch mehr Transparenz und Offenheit der Club Governance-Formate gegenüber nichtstaatlichen Organisationen.

Dr. Lars Brozus

Der Autor arbeitet bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zu den Themen EU-Außenbeziehungen und Global Governance.

¹ Mitgliedschaft bis Ende 2011.

Wir sind umgezogen!

Das Team des Forums Umwelt und Entwicklung ist jetzt in Berlin!

Ab sofort sind wir ausschließlich in unserem Berliner Büro erreichbar:

**Marienstraße 19–20
10117 Berlin**

Und telefonisch unter der Rufnummer:

+49 (0) 30 6781 775 93



**Forum Umwelt
und Entwicklung**

Blick auf Rio+20

Von den Erwartungen an eine Konferenz

Da steht eine Weltkonferenz vor der Tür – und verbreitet zunächst einmal Ratlosigkeit. Nicht nur NGOs fragen sich, ob und wenn ja, welchen Sinn die Veranstaltung hat, die da im kommenden Jahr vom 20. bis 22. Juni stattfindet. Jedoch, die Frage ist müßig. Die Rio+20-Konferenz findet statt, und sie wird genutzt werden. Das Problem dabei ist: Von wem und wofür?



© Gerd Altmann / pixelio.de

Eines ist klar: Eine neue Konvention, ein neues Abkommen oder ein anderes völkerrechtlich verbindliches Ergebnis wird es nicht geben. Das mag diejenigen bestätigen, die die ganze Veranstaltung ohnehin für eine Randnotiz des politischen Kalenders halten. Diese Position übersieht jedoch, dass es in Rio um Diskurshegemonie geht, es geht darum, welches Verständnis von nachhaltiger Entwicklung in den kommenden Jahren die öffentliche Debatte prägen wird.

Vom Weltumweltprogramm zur Weltumweltorganisation?

Dafür ist die Frage des Stellenwerts der Umweltpolitik innerhalb des UN-Systems, des „Institutional Framework for Sustainable Development“, vielleicht nicht die wichtigste. Es gibt wenig, das gegen eine Aufwertung des Weltumweltprogramms UNEP zu einer ordentlichen UN-Organisation spräche. Es gibt allerdings auch wenig Grund für die Annahme, dass dies zu spontanen Jubelfeiern auf den Straßen führen wird.

Dies gilt in ähnlicher Weise für andere Vorschläge, etwa den eines UN-

Rats für nachhaltige Entwicklung, der die gesamte Arbeit aller UN-Einrichtungen koordiniert, die mit nachhaltiger Entwicklung befasst sind. Auch dies ist prinzipiell zu unterstützen. Nichtsdestoweniger drängt sich mit Blick auf die tatsächliche Reichweite solcher Maßnahmen die Frage auf, ob mangelnde Koordination innerhalb des UN-Systems zu den hauptsächlichen Blockaden für eine nachhaltige Entwicklung zu zählen ist.

Green Economy oder Nachhaltige Entwicklung?

Das andere Thema, die „Green Economy in the Context of Sustainable Development and Poverty Eradication“, scheint ebenfalls noch nach politischer Erdung zu suchen. Was Green Economy genau ist, ist schwierig zu fassen. Das macht eine kritische Diskussion nicht eben einfacher.

Immerhin bietet UNEP in einer 600 Seiten langen Studie¹ eine Zielvorgabe, wonach eine Green Economy menschliches Wohlbefinden und soziale Gleichheit erhöhen und dabei Umweltkrisen und ökologische Knappheiten signifikant verringern müsse. Äußern soll sich dies darin,

dass Wachstum in der Green Economy auf privaten und öffentlichen Investitionen beruht, die Kohlenstoffemissionen verringern, Ressourceneffizienz vergrößern und den Verlust an biologischer Vielfalt und ökosystemaren Dienstleistungen unterbinden.

Damit können, wenn nicht alle, so doch viele, gut leben. Um nur einige Beispiele zu nennen: Bill Glover, der Vizepräsident von Boeing setzt auf Grünes Wachstum², Südkorea zielt auf Grünes Wachstum durch Kernenergie³, der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Gerd Sonnleitner will Grünes Wachstum fördern⁴, Josef Ackermann sieht die Deutsche Bank als Vorreiter.⁵

Das ist nicht weiter verwunderlich, schon der Nachhaltigkeitsbegriff hat sich tot besiegt. Er wurde solange geknetet, bis er endlich auch nahtlos in ein neoliberales Weltbild zu integrieren war. Dies wird nun unter der Überschrift einer Green Economy programmatisch unterfüttert und fortgeführt. War die Nachhaltigkeitsdebatte noch von einem – der neoliberalen Instrumentalisierung Tür und Tor öffnenden – theoretischen Konstrukt eines Dreiecks oder Drei-Säulen-Modells geprägt, wobei Wirtschaft, Soziales und Umwelt irgendwie ausbalanciert oder in ein harmonisches Miteinander gebracht werden mussten, so droht das Soziale in der Green-Economy-Perspektive vollends ins Abseits zu geraten, beziehungsweise, wie es im Mandat von Rio heißt, nur noch den Rahmen für die Green Economy-Debatte abzugeben.

Es geht, so scheint es, alles weiter wie bisher, nur eben grüner. Glaubt man UNEP, so hilft die Green Economy auch den vielen Armen, deren Lebensbedingungen in Entwicklungsländern in besonderem Maße von einer intakten Umwelt abhängen. Kein Wort dabei von ungerechten Handelsbedingungen, von einer Marköffnung- und Liberalisierungsstrategie der EU und anderer Industrieländer, die eine wirtschaftliche Entwicklung in vielen Ländern bereits im Keim erstickt. Die Notwendigkeit einer Re-Regulierung der globalen Finanzmärkte hat in diesem Green-Economy-Diskurs offenbar

ebenso wenig einen Ort wie die globale Hungerkrise oder die Verrechtlichung von Corporate Accountability. Auch Suffizienzstrategien, das Ende der Fixierung auf wirtschaftliches Wachstum oder Überlegungen in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft sucht man vergeblich. Polemisch könnte man sagen: Mit einer Green Economy wird die globale Ungerechtigkeit in der Verteilung von Ressourcen, Reichtum und Wohlstand nicht weniger, sondern grüner.

Rio+20: Was steht auf dem Spiel?

Was soll Rio+20 nun bringen? Der Vergleich mit der Rio-Konferenz von 1992, der hier und da gezogen wird, hinkt in mehrfacher Hinsicht. Zum einen ist die historische Situation eine andere. Als man sich vor 20 Jahren in Rio traf, glaubte man, die Friedensdividende des eben überwundenen Ost-West-Konflikts verteilen zu können. Heute stellt sich die Frage, wie man die Staatshaushalte der wichtigsten Industrieländer vor dem Zusammenbruch retten soll.

Zum anderen macht nur der Vergleich mit der Rio+10-Konferenz, dem Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung (WSSD) von 2002 in Johannesburg, wirklich Sinn. Auch dort gab es keine völkerrechtlich verbindlichen Ergebnisse, hingegen einen 170 Paragraphen langen Implementierungsplan. Dessen Wirkungen blieben begrenzt.

Rückblickend ist das wesentliche Ergebnis von Johannesburg eher in einer weiteren Verschiebung des Nachhaltigkeitsdiskurses hin zu den Interessen einer globalisierten Wirtschaft zu sehen – abzulesen an der geradezu überwältigenden Präsenz vor Ort und den Typ-II-Ergebnissen von Johannesburg. Typ-II-Ergebnisse, also gemeinsame Projekte von Staat und Wirtschaft, adelten die Global Player, indem sie sie (fast) auf eine Ebene mit staatlichen Maßnahmen stellte. Nicht verschwiegen werden darf, dass auch diese oder jene NGO sich geschmeichelt fühlte, wenn sie auf dem Treppchen noch ein Plätzchen fand.

Mit der Green-Economy-Debatte droht sich diese Tendenz zu verstärken. Ihr geht es schwerpunktmäßig darum, Investitionen in eine bestimmte grüne Richtung zu lenken. Dagegen ist im Grunde wenig zu sagen – sieht

man einmal von zwei oder drei nicht ganz unerheblichen Tatsachen ab: Zum einen ist nachhaltige Entwicklung mehr als grünes Wirtschaften, sie umfasst auch soziale Gerechtigkeit, oder, wie es im Brundtland-Bericht von 1987 heißt: Nachhaltigkeit „bedeutet die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die sich logischerweise auch bezieht auf die Gerechtigkeit innerhalb jeder Generation.“⁶

Es gibt, daran anschließend, gute Gründe zu bezweifeln, dass Ressourcen- und Umweltschutz ohne ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu erreichen sein wird. Das Problem begrenzter Ressourcen rein technisch lösen zu wollen greift zu kurz, unter anderem weil Reboundeffekte Effizienzgewinne auch weiterhin überkompensieren werden. Die Zuteilung zur Nutzung knapper Ressourcen ausschließlich über Marktmechanismen wird harte Verteilungskämpfe auslösen, zumal in einer Situation, in der das Wachstumsversprechen wegfällt, also die Aussicht Brüche bekommt, wonach es allen besser gehen wird, weil der Kuchen insgesamt größer wird.

Sodann wäre es klug, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Interessen von Regierungen, Wirtschaftsunternehmen, Sozialverbänden, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen doch unterschiedlich sein können. Bereits in der Nachhaltigkeitsdebatte ist oftmals eine Tendenz zu beobachten, dies beiseite zu wischen. Elmar Altvater drückte dies einmal so aus: „Es gibt keine Interessen, daher auch keine Gegensätze, folglich nur noch Menschen, die sich der überzeugendsten Leitbilder zur Rettung aus dem ökologischen Schlamassel bedienen können.“⁷ Für die Green Economy gilt diese Feststellung erst recht.

Warum sollte man sich um Rio+20 kümmern?

Nichtsdestoweniger ist es unsinnig, Rio+20 einfach als Unsinn abzutun. Vielmehr sollte man Rio+20 als Ort der globalen Meinungsbildung verstehen, als eine Fokussierung der weltweiten Debatte um Umwelt und Entwicklung.

Und da greift eben vieles zu kurz. Oder, genauer: Vieles ist von spezifischen Interessen geleitet. Beispielsweise die Aufwertung von UNEP, wo vielleicht auch nicht wirklich verwun-

dern kann, dass UNEP mit einem eher geschmeidigen Green-Economy-Ansatz daherkommt, wenn es von den UN-Mitgliedern „befördert“ werden will. Tatsächlich wäre es wesentlich sinnvoller, statt über eine Aufwertung von UNEP über das Verhältnis von Umwelt- und Menschenrechtsabkommen zu Handelsabkommen zu streiten – mit dem Ziel, dass letztere den ersteren unterzuordnen sind. Solange beispielsweise WTO-Regeln de facto jedes Umweltabkommen ausstechen, solange Investitionsabkommen auf Investitionssicherung statt auf Umweltschutz und soziale Entwicklung zielen, bleibt es schwierig mit der nachhaltigen Entwicklung. Statt einem „Greening the existing Economy“ müsste es um die Frage gehen, wie menschliche Entwicklung angesichts eines begrenzten Planeten vorangetrieben werden kann. Es ist einigermaßen bezeichnend, dass es in Rio um die Aufwertung von UNEP geht – während das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) in dieser Debatte faktisch keine Rolle spielt.

Rio+20 ist daher nicht zu sehen als ein Versuch, die Global Governance im Bereich nachhaltiger Entwicklung wirklich und grundlegend zu verändern. Eher soll sie fortgeschrieben, der – völlig unzureichende und unbefriedigende – Status Quo soll gefestigt werden. Insofern sollte man Rio+20 wichtig nehmen. Ob es einem gefällt oder nicht.



Michael Frein

Der Autor ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung und Referent für Welthandel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).

- 1 Vgl. UNEP: *Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*, o.O. 2011; www.unep.org/greeneconomy
- 2 Vgl. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,15528055,00.htm>
- 3 Vgl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-06/suedkorea-kernkraft>
- 4 Vgl. <http://www.bauernverband.de/?redid=152813&mid=465684>
- 5 Vgl. http://www.db.com/medial/Deutsche_Bank_-_Global_Metro_Summit_-_Speech_Dr._Ackermann.pdf
- 6 Volker Hauff (Hg.): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven 1987, S. 46.
- 7 Elmar Altvater: *Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein „zukunfts-fähiges Deutschland“*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 1/1996, S. 89. Altvater bezieht seine Kritik hier auf die erste 1996 erschienene Studie: *Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie: Zukunfts-fähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Eine Studie im Auftrag von BUND und MISEREOR*. Basel 1996.

UNEP und kein Ende?

1972 wurde in Stockholm das UN Umweltprogramm (United Nations Environment Programme, UNEP) gegründet. Seitdem wird bei jedem "Earth Summit" versucht das Gewicht der globalen Stimme für die Umwelt zu stärken. Wird es in Rio 2012 gelingen? Und was geschieht mit der 1992 gegründeten Commission for Sustainable Development?

Zweimal führten globale "Earth Summits" zur Gründung neuer Institutionen. 1972 wurde in Stockholm das UN Umweltprogramm UNEP gegründet. 1992, beim Erdgipfel in Rio, die Commission for Sustainable Development (CSD; siehe¹). Bereits seit 1972 besteht außerdem bei Experten Einigkeit, dass diesen Institutionen die entscheidende Durchsetzungskraft fehlt. Ihnen mangelt es an Geld, Macht, ausreichend Mitarbeitern und Sanktionsmechanismen. Zusätzlich sind sie nicht dazu fähig – und mandatiert – Ordnung in den – seit 1972 extrem gewachsenen – Wald von globalen Umweltabkommen zu sehr vielen und sehr unterschiedlichen Themen zu schaffen. Obwohl sich mehrere hundert internationale Umweltabkommen und über 30 UN-Behörden mit der Umwelt beschäftigen, verschlechtert sich der Zustand der globalen Umwelt auch deshalb weiter rapide. Die im Vorfeld des Rio Gipfels 2012 vorgelegte UNEP Analyse "Keeping Track" hat dies erneut eindrücklich bestätigt². "Keeping Track" ist die neueste Auflage des von UNEP herausgegebenen "Global Environmental Outlook" und ein gutes Beispiel dafür, wie UNEP sich als globale Stimme für die Umwelt versteht – und auch zunehmend gelingt sich als solche in Szene zu setzen (zumindest seit Klaus Töpfer und nun Achim Steiner UNEP führen). UNEP erfüllt in dieser Hinsicht seit einigen Jahren die Funktion, die in den 70er und 80er Jahren noch NGOs exklusiv erfüllten: Sie sammeln Daten über die zunehmende globale ökologischen Zerstörung und setzen diese zu politisch passenden Momenten medial in Szene. Dies ist gut so – ist aber gleichzeitig ein Indikator, dass UNEP es an "härterer Macht" – wie das Verhängen von Strafen bei Nichtbeachtung von globalen Umweltabkommen – mangelt. Wer beobachtet wo UNEP-Chef Achim Steiner überall als Redner auftritt kann (sicher zu Recht) beeindruckt sein von seinem Engagement. Gleichzeitig ist

diese Redetätigkeit auch ein Indikator, dass UNEP kaum mehr besitzt als die "Macht der Kanzel" – also die Fähigkeit als eine anerkannte Institution die Stimme zu erheben.

Zwischen Symbolik und echtem Fortschritt: Von UNEP zu UNEO?

Für UNEP bedeutet der Status als Programm der Vereinten Nationen vor allem, dass es jedes Jahr von Neuem für sein Budget betteln gehen muss. Zwar hat sich dieser Finanzfluss in den letzten Jahren erfreulich verstetigt, aber einen verbrieften Anspruch auf die Gelder gibt es nicht. Dies wäre für UNEP der eindeutigste, und am leichtesten erklärbar Unterschied, sollten sie zu einer "Agency" der Vereinten Nationen – also eine United Nations Environment Organization (UNEO) – aufgewertet werden. Auch deswegen ist dieser Schritt wichtig und bedeutsam, denn er macht Kräfte frei für die eigentliche Arbeit. Gleichzeitig geht es bei der Debatte um eine Aufwertung der UNEP aber viel um Symbolik. Kein (machtpolitisch relevantes) Land schlägt im Vorfeld zu Rio das vor, was NGOs seit langem fordern, nämlich UNEP mit den Ressourcen und Durchsetzungsmechanismen auszustatten, die eine Umsetzung der internationalen Umweltabkommen sichern könnten³. Für die der UNEP zugeneigte Politik geht es vor allem darum den Status der Organisation im Konzert der globalen Organisationen zu stärken. Die Bundesregierung hat dieses Anliegen seit vielen Jahren verfolgt – unter Rot-Grün, Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb.

Beim letzten Earth Summit in Johannesburg 2002 ist der Versuch die UNEP durch eine "Weltumweltorganisation" zu ersetzen wenig glorreich gescheitert. Vor allem Frankreich, aber damit auch die EU, verfolgte damals eine zu aggressive Lobbystrategie und scheiterte an den historischen Konflikten "Umwelt gegen Entwicklung",

die leider die Geschichte der Umwelt im UNO-System bis heute nicht löst. 1972 in Stockholm kam es nämlich zum offenen Konflikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Industrieländer definierten damals die Umwelt so technisch und fern von Entwicklungsinteressen, dass Entwicklungsländer diesen Umweltschutz als Vorwand sahen ihnen die Entwicklung zu verweigern, und deshalb ablehnten.

UNEP hat diese Geschichte angenommen. Das Motto der Organisation heisst nicht umsonst "environment for development". Doch die polarisierende Debatte zwischen Umwelt und Entwicklung wirkt auch in der Vorbereitung auf Rio 2012 fort. Die Skepsis vieler Entwicklungsländer gegenüber dem – gerade von UNEP geprägten – Begriff der "Green Economy" ist verquickt mit derselben grundsätzlichen Skepsis wie vor 40 Jahren. Wie damals ist sie nicht unberechtigt, aber eine offene und ehrliche Debatte wird durch diese historische Vorbelastung und Grundmisstrauen erschwert. UNEP fühlt sich dabei – wie man zum Beispiel bei der Bonner Konferenz "Sustainable Societies; Responsive Citizens" im September 2011 sehen konnte – mißverstanden. UNEP-Pressesprecher Nick Nuttall nutzte bei der Konferenz jede Gelegenheit um zu betonen wie "entwicklungsfreundlich" UNEPs Konzept der Green Economy doch sei⁴.

Diplomatischer zum Erfolg? Oder Ergebnis, das keiner versteht?

Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass Deutschland und die EU seit 2002 maßvoller und geschickter für eine Aufwertung der UNEP zur UNEO werben (und nicht mehr für eine Weltumweltorganisation, die bei vielen schon als Begriff Trotzreaktionen hervorrief⁵). So unterstützen immer mehr Entwicklungsländer eine UNEO. Äthiopien scheint zum Beispiel seinen historischen Widerstand aufgegeben zu haben, so dass Afrika, angeführt von Kenia als Gastgeberland UNEPs und einer zukünftigen UNEO, nun geeint für eine UNEO eintritt. Trotzdem ist es (leider) noch nicht übermäßig wahrscheinlich, dass eine UNEO in Rio wirklich beschlossen wird, auch wenn dies aus Greenpeace-Sicht ein klarer Test für den Erfolg oder Mi-

Berfolg des Riogipfels ist. So bleibt die Unterstützung vieler Entwicklungsländer wenig pro-aktiv. Ohne, dass sich Entwicklungsländer aber aktiv für diese Idee einsetzen wird auch Gastgeber Brasilien dies kaum zu einer Priorität werden lassen, da Brasilien andere – entwicklungsorientierte – Prioritäten für Rio 2012 hat. Die USA ist – zumindest öffentlich – weiter gegen eine UNEO (auch wenn sie ebenfalls zugeben, dass UNEP gestärkt werden muss). Das haben sie zuletzt bei der UNECE-Regionalkonferenz in Genf Anfang Dezember bestätigt. Hinter den Kulissen wird also schon an alternativen Szenarien zur Stärkung UNEPs gearbeitet, um in Rio wenigstens nicht wieder – wie in Johannesburg 2002 – ganz ohne Ergebnis bei der "International Environmental Governance" dazustehen. Da die Alternative nicht das, was nötig wäre (also eine UNEO mit beispielsweise denselben Sanktionsmechanismen der Welthandelsorganisation, WTO), sondern ein erneutes komplettes Scheitern ist, ist sie nicht grundsätzlich abzulehnen. Greenpeace hat zum Beispiel die EU aktiv aufgefordert "Flexibilität" zu zeigen – um die Fehler von vor zehn Jahren nicht zu wiederholen⁽⁶⁾. Gleichzeitig

besteht die Gefahr, dass am Schluss ein viel zu mageres Ergebnis das Resultat ist und/oder, dass das Ergebnis so kompliziert ist, dass selbst reale positive Schritte nicht öffentlich vermittelbar sind. Für die deutsche Politik muss also klar sein, dass nur eine klare Aufwertung der UNEP in eine UNEO in Rio als Erfolg gewertet werden kann. Wenn Angela Merkel ihre in Sonntagsreden (zum Beispiel beim Rat der Nachhaltigen Entwicklung) immer wieder geäußerte Unterstützung für eine UNEO ernst meint, dann muss sie sich dafür auch bei der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff einsetzen.

Und die CSD?

Relativ sicher scheint (gerade nach dem unrühmlichen Ende der CSD dieses Jahr⁷⁾, dass die 1992 aus Rio hervorgegangene Commission for Sustainable Development 2012 in Rio beerdigt wird. Als Ersatz wird von vielen Akteuren ein Sustainable Development Council anvisiert, das direkt bei der Generalversammlung angesiedelt werden kann und von dem sich die Befürworter (inklusive NGOs wie der WWF) erhoffen, dass nachhaltige Entwicklung damit im "Mainstream" der UN-Verhandlungen stärker verankert

werden kann. Was aber fatal wäre, wenn in Rio ein Sustainable Development Council von den Regierungen als großer Erfolg gefeiert würde – und sie damit überdecken, dass die Aufwertung UNEPs mal wieder vertagt wurde. 40 Jahre Schattendasein sind genug.



Daniel Mittler

Der Autor ist Politischer Direktor von Greenpeace International.

- 1 Daniel Mittler, *Schwach, schwächer CSD, Vereinte Nationen*, Nr. 1, 2008.
- 2 http://www.unep.org/GEO/pdfs/Keeping_Track.pdf
- 3 WWF Submission zum Rio+20 zero draft, siehe: <http://www.uncsd2012.org/rio20/index.php?page=view&nr=224&type=510&menu=20&template=509&str=WWF&style=exact>
- 4 Daniel Mittler, *Vorwärts zur Green Economy?*, und Kathrin Blaufuss, *Wegweiser für das grüne Wirtschaften - UNEPs Vorschläge zur Green Economy*, Rundbrief Forum und Entwicklung, <http://www.forumue.de/publikationen/rundbriefe/admin-rundbrief/rundbrief-iii2011/>
- 5 Die Geschichte wird gut nachgezeichnet in Nils Simon, *Internationale Umweltgovernance für das 21. Jahrhundert*, www.swp-berlin.org/.../2010_S30_sin_ks.pdf
- 6 Greenpeace Beitrag zur EU Konsultation zur EU Position zu Rio+20. Erhältlich vom Autor.
- 7 Jürgen Maier, *CSD-19 in New York: Green Economy als Feindbild der G77*, <http://www.forumue.de/publikationen/rundbriefe/admin-rundbrief/rundbrief-ii2011-energiewende-in-nur-einem-land-auslaendische-blicke-auf-deutschland/>

Begräbnis dritter Klasse für die Doha-Runde?

Die Welthandelsorganisation WTO

Nachdem der letzte Anlauf zum Abschluss der Doha-Runde schon im Sommer gescheitert war, können sich die Mitglieder nun nicht einmal auf eine Abschlusserklärung für die achte Ministerkonferenz im Dezember einigen.



Markt in Sansibar

Das nicht enden wollende Siedtum der Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO steht vor einem neuen Tiefpunkt. Der Ende letzten Jahres auf Initiative der G20 Gruppe der größten Volkswirtschaften (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Gruppe von Entwicklungs- und Schwellenländern in der WTO) gestartete erneute Versuch, die Runde in diesem Jahr erfolgreich abzuschließen, war schon im Sommer kläglich gescheitert. Nachdem WTO-Generaldirektor Lamy schon Ende Mai feststellen musste, dass die Doha-Runde dieses Jahr nicht mehr abgeschlossen werden kann, scheiterte im Juli auch sein "Plan B". Um zu zeigen, dass die WTO trotz der Dauerkrise der Doha-Verhandlungen noch entscheidungsfähig ist, und um den Anspruch einer "Entwicklungsrunde" unterstreichen, sollten einige Elemente aus dem Gesamtpaket herausgelöst und unabhängig von diesem beschlossen werden. Dabei sollten Maßnahmen im Vordergrund stehen, die speziell den

© Dieter Schütz / pixelio.de

am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) zugutekommen. Darüber hinaus sollten die Mitglieder prüfen, ob weitere Vereinbarungen mit einem Entwicklungsfokus vereinbart werden könnten.

Auch Plan B scheitert

Aber auch über diesen Plan konnte keine Einigung erzielt werden. Zum einen gibt es kaum Überschneidungspunkte zwischen den Vorstellungen der Mitglieder, in welchen Punkten diese zusätzlichen Vereinbarungen getroffen werden könnten. Zum anderen hatten vor allem die USA deutlich gemacht, dass sie auch den wichtigsten Maßnahmen für die LDC nicht zustimmen würde. So wollen sie sich weder zur vollständigen Marktöffnung für Produkte aus den LDC verpflichten, noch dem weitgehenden Abbau ihrer Baumwollsubventionen zustimmen. Letzteres verhindert die im US-Kongress erstaunlich einflussreiche Baumwolllobby. Sie hat schon dafür gesorgt, dass bestimmte Subventionen, die in einem Streitfall mit Brasilien als handelsverzerrend bewertet wurden, nicht abgeschafft wurden. Stattdessen zahlt die US-Regierung nun einen Ausgleich an die brasilianische Baumwollindustrie für die durch die Subventionen entstehenden Nachteile. Auch in der derzeitigen Haushaltskrise der USA wird dieses Programm zwar von einigen Kongressabgeordneten hinterfragt, aber dass es tatsächlich abgeschafft wird ist noch nicht absehbar. Der frühere US Handelsbeauftragte und heutige Weltbankpräsident Zoellick hält daher den fehlenden politischen Willen aller Beteiligten, vor allem aber der USA, für den wichtigsten Grund für den Stillstand in der Doha Runde.

Auch die EU, die nicht müde wird zu betonen, wie wichtig ihr das multilaterale Handelssystem ist, spielte eine wenig konstruktive Rolle. Ihr Vorschlag, dass alle Länder ihre Zölle auf dem gegenwärtigen Niveau einfrieren, hätte vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer betroffen, da Industriestaaten ihre (oft niedrigen) Obergrenzen weitgehend ausschöpfen. Die meisten Entwicklungs- und

Schwellenländer wenden dagegen Zölle an, die deutlich unter den oft relativ hohen Obergrenzen liegen. Der Vorschlag der EU würde also vor allem von Entwicklungs- und Schwellenländern Zugeständnisse verlangen. Nicht unbedingt das, was von einem besonders "entwicklungsfreundlichen" Zwischenergebnis einer "Entwicklungsrunde" zu erwarten wäre. Gleichzeitig schloss die EU kategorisch aus, Exportsubventionen und ähnliche Instrumente endgültig abzuschaffen. Dies hat sie schon 2005 als Teil eines umfassenden Doha-Abschlusses angeboten, sie hält das Ende dieses entwicklungs- und agrarpolitisch besonders schädlichen Instruments für ein großes Zugeständnis, das sie nur im Rahmen eines umfassenden Abschluss der Runde machen will. Im Legislativvorschlag der Europäischen Kommission für die Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik von 2014 bis 2020 sind Exportsubventionen als handelspolitisches Instrument dann auch weiterhin vorgesehen.

Die Verhandler vor der Ministerkonferenz: Ratlos!

Der offensichtlich unbegründete Optimismus, mit dem in den letzten Jahren immer neue Fristen für den Abschluss der Verhandlungen angekündigt wurden, hat sich nun endgültig verflüchtigt. WTO-Generaldirektor Lamy hatte die Mitglieder zunächst aufgefordert, darüber zu beraten, ob und wie die Runde nun fortgesetzt werden könnte sowie bei der achten Ministerkonferenz vom 15. bis 17. Dezember in Genf entsprechende Beschlüsse zu fassen. Selbst hierzu konnte aber bisher noch keine Einigung erzielt werden.

Auch die Staats- und Regierungschefs der G20 befassten sich auf ihrem Gipfeltreffen in Cannes Anfang November erneut mit dem Schicksal der Doha-Runde. In ihrer Erklärung sehen sie sich gezwungen, die fundamentale Krise des Verhandlungsprozesses anzuerkennen. Da der bisherige Ansatz der Verhandlungen absehbar nicht zum Erfolg führen werde, sollten ihre Handelsminister nach "neuen und glaubwürdigen" Ansätzen suchen, um

zu Ergebnissen zu kommen. Sie sollten sich dabei auf Themen konzentrieren, die besonders den Interessen der LDCs entsprechen, und wo möglich anderer Elemente des Doha-Mandats. Diese Idee ist nun nicht nur nicht neu, sondern entspricht genau dem Plan B Lamys vom vergangenen Sommer. Es stellt sich nun die Frage, ob die G20 Sherpas diesen ja gerade erst gescheiterten Versuch überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben, und ihn deshalb für eine neue Idee hielten, oder ob sie dessen Misserfolg wissentlich ignorieren, um überhaupt einen Vorschlag in die Deklaration aufnehmen zu können.

Erwartungsgemäß verpuffte die G20 Erklärung wirkungslos, und in der WTO zeichnet sich weiter kein Konsens darüber ab, wie mit den blockierten Verhandlungen weiter zu verfahren sei. Den ehrlichsten Vorschlag, die Runde offiziell für gescheitert zu erklären, traut sich noch keine Delegation zu machen. Die informell diskutierten Optionen, auf niedrigem Niveau weiter zu verhandeln, bis die Zeiten wieder besser werden, oder eine offizielle zweijährige Pause einzulegen und Verhandlungen in der Hoffnung wieder aufzunehmen, dass dann alles besser wird, scheinen den meisten Mitgliedern wenig attraktiv. Es deutet daher alles darauf hin, dass bei der Konferenz in Genf keine formelle Ministererklärung abgegeben werden wird, die sich zur Zukunft der Doha-Runde äußert. Der Vorsitzende der Konferenz wird wohl nur die Diskussionen in einem Bericht zusammenfassen. Die Doha-Runde droht damit zu enden, ohne dass wenigstens ihr Scheitern offiziell und im Konsens festgestellt werden kann.

Die WTO fällt damit als Motor einer weiteren Liberalisierung erst einmal aus. Es ist aber vorerst nicht damit zu rechnen, dass bestehende Abkommen und Mechanismen und das Streitlichtungsverfahren ernsthaft geschwächt werden.



Tobias Reichert

Der Autor ist Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch und Koordinator der AG Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.

Nach dem Durchbruch für rechtliche Verbindlichkeit in Durban:

Jetzt die Ambitions- und Finanzierungslücke schließen

Das Ergebnis von Durban hat zwei Gesichter.

Das eine ist die neue geopolitische Situation, die sich aus Durban ergibt. Die Teilung der klimapolitischen Verhandlungen in zwei getrennte Stränge – sie wurden während der letzten sechs Jahre in den beiden Arbeitsgruppen AWG-KP für die Industrieländer (mit Ausnahme der USA) und in der AWG-LCA für Entwicklungs- und Schwellenländer sowie USA, also diejenigen, die keine bindenden Emissionsverpflichtungen wollten, verhandelt – ist durch die Beschlüsse von Durban zur Beendigung der beiden AWGs Ende nächsten Jahres Geschichte. Damit erkennt auch die Klimadiplomatie an, dass sich die Welt in den letzten 20 Jahren stark geändert hat und dass die ehemals wirtschaftlich derart dominierenden Industrieländer auf Augenhöhe mit anderen Schwellenländern sind. Damit ist sowohl das „Ende der Freiwilligkeit“ eingeläutet als auch das Ende der Zeit, in der Schwellenländer keine absoluten Begrenzungsverpflichtungen haben. Die Bewegung der großen Schwellenländer – insbesondere von China und Indien – in diese Richtung verändert die Klima-Geopolitik und hat das Potential die USA in die Defensive zu bringen.

Das andere ist das der Klimaschutzpolitik. Dort fehlt bei den Beschlüssen von Durban weitgehend die Substanz, die notwendige weltweite Kehrtwende zur Beschränkung der Erwärmung unter 2 Grad wurde zumindest noch nicht angegangen, mit den Beschlüssen von Durban sind 3,5 bis 4 Grad Erwärmung in Reichweite. Nun drängt die Zeit noch mehr, denn nach dem Durban-Fahrplan sollen die nächsten völkerrechtlich verbindlichen Ergebnisse zur Emissionsminderung zwar schon im Jahr 2015 vereinbart sein, sie sollen jedoch erst 2020 in Kraft treten. Das ist zu spät, um den für das zwei-Grad-Limit notwendigen weltweiten Emissionspeak im Jahr 2015 (oder allerspätestens 2020) zu erreichen.

Die nächsten drei Jahre werden jetzt von der Debatte geprägt sein, ob die

notwendige Ambition – innerhalb und außerhalb des Prozesses noch erreicht werden kann. Eine gewissen Unterstützung erhält dieses Unterfangen einerseits dadurch, dass in Durban – eher nebenbei – der erste periodische Review' (2013–2015) beschlossen wurde, welcher in den ersten zwei Jahren einer technischen Phase die neuen Erkenntnisse der Klimawissenschaft (insbesondere die des Fünften Sachstandsberichts des Weltklimarates IPCC) analysieren und sodann im Jahr 2015 zu angemessenem Handeln führen soll, um noch unter zwei Grad Erwärmung zu bleiben. Andererseits wurde die Initiierung eines Arbeitsprogramms vereinbart, um die Ambition im Klimaschutz so bald wie möglich zu erhöhen. Dies kann jedoch nur dann zum Erfolg führen, wenn die Allianz zwischen den besonders verletzlichen kleinen Inselstaaten und den ärmsten Staaten mit der EU, die in Cancún die anderen Staaten vor sich hertrieb, nun auch das Ambitionsthema gemeinsam angeht. Eine notwendige Bedingung, damit die EU eine solche Allianz glaubwürdig anführen kann ist, dass sie in den nächsten sechs Monaten ihr Reduktionsziel von 20 auf 30 Prozent erhöht.

Der Blick zurück

In **Kopenhagen** (2009) war der Versuch des großen Wurfs im internationalen Klimaschutz gescheitert – ein faires, rechtlich verbindliches, an der wissenschaftlich untermauerten Dringlichkeit von weitreichendem Klimaschutz orientiertes Abkommen zu verabschieden.

Danach stand die internationale Klimadiplomatie vor der Frage, wie auf dem Scherbenhaufen von Kopenhagen, trotz des immensen Vertrauensverlustes durch Verfahren und Ergebnis des Gipfels, wieder eine Aufwärtsspirale in Gang gebracht werden kann.

In **Cancún** gelang es, vieles von dem, was in Kopenhagen schon möglich gewesen wäre, „einzusammeln“ und in den Cancún-Abkommen als Beschluss festzuhalten. Zum ersten Mal wurde

zudem als Messlatte, um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, das Ziel, den globalen Klimawandel auf weniger als 2, wenn nicht sogar 1,5 Grad zu begrenzen, von der Staatengemeinschaft verabschiedet. Zugleich wurden die freiwilligen Klimaschutz-Selbstverpflichtungen als Beschlüsse festgehalten. Doch es ist offensichtlich, dass diese freiwilligen Ziele die Welt eher auf den Weg zu 3 bis 4 Grad Temperaturerhöhung führen.

In **Durban** gelang es nun abzuwenden, dass die Welt sich – wie von den USA angepeilt – mit einem rechtlich unverbindlichem Klimaschutz zufrieden gibt. Es gelang hingegen einen gemeinsamen Fahrplan für ein rechtlich verbindliches Regime durchzusetzen. Die Lokomotive dazu ist die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls. Es sind wohl nur noch europäische Staaten, die diese bestreiten. Aber durch diese Vorreiterrolle war die EU in einer weitaus komfortableren Verhandlungslage als in Kopenhagen. Die großen Gruppen der gegenüber dem Klimawandel besonders verletzlichen Entwicklungsländer sahen die EU als Verbündeten im Kampf um die notwendige rechtliche Verbindlichkeit so weit wie möglich durchzusetzen. Ohne diese Allianz wäre der Gipfel gescheitert bzw. mit sehr schlechten Ergebnissen geendet. Die großen Schwellenländer sahen in der EU ihren wichtigsten Verhandlungspartner.

Die Entscheidungen von Durban können daher in drei Bereiche eingeordnet werden:

- **Konturen des neuen Klima-Regimes:** Mit der Etablierung der neuen „Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action“ wurde ein Prozess lanciert, der in einem für alle Länder rechtlich verbindlichen Abkommen münden soll („develop a protocol, another legal instrument or an agreed outcome with legal force under the UNFCCC applicable to all Parties“); dieses soll bis 2015 verhandelt werden und dann ab 2020 umgesetzt werden; Da allerdings absehbar ist, dass die USA erstens bis zum Abschluss des Vertrages im Jahr 2015 ihre Ambition (minus 17 Prozent gegenüber 2005) nicht steigern können und vor 2020 ein rechtlich verbindliches Abkommen nicht ratifizieren werden, müssen insbesondere die EU und die

großen Schwellenländer bis 2015 die mutige Entscheidung treffen: Sind sie zu der notwendigen Ambition und rechtlichen Verbindlichkeit dennoch bereit? Dieses Signal böte zudem die einzige realistische Chance, dass die USA relativ zügig doch dazu käme. (Ambition und rechtliche Verbindlichkeit mit den USA kann es nur geben, wenn die anderen zunächst ohne USA vorangehen.)

- 2. Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls: die zweite VP wurde beschlossen, allerdings ist noch unklar, ob sie bis 2017 oder 2020 dauern soll; dies sowie weitere Regeln sollen im Jahr 2012 weiter verhandelt werden. Dazu gehören auch die Emissionsminderungsziele der Industrieländer, die Kyoto II machen werden (vermutlich sind das vor allem die EU, Norwegen und Schweiz);
- Operationalisierung der Cancún Agreements: durch eine Reihe von Entscheidungen, darunter die Gründung von Institutionen wie dem neuen Green Climate Fund, den Komitees für Anpassung und Finanzierung, der Konkretisierung von Arbeitsprogrammen zu Anpassung etc.

Die weitere Strategie:

Nachdem die Verbindlichkeitslücke einigermaßen geschlossen worden ist, muss es in den nächsten drei Jahren darum gehen, die Ambitions- und -eng damit verknüpft - die Finanzierungslücke, zu schließen. Dies ist dann die Grundlage, um 2015 einerseits das neue Post-2020-Abkommen, das rechtlich verbindliche Reduzierungs- und Begrenzungsziele für alle großen Emittenten enthält, zu verabschieden, und andererseits die bis dahin erreichten Aktivitäten und Beschlüsse für gesteigerte Klimaschutzambition für die Zeit vor 2020 zu bündeln. Diese Ambitionssteigerung soll also nicht erst 2015 beginnen, sondern ab sofort. Die bereits angesprochene notwendige Steigerung des 20-Prozentziels der EU könnte den Startschuss für den Wettlauf zu mehr Ambition bedeuten.

Es ist absehbar, dass das Schließen der Ambitions- und Finanzierungslücken nicht vom UNFCCC-Prozess alleine geleistet werden kann. Es geht um eine Strategie, die Handeln, Verhandeln und den Aufbau von Allianzen miteinander verknüpft.

Handeln

- Unabhängig von den Internationalen Verhandlungen sind jetzt alle Staaten, Regionen, Kommunen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteure gefragt, den Nachweis zu erbringen, dass weit mehr an Ambition möglich ist, als die Staaten in Kopenhagen und Cancún auf den Tisch gelegt haben. Eine besondere Bedeutung für die weltweite Debatte hat dabei, ob die Energiewende in Deutschland gelingt und damit ein Industrieland zeigt, dass eine klimafreundliche Entwicklung möglich ist. Zugleich schaut die Welt auf China: Werden die im neuen Fünfjahresplan (März 2011) etablierten Low Carbon Development-Zonen, die immerhin 300 Mio Menschen umfassen, eine Erfolgsgeschichte, ein Pfad, der auch dem Rest Chinas und anderen Schwellenländern zeigt: Wohlstand und Energiesicherheit lassen sich heute nur noch auf einem Low-Carbon-Pfad erreichen. Der Erfolg dieser beiden „Großexperimente“ wird maßgeblich über das Tempo der künftigen internationalen Klimapolitik entscheiden.
- Die EU müsste die Erhöhung ihres 20 Prozentziels auf 30 Prozent zu einer Investitionsstrategie (Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Stromnetze und -speicher ...) ausgestalten, die die Bekämpfung der Wirtschaftskrise mit der der Klimakrise verknüpft. Dies kann ein wesentlicher Bestandteil der Green Growth (OECD), Green Economy (Rio20+) und Low Carbon Development Strategien (Cancún Agreement) sein, zu denen sich Deutschland und die EU verpflichten bzw. schon verpflichtet haben.

Verhandeln

Im UNFCCC-Prozess geht es in Bezug auf die Ambitions- und Finanzierungslücke insbesondere darum:

1. Eine Strategie zur Ambitionssteigerung vor 2015 zu befördern;
2. Bis 2015 eine Strategie zu beschließen, wie die dann noch verbleibende Lücke für den Klimaschutz bis 2020 geschlossen werden kann;
3. 2015 ein rechtlich verbindliches Abkommen für die Zeit nach 2020 mit der notwendigen Ambition zu beschließen. Wenn dies – was absehbar ist – nicht mit den USA geschehen kann, sollte dies als plurilaterales Abkommen ausgestaltet werden;

4. in der G20 müssen die notwendigen Vorentscheidungen getroffen werden, wie die Industrieländer ihr Versprechen einhalten wollen, die Mobilisierung von Klimageldern für Klima- und Regenwaldschutz in Entwicklungsländern so zu steigern, dass dies 2020 einen Geldfluss von 100 Mrd. jährlich ausmacht. UNFCCC ist dann der „Landeplatz“ für entsprechende Beschlüsse;
5. Im Viereck zwischen EU, G20, UNFCCC, ICAO/IMO gilt es endlich verbindlichen Klimaschutz für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr so festzulegen, dass nicht nur die Emissionen begrenzt, sondern auch erhebliche Gelder für den internationalen Klimaschutz und Anpassung freigesetzt werden. Außerdem gilt es, eine Finanztransaktionssteuer zum Erfolg zu führen. Ein Teil der Einnahmen sollte für Klimazwecke genutzt werden.

Allianzen

Aufbauend auf der Allianzbildung in Durban gilt es nun, die Zusammenarbeit mit progressiven Entwicklungsländern zu konsolidieren. Die South African Renewable Initiative – eine Partnerschaft von vier südafrikanischen Ministerien mit Deutschland, UK, Norwegen, der Schweiz und der Europäischen Investitionsbank – könnte ein Modell für eine Allianz mit einem großen Schwellenland sein. Ob es gelingt eine intelligente Verzahnung verschiedener Allianzen auf den Weg zu bringen, die den Weg zu mehr Ambition bahnen, wird maßgeblich darüber entscheiden, beim Handeln und Verhandeln die notwendige Steigerung der Ambition hinzubekommen zu können. Deutschland ist gut positioniert, in den kommenden beiden Jahren eine solche Vorreiterkoalition zur Schließung der Ambitions- und Finanzierungslücke aufzubauen. Klar ist, ohne die großen Schwellenländer und die EU kann eine solche Allianz nicht erfolgreich sein. Einen solchen Pfad gilt es auch bilateral intensiv zu prüfen.



Christoph Bals, Sven Harmeling und Dr. Manfred Treber

Die Autoren arbeiten bei Germanwatch. Christoph Bals ist Politischer Geschäftsführer, Sven Harmeling ist Teamleiter Internationale Klimapolitik, Manfred Treber ist Klima- und Verkehrsreferent.



Stimmen aus China

Chinas wachsender globaler Einfluss am Beispiel von Entwicklungspolitik

Die internationale politische Landschaft verändert sich. Wer gestern noch den Ton angegeben hat, muss jetzt damit rechnen, dass seine Politik hinterfragt und im Zweifelsfall auch durch andere Vorstellungen ersetzt werden kann. Länder wie China und Indien bestimmen nun in erheblichem Maße Entscheidungen mit. In globalen Foren wie der WTO oder der UN nehmen sie größere Rollen ein, üben Einfluss auf globale Prozesse, wie in der Diskussion um den Klimawandel aus, oder sind als wirtschaftliche und finanzielle Mächte vom Weltmarkt nicht mehr wegzudenken. In anderen Fällen machen sie gar Politik ganz ohne die alteingesessenen Akteure. Dies lässt sich beispielsweise an der chinesischen Entwicklungspolitik sehen, welche zum Ziel hat eine unabhängige Süd-Süd-Kooperation zu schaffen.

War Entwicklungspolitik seit Ende der Kolonialzeit grundsätzlich ein europäisches oder US-amerikanisches außenpolitisches Steckpferd, und demnach von einer klassischen Geber-Nehmer-Hierarchie gekennzeichnet, so sehen sich diese Strukturen mittlerweile der Konkurrenz durch eine gegensätzliche, chinesische Ideologie ausgesetzt. Diese gründet sich auf der Vorstellung, dass Kooperation auf Gleichberechtigung basieren muss, welche nur durch die Zusammenarbeit ebenbürtiger Partner erreicht werden kann. Leitlinie der chinesischen Entwicklungspolitik ist deswegen der „gemeinsame Vorteil“. Das Verständnis der Gleichheit gründet

sich in erster Linie auf einen gemeinsamen geschichtlichen Hintergrund der Kolonialisierung und Unterdrückung, der die jeweilige politische und wirtschaftliche Entwicklung geprägt hat, sowie auf der bestehenden Dominanz westlicher Staaten in der Weltwirtschaft und -politik. Dem gängigen Nord-Süd-Muster wird somit eine Süd-Süd-Kooperation ohne europäischen oder US-amerikanischen Einfluss entgegengestellt. Ein wichtiger Bestandteil der chinesischen Entwicklungspolitik ist die Abgrenzung zu westlichen Entwicklungsansätzen, mit einer Hervorhebung von Respekt vor staatlicher Souveränität und ohne eine Bindung politischer Reformen an wirtschaftliche Unterstützung.

Alternative ohne kolonialgeschichtliche Belastung

In der chinesischen Bevölkerung wird die Außenpolitik des Landes intensiv diskutiert, und dabei auch die Bedeutung der Entwicklungspolitik reflektiert. Insbesondere das Internet dient hierbei als Medium seine Meinung zu verbreiten und von anderen kommentieren zu lassen. Unter der Wahrnehmung, die westliche Entwicklungshilfe sei wenig mehr als eine Fortführung der Beziehungen zwischen Kolonialmacht und Kolonie, versteht man die chinesische Entwicklungspolitik durchaus als historische Alternative zur Ausbeutung durch westliche Mächte. Ein Blogger mit dem Namen „Alter Idiot“ schreibt dazu: „Die alten Kolonialstaaten wie England, Deutschland, Frankreich, USA und sogar Spanien und Portugal haben sich alle verausgabt, um an den Gewinnen aus Afrika beteiligt zu sein. [...] Afrika wurde zum Garten der alten Kolonialmächte. Nach der Gründung des neuen Chinas und einigen Jahrzehnten der Anstrengung, konnte China endlich in großem Maße selbstlos Hilfe leisten. [...] Nach einigen Jahren wohl überlegten Wirtschaftens, hatten wir einen festen Stand in Afrika.“ Aber auch angesichts der aktuellen, globalen Wirtschaftsprobleme sehen die Blogger mehr denn

je die Verantwortung Chinas gegenüber den Entwicklungsländern. „Chef im ostasiatischen Meer“ kommentiert hierzu: „Chinas Entwicklungshilfe verdient Zuspruch, gerade weil nach der Finanzkrise die Frage des amerikanischen Haushaltsdefizits ungelöst bleibt, die EU mit einer Kreditkrise zu kämpfen hat und in Japan eine dreifache Krise mit Erdbeben, Tsunami und Nuklearkatastrophe stattfindet. Das alles beeinträchtigt ihre Fähigkeit zur Entwicklungshilfe. Chinas Entwicklungshilfe kann das mehr oder weniger kompensieren.“

Empowerment oder Ausbeutung?

Von chinesischer Seite wird oft argumentiert, ein integraler Bestandteil der chinesischen Entwicklungspolitik sei die Stärkung der Entwicklungsländer, durch welche sie endlich als eigenständige Akteure wahrgenommen würden. Das Argument des Empowerments der Entwicklungsländer lässt sich wenigstens dann anbringen, wenn man davon ausgeht, dass mit dem chinesischen Engagement beispielsweise die afrikanischen Länder das erste Mal die Möglichkeit haben zwischen unterschiedlichen Entwicklungsmodellen zu wählen. Für die chinesische Entwicklungszusammenarbeit spricht außerdem das Prinzip der Nichteinmischung, welches als Zeichen des Respekts für eine tatsächliche Gleichberechtigung der Entwicklungsländer angesehen wird. Kritiker der chinesischen Entwicklungshilfe sehen in der Nichteinmischung wiederum ihre größte Schwäche, da sie das Überleben von Diktaturen unterstütze, ineffektive Regierungen an der Macht halte und westliche Sanktionsversuche behindere. Viele westliche Länder betrachten Chinas Entwicklungspolitik im Gegenzug als eine neue Art von Kolonialismus, bei welchem die chinesische Seite Ressourcen wie Öl oder Edelmetalle aus Afrika heraushole, den lokalen Markt mit billigen Importprodukten überschwemme oder in großem Stil afrikanischen Boden pachte, um dort industrielle Landwirtschaft zu betreiben. Auch chine-

sische Blogger setzen sich mit diesen Vorwürfen auseinander und kommen zu durchaus unterschiedlichen Bewertungen. „Punkt Punkt“ schreibt: „Die Vorurteile des Westens haben ihren Ursprung in einer komischen Überlegung über die traditionelle Instandhaltung des eigenen Einflussbereichs. [...] Auch die chinesische Politik der Nichteinmischung in afrikanischen Ländern wird kritisiert. Dass China niemandem seinen Willen aufzwingt, ist Chinas traditionelle Kultur und außenpolitische Entscheidung. China beteiligt sich auf seine eigene Weise an der Vermittlung zwischen und Lösung von regionalen Konflikten in Afrika. Der Westen zwingt Afrika seine Beurteilungskriterien anzunehmen und ist damit ein Ideologie-Hegemon.“ Blogger Kong Qingdong hingegen ist der Meinung, dass Chinas Bedarf an Ressourcen eine Rolle in der Entwicklungspolitik spiele, dies aber keinesfalls ein Kontrast zur chinesischen Hilfe bilde oder, wie manche in China beklagten, verschwendetes Geld sei. „Unsere Unterstützung für Afrika hat ihren Ursprung in einem großartigen, internationalen Prinzip, das damals Maos erste Generation der Revolutionäre festgelegt hat. Wir helfen den Revolutionen in Afrika, helfen ihnen in die Richtung des internationalen Prinzips einer freien Demokratie zu gehen. [...] Manche sagen, dass wir durch unsere Unterstützung Afrikas, unsere gratis Unterstützung, viel verlieren und nichts zurück bekommen würden. In ihrem Herzen sind solche Leute doch Imperialisten und wollen Afrika ausrauben. [...] Heute starrt die ganze Welt auf Afrikas Ressourcen. Und auch China hat dort Interessen, die wir [in unsere Politik] integrieren. Aber der Schutz dieser Interessen und der Schutz der Afrikaner haben die gleiche Bedeutung. Das ist das Festhalten an unserer maoistischen Linie.“

China als Weltmacht oder als Partner?

Dass Chinas Rolle in der Weltpolitik wächst, ist eine Tatsache, der Niemand mehr widersprechen kann. Dass aber diese stärkere Stellung auch das Ein-

dringen chinesischer Ideen in traditionelle Politikfelder der westlichen Welt zur Folge hat, bringt das bestehende Verständnis über politische Strukturen durcheinander. Die Frage ist nun, wie man darauf reagieren will. Ob China tatsächlich die Kooperation des Südens stärkt oder eigene Interessen hinter einer Maske angeblicher Gleichberechtigung versteckt, ist und bleibt im Endeffekt Ansichtssache, und sollte letztendlich auch von den Entwicklungsländern selber entschieden werden. Ob Chinas wachsendem Einfluss positive Veränderungen in der internationalen Politik folgen werden hin zu einer stärkeren Beteiligung schwacher Akteure, oder ob westliche und chinesische Vorstellungen weiter aneinandergeraten werden, ist eine Frage für die Zukunft. Bemerkenswert ist, dass China sich bei politischen Entscheidungen in globalen Foren, wie der UN, bisher trotz allem relativ ruhig verhält und eher durch Enthaltungen denn durch große Skandale aufgefallen ist. Es lässt sich demnach über die zukünftigen Dimensionen chinesischer Präsenz im internationalen System und der politischen Fokussierung Chinas spekulieren. Dass aber wenigstens in der chinesischen Bevölkerung Chinas wachsende Rolle in starkem Zusammenhang mit globaler Verantwortung steht, zeigt der Eintrag von Liu Yang: „Aus einer globalen Perspektive gesehen, ist Chinas Entwicklung nicht nur Chinas Angelegenheit, sondern die der Menschheit. Für die gemeinsame Entwicklung der Menschheit muss China in seiner Entwicklung deswegen eine nachhaltige Methode finden.“

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin engagiert sich im Projekt der Asienstiftung „Stimmen aus China“ und studiert Ostasienswissenschaften und Politikwissenschaften an der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Der Artikel wird von „Stimmen aus China“ (www.stimmen-aus-china.de) zur Verfügung gestellt, einem Blog der Asienstiftung, welcher der deutschen Öffentlichkeit durch die Übersetzung von Blogs und Kommentaren aktuelle China-Themen aus chinesischer Sicht präsentiert und seit Oktober 2011 unter anderen von der Robert Bosch Stiftung gefördert wird.



Rio Cononaco Yasuní Nationalpark

© Philip Gondecki

Neue Wege beim Schutz der Wälder –

Ecuadors Yasuní-Trust Fund

Einer der größten Fehlschläge des Rio-Prozesses ist der Schutz der Wälder. Das Forum Umwelt & Entwicklung bilanzierte 2002 zum Rio+10-Gipfel: »Das Thema Waldnutzung und Walderhalt war bereits in Rio 1992 eines der dominierenden Verhandlungsthemen und steht zehn Jahre nach Rio unverändert und weitgehend ungelöst auf der politischen Agenda. Von Entspannung im Sektor Wald und Waldzerstörung kann keine Rede sein. Im Gegenteil, der Schwund und die Degradierung der Wälder weltweit ist ungebrochen. Der Zustand des Ökosystems Wald hat sich durch Fragmentierungen ehemals geschlossener Waldflächen, Degradierung oder durch selektive Übernutzung bestimmter Waldressourcen auf der Ebene biologischer Vielfalt gravierend verschlechtert. Die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen und eine unzureichende Umsetzung bestehender Waldschutzgesetze gelten heute als die wichtigsten Ursachen der Waldverluste. Nationale Politiken und auch die internationale Staatengemeinschaft haben auf die Herausforderung zum Gegensteuern bislang höchst unzureichend reagiert.« Ersetzt man die Zahl 10 durch eine 20, könnte dies wortwörtlich auch unsere Bilanz zum Rio+20-Gipfel sein.

Im Gegensatz zur Atmosphäre oder zu den Ozeanen sind Wälder allerdings kein »gemeinsames Erbe der Menschheit«, sondern stehen in der Souveränität der Nationalstaaten. »Der Amazonas gehört uns« ist das Credo brasilianischer Politik, und das Schreckgespenst amerikanischer oder europäischer Öko-Kolonialisten, die Brasilien den Wald wegnehmen wollen, bestimmte schon 1992 in Rio die

Diskussion um die gescheiterte Waldkonvention. Die Wälder-Erklärung von Rio beginnt dementsprechend mit Sätzen wie »States have, in accordance with the Charter of the United Nations and the principles of international law, the sovereign right to exploit their own resources pursuant to their own environmental policies and have the responsibility to ensure that activities within their jurisdiction

or control do not cause damage to the environment of other States or of areas beyond the limits of national jurisdiction.« und »States have the sovereign and inalienable right to utilize, manage and develop their forests in accordance with their development needs and level of socio-economic development and on the basis of national policies consistent with sustainable development and legislation, including the conversion of such areas for other uses within the overall socio-economic development plan and based on rational land-use policies.«

Die (bisher noch) walddreichen Länder machen seitdem in großem Stil Gebrauch von ihrem souveränen Recht, Wälder zugunsten anderer Nutzungen zu zerstören, während die wachsenden Verpflichtungen zu nachhaltiger Nutzung ignoriert werden. Ecuador hat nun erstmals mit der Yasuní-ITT-Initiative einen anderen Weg eingeschlagen als das störrische Beharren auf nationaler Souveränität. Mit dem beim UN-Entwicklungsprogramm UNDP angesiedelten multila-

teralen »Yasuní Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT) Trust Fund« geht Ecuador Waldschutz-Verpflichtungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft ein, die es in diesem Ausmaß bisher noch nie gab.

Internationalisierung von Waldschutzgebieten

Solche Verpflichtungen sind auch bitter nötig. Eines der mit großen Worten angekündigten REDD-Waldschutz-Pilotprojekte, das Rimba Raya-Projekt in Borneo, steht ein Jahr nach seinem Beginn vor einem Scherbenhaufen. 90.000 Hektar Torf-Urwald sollten geschützt werden, 2 Millionen US Dollar Projektentwicklungskosten wurden bereits ausgegeben, die norwegische Regierung, Gazprom, die Clinton-Stiftung, Allianz und andere waren an dem Projekt beteiligt. Heute ist die Hälfte des Projektgebiets an eine Palmölkonzession vergeben, die Korruptionsbehörde ermittelt, sogar eine Verurteilung gegen einen Verantwortlichen im Forstministerium wegen Korruption hat es schon gegeben. Obwohl Wandojo Siswanto schon damals unter Korruptionsverdacht stand, war er bis 2009 sogar Mitglied der indonesischen Klimaverhandlungs-Delegation. Nachdem das Projekt im Labyrinth der indonesischen Bürokratie versunken ist, kann es heute nur noch als gescheitert bezeichnet werden. Offensichtlich wurde parallel mit der Palmölgesellschaft PT Best gedealt, und die Zahlte wohl einfach mehr. Was hat Norwegen daraus gelernt? Bisher nicht viel.

Fonds mit Bedingungen

Im Falle des Yasuní-Trust Fund hat sich Ecuador verpflichtet, alle Einzahlungen über 50.000 US Dollar zurückzuzahlen, wenn Ecuador seine Verpflichtungen nicht einhält. Das Geld liegt in New York bei der UNDP, Ecuador hat keine Möglichkeit dies rück-

gängig zu machen. Auch bei der Entscheidung, was mit dem eingezahlten Geld passiert, hat die Regierung weitreichende Konzessionen gemacht: ein sechsköpfiges Steering Committee entscheidet über den strategischen Jahresplan des Yasuní Fund, seine Umsetzung und die Mittelvergabe. Drei Mitglieder entsendet die Regierung, zwei die internationale Gebergemeinschaft und eines die ecuadorianische Zivilgesellschaft.



© Philip Gondéckl

Onko der Waorani am Cononaco Fluss Yasuní Nationalpark.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das Projekt überhaupt zustande kommt. Bisher sieht es eher düster aus, kaum eine Regierung hat sich bisher dazu durchringen können, etwas einzuzahlen – abgesehen von etwa 20 Millionen Dollar aus einem italienischen Schuldenerlass. Auch Entwick-

lungsminister Niebel blockiert bisher eine fast fertige deutsche Zusage.

Verglichen mit der unkritischen Begeisterung vieler Regierungen für REDD- bzw REDD-plus-Initiativen eine Entwicklung, die ausgesprochen unlogisch erscheint. REDD ist letztlich an ein internationales Klimaschutzabkommen gekoppelt – ohne ein solches gibt es keine Emissionsreduktionsverpflichtungen, die man mit REDD-Emissionsgutschriften erfüllen könnte. Lei-

der steht ein solches Abkommen zur Zeit eher in den Sternen. REDD-Projekte sind nicht in erster Linie dazu da, die Biodiversität in den Wäldern zu schützen, sondern Kohlenstoff zu binden. Vor allem sind sie offenbar in vielen Ländern recht korruptionsanfällig und wenn die jeweilige Regierung ihre Meinung ändert, ist das Geld weitgehend verloren. Ob die örtliche Bevölkerung etwas von den REDD-Geldern sieht, ist ebenfalls verglichen mit dem Yasuní-Fund mehr als fraglich.

Warum ausgerechnet der Yasuní-Trust Fund, mit dem der internationalen Gemeinschaft weitgehende Zugeständnisse gemacht werden als in nahezu allen anderen Projekten, derart umfassend von dieser internationalen Gemeinschaft ignoriert wird – das ist allerdings eine Frage, die noch zu untersuchen wäre. Sonderlich überzeugend wirken

die offiziellen Begründungen etwa des BMZ jedenfalls nicht.

Mehr zum IT-Trust Fund unter <http://mdtf.undp.org/yasuni>



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Wind of Change in der Entwicklungshilfe?

Neue EU Agenda umstritten – doch auch Kritik verirrt sich zuweilen

Die EU-Kommission hatte im Oktober zwei Mitteilungen vorgelegt: zur EU-Budgethilfe und zur Zukunft der Entwicklungspolitik (Agenda for Change) und positionierte sich somit auch zur High-Level Conference on Aid-Effectiveness in Busan, Südkorea.

John Rwangombwa schien not very amused. „Demokratie und Good Governance als Prinzipien für Hilfe gab es ja auch schon vorher und wir haben eigentlich kein Problem damit“, ließ Ruandas Finanzminister bei der Vorstellung der neuen „Agenda des Wandels“ durch die EU-Kommission in Brüssel verlauten. „Doch derlei Konditionen sollten uns nicht davon abhalten, die eigentlichen Ziele zu verfolgen: nämlich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Menschen.“ Und vor allem, so der ruandische Minister weiter, „sollten diese Bedingungen auch nicht soweit betont werden, dass sie unsere gute Zusammenarbeit mit der EU gefährden.“ Ein diplomatischer Hinweis darauf, dass neben den Europäern auch noch die Chinesen als Entwicklungspartner in Afrika in Frage kommen? Das ließ der Vertreter aus Ostafrika offen. Andere, namentlich Nichtregierungsorganisationen, äußern dagegen deutlicher Kritik am EU-Reformpapier zur Entwicklungshilfe. Und der ein oder andere scheint dabei auch schon mal den Überblick zu verlieren – wie die Reaktion von Oxfam in Brüssel zeigte.

Budgethilfe in drei Stufen

So sieht die „Agenda for Change“ unter anderem eine Neugestaltung der umstrittenen Budgethilfe vor. Die Kritik der Vergangenheit, dass Budgethilfe korrupte Regime bevorzugen und die Bevölkerung außen vor lassen könne, habe man sich zu Herzen genommen, heißt es bei der EU-Kommission. Sie schlägt deshalb nun einen „modernen“ und gestaffelten Budgethilfe-Ansatz vor. Danach soll umfangreiche Budgethilfe nur noch erfolgen, wenn Kriterien von guter Regierungsführung erfüllt sind. Das

sind nach der neuen Sprachregelung „Good Governance and Development Contracts“. Im Rahmen dieser Verträge kann die Hilfe auch wieder suspendiert werden, wenn die Bedingungen nicht erfüllt sind. Eine Alternative sind so genannte „sektorale Budgethilfe-Verträge“, mit denen zum Beispiel nur das Bildungswesen unterstützt wird. Hier sind die Konditionen weniger streng. Als Drittes gibt es noch „State Building Contracts“ für fragile Staaten, zum Beispiel in Post-Konflikt-Situationen. Die hier geleistete finanzielle Hilfe soll vor allem dafür sorgen, dass der Staat seine elementaren Aufgaben wieder erfüllen kann und eher langfristig auf dem Weg Richtung Demokratie und Menschenrechte unterstützt wird.

Nun kann man zu Recht kritisieren, dass die Kommission leider bisher für die drei Stufen keine genauen Messverfahren oder Indikatoren vorlegt, um genau unterscheiden zu können, wann welche Vertragsart angebracht wäre. Auf Nachfrage bei der Kommission heißt es, dass vor allem das „Commitment“ einzelner Länder zu Demokratie und Menschenrechte, beispielsweise durch die Ratifizierung internationaler Abkommen, entscheidend dafür sei, um als Partner für Good Governance and Development Contracts in Frage zu kommen. Dass aber die Unterzeichnung internationaler Verträge mit der Wirklichkeit im eigenen Land oft wenig zu tun hat, ist eine Binsenweisheit. Gerade deshalb ist es jedoch unverständlich, dass zum Beispiel Natalia Alonso, Leiterin von Oxfam Brüssel, nicht etwa forderte, die Kriterien strenger zu fassen, sondern im Gegenteil, „die Konditionalitäten flexibler“ zu gestalten. Und das, nachdem jahrelang mehr Demokratie,

Transparenz und Einbezug der Zivilbevölkerung vor Ort in politische und ökonomische Entscheidungen gefordert wurde? Wie zu hören war, stieß diese Position Oxfams auch bei einigen anderen Nichtregierungsorganisationen auf Unverständnis.

Weniger Empfängerländer...

Andere Kritik ist dagegen schon eher angebracht. So geht es bei dem nun anvisierten „Wandel“ auch darum, die Hilfe auf bestimmte Bereiche (wie etwa Gesundheit und Bildung) zu fokussieren und gleichzeitig die Zahl der Empfängerländer zu reduzieren. „Ich denke, wir waren in der Vergangenheit etwas zu ehrgeizig, in dem wir alles überall unterstützen wollten“, so EU Entwicklungskommissar Andris Piebalgs. „Doch wir haben daraus gelernt und wir erhoffen uns von einem Wandel klare Resultate, die wirklich den Menschen vor Ort helfen.“ So genannte „mittlere Einkommensländer“ sollen künftig stärker ihre eigenen Ressourcen zur Armutsbekämpfung nutzen. Als Beispiele werden China, Indien und Brasilien genannt, die in den vergangenen Jahren eine rasant wirtschaftliche Entwicklung machten. Wer sonst noch von der Länderliste gestrichen werden könnte, da hält sich die EU derzeit noch bedeckt. Und ganz ähnlich agiert Deutschland. So wollte Entwicklungsminister Dirk Niebel kürzlich auf der internationalen „Nexus“ Konferenz in Bonn zum Zusammenhang zwischen Energie, Wasser und Ernährungssicherheit ebenfalls noch nichts zur künftigen Länderliste sagen. Nur soviel: „Wir werden jetzt nur noch mit 50 Partnern mit dem vollumfänglichen Instrumentarium der Entwicklungskooperation zusammenarbeiten, mit 28 Partnern werden wir in einem Sektor oder regional übergreifend kooperieren.“

...klarere Resultate?

Doch genau in diesen Unklarheiten, ob auf deutscher oder EU-Ebene, liegt das Problem. Kleinere Länder, die nicht zu den Allerärmsten gehören, fürchten, ganz auf den Geldsegen aus Europa verzichten zu müssen und „weiter marginalisiert“ zu werden. Das machte jedenfalls eine Vertreterin aus Trinidad und Tobago bei der Debatte um die „Agenda for Change“ in Brüssel temperamentvoll deutlich. Im Übrigen, so kritisiert der Verband eu-

ropäischer Nichtregierungsorganisationen CONCORD, lebten 75 Prozent der Armen weltweit in den „mittleren Einkommensländern“. Wirtschaftswachstum allein sei kein Gradmesser für erfolgreiche Armutsbekämpfung, heißt es auch beim deutschen Evangelischen Entwicklungsdienst, EED. „Die neue Mittelschicht und die Ober-

schicht einer Gesellschaft profitieren, die Armen fallen durch dieses Raster“, so Claudia Warning vom EED Vorstand.

Unklar bleibt nach Ansicht der NGOs überdies, welche Rolle zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Projekte noch vor Ort spielen können, wenn sich die staatliche Entwicklungszusam-

menarbeit aus einem Land zurückziehe. Dagegen werde der Privatsektor als ein künftiger Akteur überbetont – ohne dass sich Unternehmen klar zu Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit bekennen müssten.



Monika Hoegen

Die Autorin ist entwicklungspolitische Fachjournalistin.

Harte Zeiten mit China am Tisch?

Monika Hoegen sprach mit Peter Lanzet vom EED

Das Ringen um Aid Effectiveness, wirksame Entwicklungszusammenarbeit, das mit der Pariser Erklärung 2005 begann, unter anderem in Accra/Ghana 2008 fortgesetzt wurde und auch Ziel der „EU Agenda for Change“ ist, ging auf der High-Level Konferenz vom 29. 11 bis 2. 12. in Busan, Südkorea weiter. Im Mittelpunkt stand das Bemühen um eine „inklusive“ globale Partnerschaft, die erstmals eine große Bandbreite von Akteuren, darunter die Zivilgesellschaft, den Privatsektor und die neuen Akteure der Süd-Süd-Kooperation, die BRIC-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China), umfasst. Monika Hoegen sprach mit Peter Lanzet vom EED, der als NRO-Vertreter in der deutschen Regierungsdelegation vor Ort war.

Herr Lanzet, ist in Busan damit ein konkreter Erfolg für mehr Aid Effectiveness erzielt worden?

Lanzet: Die Zivilgesellschaft bekommt eine wesentlich stärkere Rolle. Damit haben wir viel erreicht. Das Ringen mit China um eine globale Plattform war jedoch mühsam. Die BRIC-Akteure konnten durchsetzen, dass sie sich nur auf freiwilliger Basis nach den gemeinsamen Prinzipien, wie zum

Beispiel Transparenz, demokratische Strukturen oder die OECD-Regel, dass 25 Prozent der Hilfe wirklich als Zuschuss gegeben werden muss, richten. Das heißt, diese Akteure behalten sich vor, auch weiterhin, wie vielerorts in Afrika, rein geschäftlich vorzugehen. Das Abschlussdokument erhält auch kein klares Bekenntnis zu einer auf den Menschenrechten basierenden Entwicklung.

Was bedeutet es für zivilgesellschaftliche Akteure, dass in der neuen Plattform China mit am Tisch sitzt?

Lanzet: Das könnte noch eine harte Zeit für uns werden.

Welche Probleme mit Blick auf Aid Effectiveness bestehen ansonsten weiter fort?

Lanzet: In der Accra Agenda for Action wurde ja „untied aid“ gefordert – doch die Lieferbindung ist noch stärker geworden. Problematisch ist auch die starke neue Orientierung hin auf „Results“ und „Value for Money“. Das „Program for Results“ der Weltbank sieht sogar vor, erst Resultate eines Projektes abzuwarten, bevor Geld fließt. Das heißt, Empfängerländer müssten in Vorleistung gehen – eine schwierige Forderung.



„Ernährungssicherung und Zugang zu natürlichen Ressourcen

Konferenz „Politik gegen Hunger IX“

Zum neunten Mal veranstaltete das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) im November die internationale Konferenz „Politik gegen Hunger“. Dieses Jahr stand die Bedeutung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut im Mittelpunkt der Diskussionen.

Seit 2001 veranstaltet das BMELV die Konferenzreihe „Politik gegen Hunger“. Das Ministerium versteht diese als Podium, bei dem politische Entscheidungsträger und VertreterInnen der Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von Hunger betroffen sind, auf Augenhöhe zu Themen der

globalen Ernährungssicherung debattieren. Gleichzeitig will die Konferenz konkrete Handlungsempfehlungen formulieren, die in aktuelle Prozesse eingespeist werden sollen. Das Forum Umwelt und Entwicklung und FIAN haben das Ministerium bei der inhaltlichen Konferenzausrichtung beraten.



Frau mit Gemüse auf dem Kopf



Erdnussbauer in Mexiko

Zugang zu natürlichen Ressourcen ist ein Schlüssel zur Ernährungssicherung

„Ernährungssicherung und Zugang zu natürlichen Ressourcen“ war das Thema der diesjährigen Konferenz vom 21. bis 23. November. Damit wurde die Bedeutung des sicheren und gerechten Zugangs zu Boden, Wasser, Fischgründen, Wäldern und Saatgut für Hungerbekämpfung und Ernährungssicherung betont. Besondere Aktualität bekam das Thema durch die laufenden Verhandlungen zu Freiwilligen Leitlinien für verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Ausschuss für Welternährungssicherung (CFS). Dies ist ein wichtiger Prozess, zumal die Zivilgesellschaft und insbesondere Kleinbauern- und andere Produzentenorganisationen aktiv an den Verhandlungen teilnehmen und Einfluss nehmen können.

Eine der Arbeitsgruppen war dann auch diesen Leitlinien gewidmet. Mehrere Akteure der Verhandlungen im CFS nahmen hier teil. Angesichts der noch laufenden Verhandlungen galt es den Spagat zu schaffen, den Verhandlungen Anfang nächsten Jahres nicht vorzugreifen, gleichzeitig Impulse für einen positiven Abschluss zu geben und Maßnahmen zur Umsetzung der Leitlinien zu thematisieren. So gab es neben dem Bekenntnis aller Akteure zu den Leitlinien einen ersten

Gedankenaustausch zur praktischen Umsetzung, in dem besonders die Vertreter von Bauern- und Produzentenorganisationen Gelegenheit hatten, ihre Erwartungen und Vorstellungen vorzubringen.

Empfehlungen zur Sicherung und Verbesserung des Zugangs zu Ressourcen

Vier weitere Arbeitsgruppen waren jeweils Problemstellungen zu konkreten Ressourcen gewidmet: Land und Wasser, Fischgründe, Wälder sowie Saatgut. Dass das Ziel, konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren, je nach Arbeitsgruppe unterschiedlich gut erreicht wurde, liegt in der Natur einer Konferenz, bei der die Ergebnisse nicht vorher feststehen. In der Arbeitsgruppe zu Land und Wasser zeigte sich die Komplexität und Vielschichtigkeit. Hier wurden vor allem Wege aus der Diskriminierung marginalisierter Gruppen bei Zugang Land und Wasser diskutiert. Interessant wurde es beim Thema Investitionen in die Landwirtschaft: Während heutzutage fast ausschließlich über voluminöse Investitionen privater Unternehmen und Konzerne gesprochen wird, wurde unterstrichen, dass die Menschen vor Ort am meisten investieren, nämlich tagtäglich Arbeit, Zeit, Wissen und auch Geld. Dies muss anerkannt und unterstützt werden, um einen Beitrag gegen die Diskriminierung der ländlichen Bevölkerung zu leisten.

Dass Fischerei – und besonders Kleinfischerei – einen wichtigen Beitrag zu Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung leistet, wird zunehmend anerkannt. Dennoch unterstrich die Konferenz, dass dies in den meisten Strategien zur Hungerbekämpfung nicht ausreichend berücksichtigt wird. Insbesondere der Zugang zu Gewässern für Kleinfischer muss durch geeignete Rahmenbedingungen gesichert werden. Dazu gehört vor allem auch der Schutz vor dem ungleichen Wettbewerb mit Großfishern. Unterstrichen wurde außerdem, dass die Debatte um Rechte von Kleinfischern sich nicht allein auf Zugangsrechte beschränken darf, sondern die Menschenrechte insgesamt geachtet werden müssen.

Bei den Arbeitsgruppen zu den Themen Wald und Saatgut zeigte sich, dass diese allzu oft unter stark technischen Gesichtspunkten diskutiert werden. Während das Thema Wald im Moment – und besonders im Kontext von Rio +20 – fast ausschließlich unter Umwelt- beziehungsweise Waldschutzaspekten behandelt wird, steht die Debatte um pflanzengenetische Ressourcen und Saatgut oftmals im Banne der Diskussion um geistige Eigentumsrechte. Es war ein echter Mehrwert der Konferenz diese Themen einmal explizit mit Bezug zur Ernährungssicherung und Zugangsrechte zu diskutieren.

Die Arbeitsgruppe zum Thema Wald betonte unter anderem, dass Waldschutz oder vermeintlicher Klimaschutz (zum Beispiel REDD+), die im Wald oder von dessen Produkten lebenden Menschen nicht ausgrenzen dürfen. Wie die Ausweisung von Schutzgebieten die lokale Bevölkerung unmittelbar betrifft, wurde durch den Sprecher einer Gemeinde von Viehhirten aus Kenia deutlich, der beklagte, dass sie selbst in Zeiten höchster Not, wie aktuell am Horn von Afrika, nicht mehr ihre Wasserquellen in den neuen Schutzgebieten nutzen dürfen.

Ein wichtiges Thema bei den Diskussionen zum Schutz und Erhalt von Agrobiodiversität und des Zugangs von Bauern zu Saatgut war die Rolle von Genbanken. Es wurde deutlich, dass Genbanken alleine nicht ausreichen, um Kleinbauern einen sicheren Zugang zu angepasstem Saatgut zu ermöglichen. Konkrete Beispiele aus

Äthiopien und Indien zeigten klar, wie wichtig die Bewahrung und Weiterentwicklung von Saatgut vor Ort durch die Bauern selber ist.

Auch Deutschland und die Industrieländer stehen in der Verantwortung

Angesichts der essentiellen Bedeutung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen für die Hungerbekämpfung ist es sehr zu begrüßen, dass ein solches Thema im Mittelpunkt einer großen internationalen Konferenz stand. Gerade die Beiträge der Referenten und Gäste aus dem Süden machten immer

wieder deutlich, dass es sich hier nicht um theoretische Debatten handelt, sondern dass der sichere Zugang zu Ressourcen für viele Menschen (über-) lebenswichtig und eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung ist.

Die Hoffnungen, die viele Bauern- und Produzentenorganisationen in die Freiwilligen Leitlinien des CFS setzen, werden aber nur dann erfüllt, wenn die Bestimmungen auch tatsächlich umgesetzt werden. Der Appell des Staatssekretärs im BMELV Robert Kloos an alle Akteure, sich für die Umsetzung verantwortlich zu fühlen, sollte sich daher nicht nur an Entwick-

lungs- und Schwellenländer richten. Auch die reichen Staaten inklusive Deutschlands müssen sicherstellen, dass ihre Politik nicht zum Verlust des Zugangs zu Land, Wasser und anderer Ressourcen von Menschen im globalen Süden beiträgt.

Eine vorläufige Übersicht über die Empfehlungen der Konferenz ist unter www.policies-against-hunger.de abrufbar. Der Abschlussbericht wird Anfang 2012 veröffentlicht.



Roman Herre und Philip Seufert

Roman Herre ist Agrarreferent bei FIAN Deutschland, Philip Seufert arbeitet zum Thema Zugang zu natürlichen Ressourcen bei FIAN International.



Gemüseanbau bei Ruseifa in Jordanien

der Teilnehmerkreis nicht zufällig zustande kam, sondern »by invitation only«. Der Begründung, nur so könne sichergestellt werden, dass die drei »communities« Wasser, Energie und Ernährungssicherheit gut durchmischt würden, ist kaum zu widersprechen – wir merken im Forum Umwelt & Entwicklung immer wieder, wie schwer es ist, solche »communities« zusammenzubringen. Der Nebeneffekt ist natürlich, dass man damit die Zusammensetzung der Teilnehmer auch unter anderen Gesichtspunkten gut steuern konnte. Unmittelbare Konsequenz war die augenfällige schwache Präsenz der NGOs, zahlenmäßig weitaus geringer als gewohnt. Längst nicht alle, die gerne eine Einladung bekommen wollten, bekamen eine – jedes Begleitkreismitglied durfte exakt fünf Personen vorschlagen. Umso präsenter waren internationale Institutionen, die Wirtschaft und die Wissenschaft. Sogenannte »Strategische Partner« der Konferenz waren das World Economic Forum, das International Food Policy Research Institute (IFPRI) und der WWF.

Damit einher ging eine subtile Verschiebung der Gewichte in der Diskussion. Als NGO-Teilnehmer neigt man zum reflexartigen Beifallklatschen, wenn wortreich das Versagen der Regierungen bei der Umsetzung der Rio-Agenda beklagt wird. Natürlich, wer will schon widersprechen, wenn die Analyse kommt »politicians are always behind the realities, they are

Solutions for the Green Economy?

Eindrücke von der Bonner Nexus-Konferenz

»The Water, Energy and Food Security Nexus – Solutions for the Green Economy« – unter diesem Titel fand vom 16.–18. November im alten Bonner Bundestag der offizielle Hauptbeitrag der Bundesregierung zum bevorstehenden Rio+20-Gipfel statt. Eine internationale Konferenz mit 500 Teilnehmern mit einem Programm, das der oberflächliche Beobachter leicht mit dem Reflex abtun konnte, »alles schon mal gehört, alles schon mal dagewesen, und fehlender inhaltlicher Tiefgang wurde mit pompösen Riverboat Dinners und dergleichen wettgemacht«. Aber eine solche Kurzzusammenfassung würde dieser Konferenz nicht gerecht. Im Gegenteil: Diese Konferenz war ausgesprochen aufschlussreich.

Bei näherem Hinsehen bot diese Konferenz nämlich Einblicke in sich abzeichnende politische Entwicklungen, die gerade den NGOs sehr zu denken geben müssen. Die Konferenz hatte mehr als ein Jahr inhaltlichen Vorlauf. Vieles davon war auch für die Mitglieder der internationalen und nationalen Begleitkreise

(darunter auch der Verfasser) nicht immer wirklich transparent und ließ nicht direkt erkennen, welche Inszenierung hier geplant war.

By invitation only

Grundlegender Unterschied zu vielen anderen Konferenzen zu ähnlichen Themen war schon mal, dass



Philippinisches Reisfeld

merely following the scientific and economic developments«. Oder das Loblied auf die berühmten »Stakeholder«, die man unbedingt einbeziehen müsse. Der NGO-Vertreter fühlt sich sofort instinktiv angesprochen – und die »public participation«, klar, die fordern wir auch immer. Der Vertreter des World Economic Forums fordert, man müsse erstens »everybody together« und zweitens »everybody on board« bringen. Sogar »putting people at the center« fehlt nicht, ganz in der Sprache progressiver Entwicklungshilfekritik. Die Krönung war das von David Nabarro, UN-Sonderbotschafter für Ernährung, verkündete Scheitern der public-private partnerships. Haben nicht wir NGOs jahrzehntelang PPPs scharf kritisiert? Nabarro verkündete anschließend, jetzt beginne das Zeitalter der »people-public-private-partnerships«, der PPPPs. Was daran nun anders sein soll, blieb offen – und es hinderte die BMZ-Staatssekretärin Kopp in keiner Weise daran, in ihrem Schlusswort das hohe Lied auf die alten PPPs zu singen: »One actor alone cannot meet the challenge«, gemeint war natürlich der Staat.

Irgendwann fällt einem dann auf, was in diesem Chor der schönen Worte fehlt. »Interessen«, das sagte keiner, oder »Regulierung« zum Beispiel. Oder schlicht und ergreifend: »Politik«. Dieses Wort fehlte derart auffallend, dass sogar ein KfW-Vertreter aus dem Pub-

likum treffend darauf hinweisen musste »we talk a lot about finance and technology here, but not about policy. What if we have the finance and the technology but the policy is wrong?« Und wenn es keine »Interessenvertreter« mehr gibt, sondern nur noch »Stakeholder«, dann braucht man sich über das Fehlen von Interessen auch nicht mehr zu wundern. Nexus thinking - Silo thinking

Leitmotiv der Konferenz war die Gegenüberstellung von »nexus thinking« und »silo thinking«. Zahlreiche Redner erklärten das »silo thinking« geradezu zur Hauptursache aller Umsetzungsprobleme. Auch hier befällt einen das Gefühl, dass diese Analyse zwar nicht direkt falsch ist, und mangelnde Kohärenz verschiedener Politikbereiche auch bei den »Stakeholdern« und selbst bei den NGOs immer wieder ein echtes Problem ist. Aber dass diese mangelnde Kohärenz – pardon, das »silo thinking« – eventuell nicht nur an den Scheuklappen der Akteure liegt, sondern vielleicht auch an ökonomischen Interessen – das wagte kaum jemand auszusprechen.

Wenn es tatsächlich zutrifft, dass die durch industrialisierte Landwirtschaft verursachten Schäden an den Böden durch Erosion immer bedrohlichere Ausmaße annehmen, und wenn es ebenfalls zutrifft, dass große landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerungen eben nicht durch eine weitere

Intensivierung der industrialisierten Landwirtschaft mit noch mehr Input an knapper Energie und knappem Wasser erzielt werden können, sondern durch gezielte Förderung der kleinbäuerlichen Produktionsweise mit weniger energieintensivem Input – dann heißt das im Klartext, dass das Geschäftsmodell der großen Agrarkonzerne die Herausforderung Ernährungssicherung für neun Milliarden eben nicht lösen kann. Da ist dann, unausweichlich, die Politik gefragt.

Nicht angesagt waren aber eine stärkere Rolle des Staates, ebenso wenig Verpflichtungen aller Art für die Wirtschaft. Die Frage einer NGO-Vertreterin, was denn aus den noch in Johannesburg beim Rio+10-Gipfel beschlossenen bindenden Corporate Responsibility-Verpflichtungen geworden sei, wurde vom Moderator des World Economic Forum souverän abgebügelt. »Vielen Dank für Ihre Frage, der Nächste bitte«. Nicht anders ging es einem philippinischen Wissenschaftler mit seiner Anmerkung »The pursuit of economic growth is a sacred cow at this conference but it needs to be questioned. Human well-being is not the same as economic growth.« Aus der Rolle fiel in dieser Hinsicht lediglich IRENA-Generaldirektor Adnan Amin. Er plädierte ganz klar für einen »rights-based approach«, Rechte auf Zugang zu Ressourcen müssten politisch gerecht verteilt werden und das müsse man einfordern. »We need a balance between private sector accountability and enabling frameworks for investment. Bemerkenswert war der Beitrag von Alexander Müller, stellvertretender FAO-Direktor. Es sei eine große Versuchung zu sagen, wir brauchen langfristige Lösungen, um dann kurzfristig mit business as usual weiter zu machen. Dieses kurzfristige business as usual blockiere aber genau die langfristigen Lösungen, weil die eben nicht vom Himmel fallen, sondern eingeleitet werden müssen. Vieles von dem was hier vorgeschlagen werde, würde den Ressourcenverbrauch bei Wasser, Energie, Land noch erhöhen, aber dieses ständige Mehr an Ressourcen werde es nicht geben.

Wer definiert Green Economy?

Genau diese Frage wurde bei nahezu allen Beiträgen aus dem »private sector« völlig ausgeklammert. So schilderte Siemens-Vorstandsmitglied

© Jochen Birnikowski / pixello

Barbara Kux durchaus beeindruckend die Wandlung dieses Konzerns, und verwies darauf, dass Umwelttechnologien, Windräder und Effizienztechnologien heute das Zentrum der strategischen Ausrichtung des Konzerns bestimmen und damit der Hauptteil des Gewinns gemacht werde. Das war für sie »Green Economy«. Zugegeben, ein bisschen politische Regulierung war schon nötig für den Aufbau dieser Geschäftssparten, aber eigentlich läuft das jetzt ganz von alleine – das war ihre Botschaft. Der Unterschied zwischen »business as usual« und »Green Economy« wirkt nach solchen Beiträgen ziemlich unscharf, auch wenn man zugeben muss: business as usual im Jahre 2011 ist nicht mehr das business as usual von 1992.

Es gab übrigens noch ein Wort, das in Bonn kaum vorkam: Klima. Ein Thema am Rande, irgendwie aus der Mode gekommen. Einer der wenigen, die darauf eingingen, war Nestlé-Chef Peter Brabeck-Letmathe. Auch er attackierte das fehlende vernetzte Denken, die Silo-Mentalität. »One of the worst silos is the CO₂ silo. You cannot look at everything from a CO₂ perspective. We must put people in the center of our thinking, not CO₂«, um anschließend die enorme Geldverschwendung und Ressourcen-Fehlsteuerung durch Biokraftstoffe und andere erneuerbare Energien zu beklagen. „Putting people at the center“, sagen wir das nicht auch immer?

Mittlerweile stehen auf der Konferenzwebsite die Ergebnisse und Empfehlungen der Konferenz online: http://www.water-energy-food.org/en/conference/policy_recommendations.html. Im Mittelpunkt steht die Empfehlung, die drei Felder Wasser, Energie und Ernährungssicherheit als gemeinsamen, miteinander verbundenen Nexus zu sehen. In den Kapitel „way to Rio“ wird dazu aufgerufen diesen Nexus fest in der Rio-Agenda zu verankern.

Zudem wurden fünf so genannte „Bonn opportunities for action“ präsentiert. Daneben werden konkrete Maßnahmen aufgezählt, die die Stakeholder ergreifen können, um die „opportunities for action“ umzusetzen.

Man kann davon ausgehen, dass die mit hohem Aufwand organisierte und gekonnt inszenierte Nexus-Konferenz in ihrer Grundlinie die strate-

gischen Überlegungen von BMU und BMZ zur Debatte um die »Green Economy« wiedergibt. Unabhängig davon, ob die Rio+20-Gipfelkonferenz nun wichtig ist oder nicht – die Diskussion um Green Economy, ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft, die »Große Transformation« (oder welcher Begriff auch immer für diese Herausforderung verwendet wird) wird auch ohne Rio+20 eine zentrale Herausforderung für die Umwelt- und Entwicklungs-Organisationen in den nächsten Jahren sein. Die Agenda für diesen Diskurs hat sich spürbar geändert, und zwar sehr subtil: eine technokratische, entpolitisierte Agenda des »wir sitzen alle in einem Boot«. Auch die alten Feindbilder aus der Wirtschaft bröckeln: wenn alle von »grünem Wachstum« reden, Konzerne wie Siemens die Grüne Wirtschaft zum strategischen Ziel erklären – reicht es da aus, als NGO einfach nur zu sagen, die meinen es sowieso nicht ernst?

Uwe Hoering, Autor der Rio+10-Bilanzpublikation des Forums Umwelt & Entwicklung 2002, hat in einem breit kursierenden Essay (<http://www.globe-spotting.de/boykott-rio20.html>) bereits die Devise ausgegeben: »Boykottiert Rio+20«. Das Leitthema der »Grünen Ökonomie« sei längst Mainstream, es gehe darum den Kapitalismus zu begrünen, um einen neuen Wachstumsschub herbeizuführen. Rio sei nur noch eine PR-Veranstaltung globalen Zuschnitts. »Occupy Rio+20« ist die Devise, die Achim Brunnengräber ausgegeben hat. Vermutlich wird die Rio-Konferenz selber in der Tat nur ein müder Abklatsch ihres historischen Vorbilds. Aber das ist nicht entscheidend – es geht darum, wer im gesellschaftlichen Diskurs definiert was eine Green Economy ist. Und dabei kann es nicht um Boykott, sondern um nur um Occupy gehen. Der Begriff verweist allerdings schon auf ein zentrales Problem: wogegen die Occupy-Bewegung ist, ist ziemlich eindeutig, wofür sie steht schon weniger.

NGOs als Impulsgeber abgelöst

Wir sollten uns nichts vormachen: es sieht im Augenblick so aus, als würden die Agenda für die Green Economy andere setzen. Die NGOs waren die

politischen Innovationstreiber des Rio-Prozesses der 1990er Jahre, bis weit in die 2000er-Jahre. Aber wir sind in Gefahr, diese Rolle zu verlieren und uns zudem inhaltlich auseinanderzuentwickeln. Ein Teil der NGOs steht dem ganzen Diskurs zunehmend kritisch gegenüber, bis hin zum Boykottaufruf von Rio, und betont vor allem die Greenwashing-Komponente dieses Diskurses, während andere Partnerschaften mit der Wirtschaft eingehen. Pointiert gesagt, während die einen die Rio-Agenda neu definieren, haben die anderen sie schon aufgegeben. Viele andere haben sie zwar nicht aufgegeben, brauchen aber dringend ein inhaltliches Update ihrer Argumentation, die zumindest bei der Nexus-Konferenz über weite Strecken etwas, sagen wir mal, zeitlos wirkte. Wenn die NGOs wieder aktiv Impulse in die Debatte um die mit »Green Economy« beschriebene Zukunftsherausforderung geben wollen, brauchen sie mehr inhaltliche Klarheit und auch neue konkrete Ideen jenseits von Boykott und kritiklosem Mitmachen in einem grüngefärbt runderneuten business as usual. Das Boot zu einer tatsächlich nachhaltigen Green Economy wird nur ankommen, wenn bestimmte Akteure, bestimmte Geschäftsmodelle eben nicht mit an Bord genommen werden, sondern delegitimiert werden.

Wir haben viele sektorale Detailkonzepte, die zwar nicht immer zusammenpassen, aber zusammengenommen viel Baumaterial für eine wirkliche »Green Economy« ergeben. Einen inspirierenden Bauplan zwischen den Polen einer strategischen Partnerschaft mit der Wirtschaft einerseits und Fundamentalopposition andererseits haben wir daraus noch nicht gemacht. Wenn wir das nicht schaffen, kann es aber auch sein, dass das Boot der gesellschaftlichen Diskussion stattdessen ohne viele von uns ablegt und nur so tut als würde es zur Green Economy fahren. Oder mit den Worten der US-Botschafterin bei der FAO: »if we always do what we do, we will always get what we got«. Banal aber wahr, und es gilt in der Tat nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die »Stakeholder«.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.



Internationale Staudammaktivisten begrüßen die Teilnehmer der Bonner Konferenz

Staudämme sind keine Lösung für den Klimawandel

Internationale Begegnung mit Flusschützern

Vom 16. bis 18. November 2011 richteten das Bundesumweltministerium (BMU) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Bonn2011-Konferenz „The Water, Energy and Food Security Nexus – Solutions for the Green Economy“ aus. Sie stellte einen der zentralen Vorbereitungsbeiträge der Bundesregierung für die Rio+20-Konferenz im Juni 2012 dar, fand jedoch nur mit geladenen Gästen statt.

Bei der Verbindung der Themen Wasser, Energie und Nahrung nehmen Staudämme eine Schlüsselrolle ein, da sie sowohl der Energieproduktion als auch der Bewässerung und Nahrungsmittelproduktion sowie der Trinkwassergewinnung dienen können. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels werden sie als umweltfreundliche Alternative zu fossilen Energieträgern propagiert, und weltweit boomt der Staudambau. Derzeit sind Tausende von Dämmen in Ländern wie der Türkei, China und Brasilien geplant oder werden von ihnen in anderen Ländern gebaut oder finanziert. In Europa gerät der Neubau von Staudämmen als Speicher für regenerativ erzeugte Energie wieder in die Diskussion.

Staudammboom bedroht Umwelt und Klima

Die GRÜNE LIGA – Bundeskontaktstelle Wasser und GegenStrömung / infoe e.V. nahmen die offizielle Regierungskonferenz zum Anlass, um in Kooperation mit dem Forum Umwelt und Entwicklung das Bewusstsein der Öffentlichkeit, wie der Konferenzteilnehmer, dafür zu schärfen, dass der Staudammboom in der jetzigen Form Wasser-, Nahrungs-, Energie- und Klimaprobleme eher noch verschärfen als lösen kann, während andererseits bereits Konzepte existieren, die negativen Auswirkungen von Staudambauten abzumildern.

Am Vorabend der Bonn2011-Konferenz luden wir unter dem Titel „Be-ware of dams – false solutions to the

water - energy - food security nexus? – Staudämme in Zeiten des Klimawandels“ zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in die Uni Bonn ein.

Peter Bosshard (Policy Director von International Rivers) gab einen Überblick über die weltweiten Trends im Staudambau. Zu den Referenten gehörte mit Juan Pablo Orrego, dem Präsidenten von Ecosistemas aus Chile, sogar ein Alternativnobelpreisträger, der sehr eindringlich auf die ökologischen Folgen der Staudammprojekte in Patagoniens atemberaubender Naturlandschaft hinwies. Brent Millikan (Amazon Program Director bei International Rivers) berichtete per Internet-Live-Schaltung vom Belo Monte Staudammprojekt in Brasilien. Es wird geschätzt, dass der Belo Monte-Damm zusammen mit einem weiteren Damm in den ersten zehn Jahren ihrer Betriebsdauer voraussichtlich viermal so viele Emissionen freisetzen würde wie ein vergleichbares fossiles Kraftwerk. Auch als Klimafolgenpuffer für abschmelzende Himalaya-Gletscher sind Staudämme

nur bedingt geeignet, wie dem Vortrag von Gopal Siwakoti aus Nepal zu entnehmen war. Himanshu Thakkar (Präsident von South Asia Network on Dams, Rivers & People) aus Indien wies darauf hin, dass die Zertifikate des CO₂-Emissionshandels (CDM) zur Finanzierung fragwürdiger Projekte dienen. Dr. Manfred Konukiewicz bekräftigte, dass sich das BMZ für die Einhaltung der Kriterien der World Commission on Dams einsetze. Den Illisu-Staudamm und weitere Projekte in der Türkei thematisierte Ercan Ayboga (Initiative zur Rettung von Hasankeyf). Heike Drillisch (GegenStrömung) machte deutlich, dass auch Projekte der kleinen Wasserkraft mit gravierenden Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen einhergehen können.

Für die musikalische Umrahmung konnten Swantje und Carlos – Troubadoure der Neuzeit gewonnen werden. Durch das Programm führte Michael Bender. Die Veranstaltung wurde per Livestream ins Internet übertragen.

Die GRÜNE LIGA und infoe bedanken sich bei der Staatskanzlei des Landes NRW / GIZ GmbH und beim Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. für die freundliche Unterstützung.

Nexus-Konferenz ignoriert Bedenken der Staudammaktivisten

Die Veranstaltung war umso passender, als bei der Regierungskonferenz kritische Stimmen geringen Raum erhielten. Obwohl etliche VertreterInnen

indigener Völker und von Nichtregierungsorganisationen aus dem Süden als TeilnehmerInnen eingeladen waren, fehlten sie weitgehend auf den Podien. Erst in letzter Minute erklärten sich die Organisatoren des Workshops zu Staudämmen, den die Weltbank, die International Hydropower Association und der WWF unter dem bezeichnenden Titel „Making Dams Work“ abhielten, bereit, zwei Staudammaktivisten als Redner mit aufzunehmen. Während in der anschließenden Diskussion und verschiedenen Gesprächsrunden, den sogenannten Nexus-Cafés, die vielen mit Staudämmen verbundenen Probleme deutlich zum Ausdruck gebracht wurden, erwies sich der Managing Director der Weltbank, Mahmoud Mohieldin, im Abschlusspanel als unbeirrter Staudammbefürworter. Und obwohl der Entwurf der Abschlussempfehlungen der Konferenz die Bedeutung der Menschenrechte in Zusammenhang mit dem „Nexus“ Wasser-Energie-Nahrung in den einleitenden Kapiteln zwar gebührend hervorhebt, fehlt ein klarer Hinweis auf die Menschenrechte in den Kapiteln, die die Verantwortungen der verschiedenen Akteure benennen. In Bezug auf Staudämme werden „existing and emerging sustainability assessment tools“ als zu berücksichtigende Standards genannt – ein Ausdruck, der sich offensichtlich auf das Hydropower Sustainability Assessment Protocol (HSAP) der International Hydropower Association bezieht. Dieses wird von der Zivilgesellschaft jedoch als ein Versuch der Staudammindustrie angesehen, die Empfehlungen der

Weltstaudammkommission auszuhebeln, und als bloßes „Greenwashing“ abgelehnt.

Insgesamt bestärkte die Konferenz den Eindruck, dass es bei der „Green Economy“ vor allem um die Fortsetzung des Wirtschaftswachstums geht und der Schutz von Ökosystemen und Biodiversität nur in dem Maße Berücksichtigung findet, wie diese ökonomisch verwertbar sind. Es bleibt daher viel zu tun auf dem Weg nach Rio.

Weitere Themen der internationalen Wasser-Diskussion greift das englischsprachige Positionspapier „Water for Life“ auf, das die GRÜNE LIGA Bundeskontaktstelle Wasser in Kooperation mit Partnern aus dem Forum Umwelt und Entwicklung und aus dem Living Lakes-Netzwerk pünktlich zur Bonner Nexus-Konferenz vorstellte. Zu den zentralen Herausforderungen gehören neben der Vermeidung der negativen Auswirkungen durch Staudämme das Menschenrecht auf Wasser, die ökologisch verträgliche sanitäre Grundversorgung, das integrierte Wassermanagement, die Reduzierung der Wasserverschwendung in der Landwirtschaft, verursachergerechte Wasserpreise und stärkere Partizipation (siehe auch Rundbrief-Serviceteil).



Michael Bender, Jean-Philippe Müller und Heike Drillisch

Michael Bender und Jean-Philippe Müller arbeiten für die GRÜNE LIGA Bundeskontaktstelle Wasser. Michael Bender ist außerdem Koordinator der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung. Heike Drillisch Heike Drillisch ist Koordinatorin des Netzwerks GegenStrömung und im Vorstand des Instituts für Ökologie und Aktions-Ethnologie (infoe) e.V.

Richard Louv:

Das letzte Kind im Wald

Langsame, schleichende Veränderungen in Gesellschaften entgehen nur allzu oft der Wahrnehmung. Durch die rasanten technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte greifen die reale und die virtuelle Welt immer weiter ineinander, das führt dazu, dass in Industrienationen die Mehrheit der Bevölkerung in naturfernen Lebenswelten abgekoppelt von direktem Zugang zur Natur leben. Besonders für Kinder und Jugendliche hat diese gesellschaftliche Entwicklung dramatische Folgen. Noch nie in der Menschheitsgeschichte hatten Generationen von jungen Menschen

so wenig Kontakt zu intakter Natur wie heute. Wenn Kinder und Jugendlichen immer weniger Zeit in der Natur verbringen, verengt sich ihr Wahrnehmungshorizont körperlich und seelisch, und mindert den gesundheitsfördernden Reichtum notwendiger menschlicher Erfahrungen. Ein Leben ohne Natur – kein Erwachsener könnte es auf Dauer ertragen – führt bei Kindern zu Aggressivität, Hyperaktivität, Suchtgefahr und Flucht in Computerspiele und das Internet. Der amerikanische Umweltaktivist und Autor Richard Louv spricht als erster über die Gefahren der Natur-Defizitstörungen heutiger und kommender Generationen. Anhand zahlreicher Beispiele und einem ausführlichen

Praxisteil zeigt er in über 80 Sofortaktionen umsetzbare Ideen für mehr Naturnähe bei Kindern und Jugendlichen. „Das letzte Kind im Wald“ ist ein Appell für mehr Natur in den Lebenswelten der Industrienationen. Weitere Informationen www.cnaturenet.org



Richard Louv: Das letzte Kind im Wald. Beltz-Verlag 2011. ISBN 978-3-407-85934-1 360 Seiten 19,95 €.

Rezensiert von Mira Beinert

Die Autorin ist Umweltwissenschaftlerin und arbeitet in der AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt und Entwicklung mit.



Aktion bei der COP17 "kick-coal-out-of-CDM"

© Diego Martinez-Schütt

Die (Un)wahrheit unserer Klimaziele

Investitionen in Kohlekraftwerke in Indien und China im Rahmen des Clean Development Mechanism

Mittlerweile wissen wir, dass unsere Klimaziele weit davon entfernt liegen den Anstieg globaler Temperaturen auf 2°C zu begrenzen. Fehlerhafte Regeln des Kyoto-Protokolls untergraben diese Klimaziele zusätzlich. Eine jüngste Entscheidung des UNFCCC Gremiums macht dies nun auch offiziell -Emissionsgutachten von Kohleprojekten werden weiterhin anerkannt. Umweltorganisationen fordern nun, Kohleprojekte ein für allemal aus dem CDM zu verbannen.

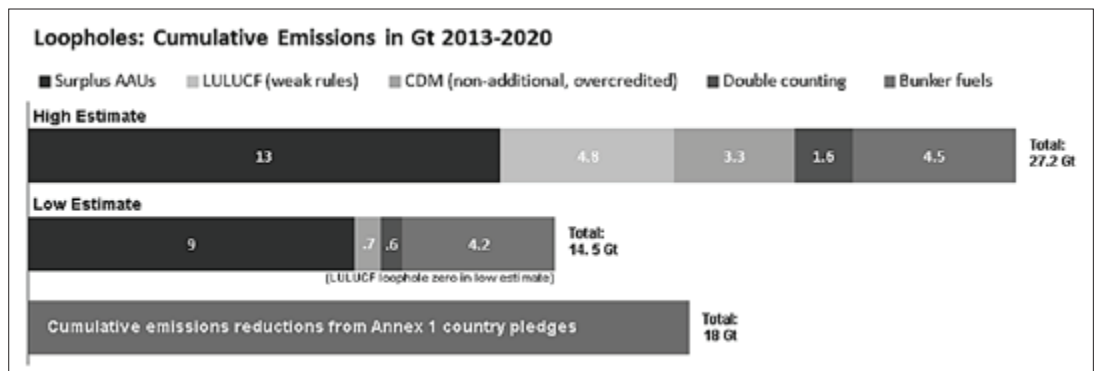
Es ist erst die halbe Wahrheit, dass unsere Klimaziele weit davon entfernt liegen, den Anstieg globaler Temperaturen auf 2°C zu begrenzen: fehlerhafte Regeln und Berechnungsmethoden im Regelwerk des Kyoto-Protokolls, um Emissionsminderungen zu erreichen, untergraben diese Klimaziele erheblich. Neue Berechnungen schätzen, dass diese Untergrabung zwischen 15Gt und 28Gt CO₂ Emissionen liegen. Mit unseren derzeit gesetzten Klimazielen wollen wir aber bis 2020 nur 18Gt CO₂ reduzieren. Das heißt, dass wir im besten Fall 3Gt Emissionen sparen, im schlechtesten Fall aber durch unsere Klimaziele sogar 10Gt mehr ausstoßen

dürfen. Diese Untergrabung nennt sich im UNFCCC Jargon „loopholes“ = Schlupflöcher.

Schlupflöcher im Kyoto-Protokoll Die größten Schlupflöcher stammen von Emissionszertifikaten, die von der UN für die erste Verpflichtungsperiode ausgegeben wurden. Um das Kyoto-Protokoll ratifizieren zu können, brauchte man dringend die osteuropäischen Länder, vor allem Russland und die Ukraine. Um diesen Ländern

das Kyoto-Protokoll schmackhaft zu machen, liess man es zu, dass ihre Reduktionsziele auf den Stand von 1990 gesetzt wurden. Dies obwohl Mitte der neunziger Jahre in diesen Ländern durch den Zusammenbruch der Planwirtschaften längst auch der CO₂-Ausstoß viel niedriger war als im Jahr 1990. Mit dem zunehmenden Wirtschaftseinbruch, der vor allem die Schwerindustrie zunichte machte, sanken die Emissionen weiter so stark, dass nun 9 bis 13 Milliarden Zertifikate und ebenso viele Gigatonnen CO₂ „heiße Luft“ übrig geblieben sind, die nun Russland und die Ukraine gerne verkaufen würden.

Weitere Lücken entstehen durch kreative Rechnungslegungsvorschriften



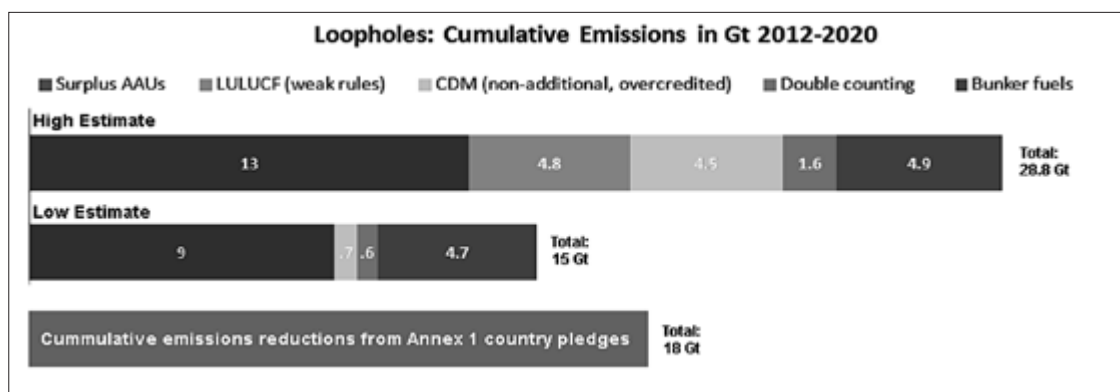
ten für Emissionen der Forstwirtschaft und Landnutzung. Emissionen der Luftfahrt und Schifffahrt sind derzeit überhaupt nicht im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingerechnet. Außerdem können noch

mehr Reduktionslöcher entstehen, wenn Emissionsminderungen sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern an Klimaziele angerechnet und somit doppelt verrechnet werden. Ein beachtlicher Anteil dieser Reduktionslücken kommt von Emissionszertifikaten, die durch den sogenannten Clean Development Mechanism (CDM) für Emissionsreduktionsprojekte, die keine echten Emissionsreduktionen darstellen, ausgestellt werden.

Milliardeninvestitionen in Kohlekraftwerke in Indien und China

Im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) der UN-Klimakonvention können durch Investitionen in Projekte in Entwicklungsländern Emissionsgutschriften erzeugt werden, die auf Klimaschutzverpflichtungen in Industrieländern angerechnet werden können. Dabei werden bisher auch Kohlekraftwerke in Entwicklungsländern anerkannt, wenn sie darlegen, dass dort ohne CDM-Gutschriften ein weniger effizientes neues Kohlekraftwerk gebaut worden wäre.

Gegenwärtig sind es 45 Kohlekraftwerkprojekte, in Indien (32 Projekte) und China (13 Projektes), die sich als CDM Projekte registrieren lassen wollen. Sechs dieser Projekte sind bereits registriert und könnten 89 Millionen Emissionsgutschriften generieren (sogenannte CERs), die mehr als 600 Millionen Euro wert sind. Sollten alle beantragten Projekte nach den gegenwärtigen Anrechnungsregeln zugelassen werden, werden sie 451 Millionen CERs im Wert von Milliarden von Euro generieren. Diese CERs können gekauft und zur Anrechnung im EU-Emissionshandelssystem genutzt werden.



Der deutsche Stromkonzern RWE, der wegen seiner klimaschädlichen Kohlekraftwerke in Deutschland unter Druck geraten ist, gehört zu denjenigen Unternehmen, die bereits Kaufverträge für Emissionsgutschriften aus chinesischen Kohlekraftwerken abgeschlossen haben, um damit Emissionsreduktionsverpflichtungen in Deutschland auf dem Papier erfüllen zu können. Andere Investoren solcher Kohlekraftwerkprojekte sind beispielsweise EcoSecurities, Carbon Resource Management, Japans Mitsui & Co, die Bunge Emissions Group, Climate Bridge, der Nordic Carbon Fund sowie Merrill Lynch.

Schlupfloch Kohlekraft

Eine im November veröffentlichte Studie des Stockholm Environment Institute (SEI) zeigt, dass effiziente, sogenannte "superkritische" und "ultra-superkritische" Kohlekraftwerkstechnologien keine CDM-Finanzierung brauchen, sondern sich rasch als Stand der Technik etablieren. Das liegt einerseits am Preisdruck am Kohlemarkt, aber auch an zahlreichen Auflagen der indischen und chinesischen Regierungen, die effizientere Technologien vorschreiben. Mit anderen Worten, die Analyse belegt, dass CDM-Kohlekraftwerkprojekte nicht "zusätzlich" sind und daher zu künstlichen Emissionsgutschriften führen.

Abgesehen von der fehlenden Zusätzlichkeit macht die Studie aber auch verschiedene Mängel deutlich, mit denen bis zu 250 Prozent überzählige Emissionsgutschriften generiert werden könnten. Nach den gegenwärtigen Regeln würden die 45 Projekte, die sich als CDM Projekte angemeldet haben, zu 451 Millionen Emissionsgutschriften führen. Nach Einschätzung der SEI-Analyse

sollten sie jedoch nur circa 132 Millionen Emissionsgutschriften erhalten, wenn man davon ausgeht, dass sie zusätzlich wären. Die Autoren stellen ferner fest, dass es aus technischen Gründen wahrscheinlich nicht möglich ist, die Anrechnungsregeln so zu ändern, dass Emissionsgutschriften aus Kohlekraftwerken tatsächliche Emissionsreduktionen bewirken.

Reaktion

Ein Teil dieser Mängel wurde nun auch vom Methodologieausschuss des CDM erkannt. Auch die technischen Experten kamen zu dem Schluss, dass die Berechnungsgrundlage der Emissionsgutschriften fehlerhaft ist. Die gute Nachricht ist, dass der CDM-Exekutivrat diese Regeln nun suspendiert hat. Die schlechte Nachricht ist, dass die Regeln gerade in Umsetzung sind und eine Revision Anfang 2012 verabschiedet werden soll.

Leicht verbesserte Regeln werden die erheblichen Auswirkungen von Kohleprojekten auf unsere Klimaziele jedoch nicht verbessern. Fast 100 Umweltorganisationen haben deshalb in Durban in einen Offenen Brief an die Präsidentin der Klimakonferenz für einen Ausschluss von Kohlekraftwerken aus dem CDM plädiert.

Dieser Appell richtet sich auch an potentielle Käufer von Emissionszertifikaten: Zwischenzeitlich diskutieren auch die Verantwortlichen in der EU bereits, ob Restriktionen für weitere Projekttypen erforderlich sind, um die Integrität der europäischen Klimaschutzpolitik zu gewährleisten.



Eva Maria Filzmoser

Die Autorin ist Projektkoordinatorin von CDM Watch beim Forum Umwelt und Entwicklung.



Eröffnung des Innovations- und Technologiezentrum (IITC) von IRENA. Adnan Z. Amin, Generaldirektor der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA), Bundesumweltminister Norbert Röttgen, Sultan Ahmed Al Jaber, stellvertretender Außenminister und Sondergesandter für Energie und Klimawandel der Vereinigten Arabischen Emirate, und Bundesaußenminister Guido Westerwelle (von links)

Höchste Zeit für die Energie der Zukunft

Die Rolle der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA)

In 2010 basierte die Hälfte der neuen Stromerzeugungskapazität auf Solarenergie, Wind- und Wasserkraft. Die Ära, in der wir den Großteil unserer Energie aus erneuerbaren Quellen gewinnen werden, beginnt. Und sie bringt uns viel mehr als nur langfristig sichere Energieversorgung. Umwelt- und Klimaschutz, Ressourcenschonung, wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung, Frieden und Raum für menschliche Entwicklung – all das hängt mit „Renewables“ zusammen. Sie spielen eine Schlüsselrolle bei der Lösung der drängendsten globalen Probleme.

Im April 2011 fand die erste Vollversammlung der IRENA in Abu Dhabi statt. Am 7. Oktober wurde das IRENA-Innovations- und Technologiezentrum (IITC) in Bonn offiziell eröffnet.

Die IRENA ist die einzige zwischenstaatliche Organisation für erneuerbare Energie. Bisher gab es nur die Atomenergieagentur in Wien (IAEA). Andere Organisationen haben ein regional eingeschränktes Mandat wie die Internationale Energieagentur in Paris (IEA), der nur OECD-Länder beitreten können. Es war also höchste

Zeit für eine Organisation die weltweit den Weg bereitet für die Energietechnologien der Zukunft.

Die Internationale Organisation für Erneuerbare Energien wirbt für den massiven Ausbau erneuerbarer Energie und hilft den Mitgliedsländern, ihre Politik für alle Formen der erneuerbaren Energie zu definieren: Biomasse, Geothermie, Solar-, Wind- und Meeresenergie sowie Wasserkraft (aus großen und kleinen Kraftwerken. Bei allen Technologien steht die Nachhaltigkeit im Vordergrund. Die Diskussion der Erneuer-

baren wird immer noch allzu oft auf Stromerzeugung reduziert. IRENA möchte auch den Transportsektor sowie Wärme und Kälte verstärkt ins Blickfeld rücken, und sogar die Implikationen auf erneuerbare Ressourcen als Grundstoffe für die Chemie in Betracht ziehen.

Die IRENA soll zu einer wichtigen Quelle für objektive Daten und Beratung werden. Zwar kann erneuerbare Energie bereits heute in vielen Anwendungsarten – und künftig immer stärker – mit anderen Energieformen konkurrieren. Es geht aber darum, dass diese Botschaft bei Regierungen und Wirtschaftsakteuren ankommt, und dass Barrieren entfernt werden, damit der schnelle Ausbau der Erneuerbaren nicht durch andere Interessen blockiert wird. Gerade ärmere Länder geben viel zu viel Geld für Energieimporte, vor allem Öl, aus.

Eröffnung des Technologiezentrums in Bonn

Es mag ironisch erscheinen, dass der Hauptsitz der IRENA in Abu Dhabi ist – einem Land mit Ölreserven für die nächsten 100 Jahre. Doch liegen die Vereinigten Arabischen Emirate in einer zentralen Region und unterstützen die IRENA aktiv. Insgesamt ist die IRENA auf zwei Büros verteilt: Wissensmanagement und Politikberatung finden in Abu Dhabi statt. Dort beschäftigen sich die Kollegen etwa mit den Auswirkungen der Erneuerbaren auf Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt. Mit der Technologiepolitik und Innovation beschäftigen wir uns in Bonn. In diesem Jahr erarbeiten wir eine weltweite Kostenanalyse zur Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien. Da geht es im ersten Schritt um den aktuellen Stand, regionale Unterschiede und um die Frage, wo die Preise für Energie in fünf Jahren sein könnten.

Deutschland/Bonn ist ein starker Standort für die IRENA, weil es ein starker Standort für erneuerbare Energie ist. Deutschland hat eine entscheidende Rolle bei der Gründung der IRENA gespielt und zukunftsweisende Entscheidungen für ihre eigene Energiepolitik getroffen. Dieses Land wird eine wichtige Vorreiterrolle spielen – es ist wahrscheinlich das fortschrittlichste Land in puncto Energiewende. Es gibt weltweites Interesse daran, wie Deutschland die Wende schafft und wie man dieses Modell anderswo anwenden kann. Die IRENA analysiert Erfolgsmodelle und gibt sie an andere Länder weiter.

Von Bonn geht derzeit eine Sogwirkung im Bereich der „Nachhaltigkeitspolitik“ aus: Auch andere internationale Organisationen erwägen eine Niederlassung in Bonn. Und viele Unternehmen der Branche befinden sich in der Region.

Die Organisation soll Entwicklungs- und Industrieländern gleichermaßen dienen. Zurzeit hat sie 85 Mitglieder, nämlich 84 Länder und die EU. Monatlich kommen weitere dazu. Die Vereinigten Staaten und Indien sind schon dabei; mit anderen großen Staaten wie Brasilien, China, Kanada und Russland laufen Gespräche. Es ist nicht einfach, die verschiedenen Gesichtspunkte auf einen Nenner zu bringen ohne in die Starre vieler internationaler

Organisationen zu verfallen. Dafür ist eine intelligente Rolle des Sekretariats wichtig.

IRENA bindet alle Stakeholder ein

Die IRENA ist kein exklusiver Klub, sondern bindet alle „Stakeholder“ ein: Staaten, internationale Organisationen und Netzwerke, Städte, Unternehmen, Forschungsinstitute und Nichtregierungsorganisationen. Gemeinsame Fachtreffen und Projekte, Diskussion der Analyseergebnisse und Personalsendungen bieten hierfür Möglichkeiten. So können Andere durch die IRENA ihre Aktivitäten international vernetzen. Die IRENA ihrerseits profitiert von den Kenntnissen ihrer Partner und kann Aktivitäten bündeln. Denn zu viele – gut gemeinte – zersplitterte Initiativen wirken verwirrend und leider allzu oft gegeneinander. Die IRENA soll klein und schlagkräftig bleiben, keine Bürokratie. Sie baut dafür auf Zusammenarbeit mit Partnern.

Sie kann Ländern keine Vorschriften machen. Sie möchte ihre Mitglieder vielmehr im wohlinformierten zwischenstaatlichen Dialog dahin gehend unterstützen, erneuerbare Energien in nationale Strategien einzubinden, sich eigene Ziele zu setzen und Projekte umzusetzen. In 2012 werden wir auch an Unternehmensmodellen und Projektskizzen arbeiten.

Die IRENA ist auch kein Projektentwickler der Anlagen installiert; sie ist aber eine Quelle für systematisches, verlässliches und für Regierungen aufbereitetes Wissen über einsetzbare Technologien und Stand der Forschung.

Und schließlich ist die IRENA auch keine Bank, wohl aber Anlaufstelle für Regierungen die privatwirtschaftliche oder internationale öffentliche finanzielle Mittel für den Ausbau der Erneuerbaren suchen.

Auch das IITC wird keine neuen Technologien entwickeln. Unsere Aufgabe ist es, den Mitgliedsländern zu helfen, ihre eigenen Forschungszentren besser zu nutzen und zu vernetzen, Ergebnisse für Regierungen aufzubereiten, Entwicklungspfade und Szenarien aufzuzeigen. Energieversorgungssysteme und Programme aufzubauen, um beispielsweise neue Turbinen zu konzipieren, obliegt hingegen den Ländern. Diese werden durch das IITC mit Informationen zu Standards und Testme-

thoden sowie der Zugänglichkeit von Patentinformationen unterstützt.

2012 zum Jahr für „nachhaltige Energie für Alle“ erklärt

In diesem Jahr steht Afrika im Blickpunkt der IRENA. Dort ist das Interesse an erneuerbaren Energien sehr groß. Der Kontinent verfügt über gute, teilweise sehr gute Ressourcen. Um von Ressourcen zu Projekten zu gelangen, müssen jedoch viele Fragen beantwortet werden: Wie werden Projekte initiiert und finanziert? Es muss nicht immer das Staatskonto sein: Privatsektor und Privatbanken sind gefragt. Wie kann die afrikanische Industrie eingebunden werden, damit nicht der Großteil der Technik importiert werden muss und Möglichkeiten zu lokaler Wertschöpfung verpasst werden? Wo setzt man dezentrale Lösungen ein und wo lohnen sich große Windparks? Afrikanische Erfolgsbeispiele und Hilfe zur Selbsthilfe sind gefragt: Kenia ist wegweisend für Geothermie, Südafrika positioniert sich in der Windenergie, Marokko möchte Solarenergie für die Selbstversorgung und den Export in Wert setzen. Doch sehr viel ist noch zu tun und auch das Umfeld ist wichtig: die politische Stabilität etwa, die leider von Land zu Land stark variiert. Und ein erfolgreicher Marktaufbau für Erneuerbare wird behindert, wenn – wie in so vielen Teilen der Welt – Strom und fossile Energie subventioniert wird.

Die IRENA verändert bereits heute die internationale Diskussion. Die Vereinten Nationen haben 2012 zum Jahr für „nachhaltige Energie für Alle“ erklärt. IRENA-Generaldirektor Adnan Amin berät VN-Generalsekretär Ban-Ki Moon bei der Herausforderung, 30% Erneuerbare bis 2030 zu erreichen. Die IEA hat die Abteilung Erneuerbare Energie ausgebaut und arbeitet mit der IRENA an verbesserter Energieplanung in Industrieländern. Die Investitionen wachsen weltweit trotz der dramatischen Wirtschaftskrise. Die Tonga Energy Roadmap vom letzten Jahr wird jetzt umgesetzt und auf den Pazifikraum ausgeweitet. Zwar können diese Entwicklungen nicht alleine der IRENA gut geschrieben werden, doch wächst ihre Rolle stetig. Und die Welt kann nicht warten.



Dolf Gielen

Der Autor ist Direktor des IRENA Innovations- und Technologiezentrum in Bonn.

Klimakiller Kohle und seine Finanzierer

Deutsche Banken auf Top-Plätzen im Investitionsranking

Eine neue urgewald-Studie „Bankrolling Climate Change“ untersucht die Investitionen von 93 internationalen Banken in die Kohleindustrie. Deutsche Banken mischen kräftig mit: Die Deutsche Bank steht weltweit auf Rang sechs. Auch UniCredit/HVB, Commerzbank, Allianz sowie WestLB und LBBW sind jeweils mit Milliardensummen im Abbau oder bei der Verbrennung von Kohle engagiert.

Die Studie, hauptsächlich von urgewald verfasst, wurde während der Klimaverhandlungen in Durban gemeinsam mit den südafrikanischen Organisationen groundWork und Earthlife Africa sowie dem internationalen Netzwerk Banktrack vorgestellt. Kern der Studie ist ein Ranking von 93 Banken, die weltweit mit den größten Beträgen an der Finanzierung von Kohleprojekten beteiligt sind.

„Wir haben die Kohlefinanzierung untersucht, weil Kohlekraftwerke die größte Quelle für CO₂-Emissionen sind“, erklärt Heffa Schücking von urgewald und Hauptautorin der Studie. „Erschreckenderweise zeigt unsere Untersuchung, dass sich die Kohlefinanzierung seit Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls fast verdoppelt hat, obwohl die katastrophalen Folgen des Klimawandels immer offensichtlicher werden“, so Schücking. Mit der Studie liegt erstmals eine umfassende Untersuchung darüber vor, wie international führende Banken zum Klimaproblem beitragen. „Nun können sich die Banken nicht mehr hinter schönen Klimaworten verstecken, sondern ihre Kohle-Portfolios sind erstmals vergleichbar“, erklärt Schücking.

Die Recherche

Urgewald hat das niederländische Forschungsinstitut Profundo beauftragt, die Portfolios von 93 Banken zu untersuchen. Profundo prüfte deren Finanzdienstleistungen für die 31 größten Kohlebergbauunternehmen (die 44 Prozent der globalen Kohleproduktion abdecken) und für 40 Kohlestromproduzenten (die zusammen über 50 Prozent der globalen Kohlestromerzeugungskapazität repräsentieren). Insgesamt unter-

stützten Banken die Kohleindustrie zwischen 2005 (als das Kyoto-protokoll in Kraft getreten ist) und heute mit Finanzdienstleistungen im Wert von 232 Milliarden Euro. Unter den top Zwanzig „Klimakiller“-Banken befinden sich Banken aus den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Schweiz, China, Italien und Japan. Die drei größten Klimasünder weltweit sind JP Morgan Chase (EUR 16,5 Mrd.), Citi (EUR 13,7 Mrd.) und Bank of America (EUR 12,6 Mrd.). Die drei größten deutschen Banken finden sich auf den folgenden Plätzen im Ranking: Deutsche Bank (EUR 11,5 Mrd., Rang 6), Unicredit/HVB (EUR 5,2 Mrd., Rang 15) und Commerzbank (EUR 4 Mrd. Rang 21). Neben den drei großen deutschen Privatbanken sind in dem Ranking auch Landesbanken und die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie Kreditinstitute aus dem Sparkassen- und Genossenschaftssektor prominent vertreten. Allein die Landesbanken investierten seit 2005 rund 4,4 Milliarden Euro in den Kohlesektor.

Widersprüchliche KfW

Auch die KfW, die aus Klimaschutzgründen beispielsweise Solaranlagen oder Wärmedämmungen fördert, ist mit insgesamt rund 540 Millionen Euro im Kohlesektor engagiert. Dabei heißt es auf der Webpage der KfW: „Dem Klimawandel nichts entgegenzusetzen und weiterzumachen wie bisher [...] würde fundamental gegen Menschheitsinteressen verstoßen. Nur grundlegendes, schnelles und gemeinsames Umsteuern kann die schlimmsten Folgen verhindern.“

Die KfW und andere staatliche Förderbanken verteidigen ihr Engagement im Kohlesektor häufig mit der Begründung, sie investierten in Kraft-

werke mit besonders hohem Wirkungsgrad. Unterschlagen wird dabei jedoch, dass es sich häufig um gigantisch dimensionierte Kraftwerke handelt und dass selbst das modernste Kohlekraftwerk in seinem Lebenszyklus Hunderte Millionen Tonnen CO₂ freisetzt.

Die Deutsche Bank vorneweg

Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit finden sich auch bei anderen Banken. Geradezu zynisch mutet die Aussage der Deutschen Bank an: „Der Klimawandel ist das wichtigste Umweltproblem unserer Zeit und eines, bei dem wir einen bedeutenden Beitrag leisten können.“ Dabei steht die Bank nicht nur weltweit an sechster Stelle der Finanzierer in die Kohleindustrie insgesamt. Betrachtet man nur das Engagement im Kohlebergbau, steht die Deutsche Bank sogar an zweiter Stelle.

NGOs nehmen zunehmend die Finanzierung ins Visier

Mit der Studie wollen urgewald und deutsche wie internationale Partner Druck auf die Banken ausüben. „Pläne für neue Kohlekraftwerke und Kohleminen treffen weltweit auf entschlossenen Widerstand. Dieser Widerstand richtet sich zunehmend auch gegen Banken. Wer also neue Kohlekraftwerke finanziert, holt sich den Protest vor die eigene Bankzentrale“, erläutert Mona Bricke von der Anti-Kohlekampagne der klimallianz deutschland, einem Netzwerk von mehr als 110 deutschen Verbänden, Kirchen und NGOs. „Wenn Banken verantwortliche Klimaakteure werden wollen, müssen sie aufhören Kohle zu finanzieren und ihr Portfolio hin zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ändern“, so Bricke.

Die Studie steht auf der Website von urgewald zum Download bereit: <http://urgewald.org/artikel/climatekiller-banks>



Regine Richter

Die Autorin arbeitet bei urgewald zu Energiethemen.



Sarah Wiener, 2. von links, Köchin, Gastronomin und Buchautorin engagierte sich für die Tagung und sprach das Grußwort.

© Ingo Heine

Fleisch in Massen – Fleisch in Maßen

Internationale Tagung zu den Perspektiven für eine nachhaltige Tierhaltung und einen zukunftsfähigen Fleischkonsum

Ein breites Bündnis von Organisationen hatte im Rahmen der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ zur Tagung „Fleisch in Massen – Fleisch in Maßen“ vom 7. und 8. November 2011 nach Berlin eingeladen. Knapp 200 BesucherInnen folgten der Einladung, um in einen Dialog über die Zukunft unserer Tierhaltung und des Fleischkonsums zu treten. Die aktuelle Reform der EU Agrarpolitik bot hierfür den Anlass. Angesichts der Herausforderungen und Probleme, die unsere aktuelle Fleischerzeugung in Massen und der weltweit steigende Fleischkonsum bergen, ist dieser Dialog dringend notwendig.

Die Tagung machte deutlich, dass wir mehr Nachhaltigkeit bei der Fleischerzeugung brauchen. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND sagte in seiner Auftaktrede, dass die Entwicklung in der Landwirtschaft massiv in Richtung Industrialisierung gehe und zum Hunger in der Welt beitrage. Die Zunahme unserer Fleischproduktion ist nur durch Futtermittelimporte aus Brasilien, Argentinien und Paraguay möglich.

Die Fernseh-Köchin Sarah Wiener richtete sich in ihrem Grußwort direkt an die Fleischindustrie und fand mahnende Worte: „Die Industrie zerstört ihre eigene Grundlage“. Sie fragte: „Wer möchte diese Art der Produktion? Kein vernünftiger Mensch.“ Ihren Appell richtete sie zudem an die Politik, von der sie verlangte, Änderungen auf den Weg zu bringen, denn genug

Studien, die belegen, dass ein Handeln unumgänglich sei, gebe es bereits.

Fleischessen als Last oder Lust?

Einigkeit herrschte bei den beteiligten Rednern und Gästen darüber, dass ein „Weiter wie bisher“ keine Option sei. Friedrich Wilhelm Graefe zu Barlingdorf, Bundesvorsitzender der AbL, fand treffende Worte für unseren massiven Fleischkonsum: „Fleischessen ist zur Last anstatt zur Lust geworden“.

In sechs Foren wurde diskutiert, wie mit dieser Last umzugehen sei: Beim Thema „Fleischexporte made in Germany“ stand die auf den Export ausgelegte Agrarpolitik von Landwirtschaftsministerin Aigner in der Kritik. Deutschland ist zum Nettofleischexporteur geworden und auch die Fleischexporte nach Afrika nehmen

zu. Dr. King David Amoah aus Ghana appellierte an die internationale Verantwortung der EU und beschrieb, wie wichtig lokale Erzeugerstrukturen für die Ernährungssicherung in seinem Land sind. Hühnerfleischexporte zu Dumpingpreisen aus der EU und Deutschland zerstören die ghanaischen Märkte und lassen die Bauern konkurrenzlos zurück. Auch in Deutschland stärkt die Agrarpolitik Erzeuger nicht. Die niedrigen Erzeugerpreise gehen offenbar so weit, dass Landwirte zum Teil Kredite für die Bezahlung von Futtermitteln aufnehmen müssen.

Die Klimaauswirkungen unserer Fleischerzeugung machen Entwicklung und Armutsbekämpfung in vielen Ländern des Südens zunichte. Hier sind vor allem alternative Wege und mehr Wissen über Weidemanagement in der Landwirtschaft notwendig.

Wissen und Verbraucheraufklärung wurden in allen Foren als sehr wichtig herausgestellt. Eine Kennzeichnung, die darüber informiert, mit welcher Art der Produktion der Verbraucher es bei einem Stück Fleisch zu tun hat muss Pflicht werden.

Dass die Produktionssysteme ganz unterschiedlich sein können, zeigte

die Diskussion zu Bauernhöfen statt Agrarfabriken.

Jenseits der Futtermittelimporte

Wenn man über Fleisch spricht kommt man nicht um das Thema Futtermittel herum. 78 Prozent der Eiweißfuttermittel, hauptsächlich Soja, werden für die europäische Fleischerzeugung importiert. Eine zukunftsfähige Futtermittelproduktion muss neue Wege gehen. Marcelo Kehl aus Brasilien wies auf die Dringlichkeit hin aktiv zu werden, denn der enorme Anbau von Mono-Sojakulturen, der mit einem hohen Pestizid-Einsatz einhergeht, belastet Umwelt, Tier und Mensch. Diskutiert wurde, ob eine Zertifizierung, ähnlich wie für Agrarkraftstoffe, eine Lösung darstellen und welches Potenzial der Anbau von heimischen Eiweißfuttermitteln bieten könnte. Die Zertifizierung von Soja als Futtermittel wurde kontrovers geführt. Als große Herausforderung werden Transparenz und Unabhängigkeit der Zertifizierungssysteme gesehen. Als sehr kritisch wurde beurteilt, dass einige der für Agrarkraftstoffe zugelassenen Zertifizierungssystemen von der Industrie selbst geschaffen wurden. Walter Pengue von der Universität Buenos Aires berichtete von den Auswirkungen des Sojaanbaus in Argentinien, der zu fast 100 Prozent gentechnisch verändert ist und den Plänen seiner Regierung, diesen

noch weiter auszubauen. 35 Prozent der argentinischen Staatseinnahmen kommen bereits heute aus dem Sojaanbau. Es stellte sich die Frage, was demnach Europa machen kann, wo doch ein großer Teil des Sojas auch nach China exportiert wird. Und doch ist Handeln gefragt: Einig waren sich die Diskutanten über die Vorbildfunktion, die Europa einnehmen kann. In diesem Sinne sei die EU aufgefordert, so Martin Häusling, Mitglied des Europäischen Parlaments, eine Eiweißstrategie zu entwickeln, um Sojaimporte zu reduzieren und den Anbau und die Fütterung unserer Tiere mit heimischen Eiweißpflanzen wie Ackerbohne, Erbse oder Lupine zu fördern. Ihr Anbau liegt in Deutschland bei nur drei Prozent. Leguminosen haben mit schwankenden Erträgen, mangelnder Forschung und fehlender Vermarktung zu kämpfen. Dabei sind sie wichtig für die Bodenfruchtbarkeit und stehen zudem für Regionalität und Gentechnikfreiheit. Dass der Vorschlag, einen Mindestanteil von Leguminosen in der Fruchtfolge festzuschreiben, in dem jetzt vorliegenden Vorschlag der EU Agrarreform nicht berücksichtigt ist, wurde sehr bedauert.

Die Reform der EU Agrarpolitik muss weiter gehen

Mit Blick auf die Reform der Agrarpolitik wurde deutlich, dass noch viele Schritte gegangen werden müssen, um zu einer zukunftsfähigen

Fleischerzeugung und Fleischkonsum zu kommen. Mut machte, dass zeigte auch das rege Interesse an der Tagung, dass sich in der Gesellschaft eine Bewegung gegen die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft und für regionale, gesunde und tiergerechte Lebensmittel bildet.

Der Dialog wird von den beteiligten Organisationen weiter geführt. Die Politik muss in die Pflicht genommen werden. Eine nächste Gelegenheit bietet die Demonstration „Wir haben es satt! Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ am 21.01.2012 in Berlin.

Einen ausführlichen Tagungsbericht wird es in Kürze geben unter: www.meine-landwirtschaft.de.

Die Veranstalter:

Agrar Koordination, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Evangelische Jugend im ländlichen Raum (EJL), Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Forum Umwelt & Entwicklung, Germanwatch, Heinrich Böll Stiftung, INKOTA Netzwerk, Kampagne Meine Landwirtschaft, MISEREOR.



Mireille Hönicke,

Die Autorin ist MSc Agrar- und Ernährungswissenschaftlerin bei der Agrar Koordination.

Kooperation statt Konkurrenz

Neue Wege in der EU Handels- und Investitionspolitik

There is no alternative? Ein klares „Nein!“ formulierte die Konferenz „Kooperation statt Konkurrenz“. Vom 25. bis 27. November diskutierten über 100 Teilnehmer/innen in Stuttgart Strategien und Wege hin zu einer anderen, einer kooperativen und solidarischen Handels- und Investitionspolitik für die Europäische Union.

Die negativen Auswirkungen einer vor allem auf Konkurrenz gebürsteten Handelspolitik sind offensichtlich. „Exportweltmeister“ wie Deutschland setzen auch in Krisenzeiten ungebremst auf Exportwachstum und verschärfen dadurch die Handelsbilanzdefizite ihrer Handelspartner. In der Investitionspolitik werden Investoren geschützt, während Menschenrechte, Umwelt und andere Gemeinwohlinteressen zurückstecken

müssen. Und beim Rohstoffhandel versucht Europa sein auf übermäßigen Verbrauch von Ressourcen basierendes Industriemodell aufrecht zu erhalten – durch Zugriff auf die Bodenschätze anderer Kontinente.

Doch an den Grundfesten der neoliberalen Handelspolitik wird kaum gerüttelt. Selbst in Zeiten einer globalen Wirtschaftskrise und einer sich verschärfenden wirtschaftlichen Polarisierung innerhalb der EU wird ver-

schärfte Konkurrenz in der politischen Debatte als alternativlos dargestellt. Die von Attac Deutschland, Brot für die Welt, Colibri, Ecofair Trade Dialogue, eed, misereor, Oxfam Deutschland und WEED gemeinsam mit 19 Kooperationspartnern ins Leben gerufene Konferenz stellte daher bewusst die Alternativen in den Mittelpunkt. In 14 Workshops und vier Diskussionsrunden standen Ansätze, Kampagnen und konkrete Beispiele für eine auf Kooperation setzende Handels- und Investitionspolitik im Mittelpunkt.

Wirtschaftspolitische Alternativen

Die Konferenz startete mit einem motivierenden Blick über den Teller: Timothy Kondo präsentierte die Arbeit von ANSA („Alternatives to neo-liberalism in Southern Africa“).

Die von Gewerkschaften verschiedener Länder des südlichen Afrikas gegründete Initiative hat sich der Suche nach alternativen, nachhaltigen Entwicklungspfaden verschrieben. Zu den zehn Prinzipien von ANSA gehören die Orientierung an einer eigenständigen, an lokalen Bedürfnissen orientierten und aus lokalen Ressourcen gespeisten wirtschaftlichen Entwicklung und eine regionale Integration „von unten“, ebenso wie eine dynamische, partizipatorische und umfassende Demokratisierung. Daran konnte Christian Felber, von Attac Österreich, anknüpfen: er stellte in seinem Vortrag dem Primat des Freihandels in Europa eine umfassende wirtschaftspolitische Alternative entgegen. Statt freiem globalen Wettbewerb, bei dem sich in der Regel diejenigen Unternehmen durchsetzen, die die Ellbogen am weitesten ausfahren, plädiert er für eine regulierte Handels- und Investitionspolitik, die Unternehmen bevorzugt, die sich nicht am Profit, sondern am Gemeinwohl orientieren („Gemeinwohlökonomie“).

Die Konferenz widmete sich auch der Frage, welche Rolle Alternati-

ven in den handelspolitischen Mobilisierungen der letzten Jahre gespielt haben. Viele NROs und soziale Bewegungen haben sich rund um die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization) oder anlässlich bilateraler Freihandelsabkommen zu Kampagnen zusammengeschlossen. Doch wenn Erfolge gefeiert wurden, so waren es meist defensive, etwa der Stopp eines problematischen Freihandelsabkommens. Deutlich schwerer war es hingegen, selbst in Zeiten, in denen die WTO in der Krise ist, nachhaltige und solidarische Alternativen in den politischen Diskurs einzuspeisen. Hervorgehoben wurde die Bedeutung konkreter, greifbarer Ansätze, wie etwa der faire Handel oder die Kampagne für ein Alternatives Handelsmandat für die EU. Einig waren sich viele Teilnehmer/innen aber auch, dass eine bessere Handelspolitik nur aus einer umfassenderen alternativen Erzählung heraus entwickelt werden kann: sie muss sich aus einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik ableiten, die zum Beispiel auch eine Abkehr von der Wachstumsorientierung und

von der Übernutzung von Ressourcen beinhaltet.

Die Notwendigkeit der Einbettung einer alternativen Handels- und Investitionspolitik wurde auch bei der Abschlussrunde der Konferenz betont. Werner Raza (ÖFSE-Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung) forderte nicht nur eine stärkere Steigerung der Binnennachfrage in Volkswirtschaften mit starken Handelsbilanzüberschüssen und die Respektierung von Schutz- und Regulierungsbedürfnissen von Staaten, sondern auch eine alternative EU-Wirtschaftspolitik. Zu deren zentralen Pfeilern erklärte Raza auch die Förderung eines kooperativen, nicht-gewinnorientierten Wirtschaftssektors und die Demokratisierung der zentralen EU Wirtschaftsinstitutionen – und schloss damit den Bogen zum Konferenzauftakt und den Vorschlägen von Kondo und Felber.

Konferenzwebseite: www.kooperation-statt-konkurrenz.de



David Hachfeld

Der Autor ist Handelsexperte bei Oxfam Deutschland.

Es wurde diskutiert, getanzt und vernetzt...

das war der Jugend-Klima-Gipfel 2011

Über hundert junge TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland diskutierten auf dem (klimaneutral durchgeführten) Jugend-Klima-Gipfel ihre Forderungen an die Energie- und Klimapolitik in Deutschland und Europa. In Workshops zu Konsumverhalten, UN-Klimaverhandlungen oder Klimagerechtigkeit trafen Referenten und engagierte junge Leute zusammen. Im Rahmen der Ausbildung zu KlimabotschafterInnen wurden die TeilnehmerInnen in public narrative geschult. Der Gipfel brachte neuen Schwung für eine offene Jugendklimabewegung.

Jugend-Klima-Gipfel 2011 – jetzt reden wir!

Der Klimawandel wird die junge Generation und vor allem deren Kinder und Kindeskiner mit seinen Folgen treffen. Überdies werden arme Länder weitaus mehr, und damit deren zukünftige Generationen unverhältnismäßig stark, vom Klimawandel betroffen sein. Kinder und Jugendliche sind aber gleichzeitig wichtige Akteure im Umwelt- und Ressourcenschutz. Sonja Bauer (21) vom Jugendbündnis Zukunftsenergie brachte es auf den Punkt: "Es ist wirklich unfassbar, dass

man aktuell in Deutschland über neue Kohlekraftwerke nachdenkt, anstatt in Erneuerbare Energien zu investieren. Das Wissen und die Technik dafür sind da, wir müssen die Erneuerbaren nur endlich wollen. Die Behauptung, dass wir neue Kohlekraftwerke bräuchten, ist eine glatte Lüge. Was wir brauchen sind flexible dezentrale Lösungen und keine großen Stromkonzerne, die nur darauf aus sind, Gewinne zu machen." So wie Sonja haben viele der TeilnehmerInnen eine klare Meinung zu der derzeit wenig ambitionierten Klimapolitik Deutschlands, aber auch der EU.



Christian Schwarzer, NAJU



100 % Erneuerbare

Erzähle Deine Geschichte – überzeuge Andere!

Am zweiten Kongresstag wurden die Jugendlichen zu KlimabotschafterInnen ausgebildet. Mit der Methode "public narrative" kann jeder Einzelne andere Menschen nachhaltig davon überzeugen, sich gegen Klimawandel und für den Ausbau erneuerbarer Energien einzusetzen. Europaweit stand daher der Jugend-Klima-Gipfel im Kontext der Initiative „Power Shift Europe“. Weltweit gibt es Power Shift-Events, die darauf abzielen, junge Menschen mit den verschiedensten Hintergründen zusammenzubringen und sie dafür auszubilden sich für Klimaschutz einzusetzen. Power Shift Europe will die europäische Jugendklimabewegung stärken, um gemeinsam von der EU Verantwortung im Klimaschutz einfordern zu können. Der Jugend-Klima-Gipfel war eine von zehn Power Shift-Veranstaltungen in Europa im Herbst 2011. Der Journalist Daniel Böse fasst zusammen: „Die Klimabewegung ist das Herz einer Generation, die als unpolitisch, chatsüchtig und



Teilnehmer diskutieren beim Jugendklimagipfel,

konsumorientiert abgeschrieben wird, die in Wahrheit jedoch gerade dabei ist, Weltpolitik neu zu definieren. Wenn sich hundert Aktivisten zum deutschen Jugendklimagipfel treffen, dann bringen sie eine der Erfolgsgeschichten der internationalen Klimabewegung nach Berlin.“ Neben dem fachlichen Austausch und den praktischen Trainings

standen die Teilnahme am weltweiten Klima-Aktionstag und eine Podiumsdiskussion mit parteipolitischen Jugendverbänden und der Gewerkschaftsjugend auf dem Programm. Lukas Prinz (21) von der BUNDjugend fasste zusammen: „Es war total spannend, mit den Bundesprechern der Jugendparteien ihre Positionen zu diskutieren – gerade bei CCS (CO₂-Abscheidung und -Speicherung (engl. Carbon Dioxide Capture and Storage)) und Fragen zur Zukunft der Kohle gingen die Meinungen auseinander. Um eine wirklich breite Bewegung hinzukriegen, ist es wichtig, über alle Verbands- und Parteigrenzen hinweg für mehr Klimaschutz zu mobilisieren. Wir haben heute den Grundstein gelegt.“

Weitere Informationen gibt es unter <http://www.zukunftsenergie.org/> oder unter www.klima-allianz.de; Video: <http://www.youtube.com/user/klima-allianzberlin>



Dr. Katharina Reuter

Die Autorin leitet die Geschäftsstelle der klima-allianz deutschland.



There is no planet B

weltweiter Klima-Aktionstag am 24. September

Unter dem Motto "Moving Planet" haben Klima-AktivistInnen aus der ganzen Welt mit über 2.000 Aktionen in mehr als 180 Ländern gezeigt, dass das Zeitalter der fossilen Energieträger vorbei ist.

Der internationale Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Ambitionierte Ziele im Klimaschutz werden dringender denn je benötigt, da die derzeitigen weltweiten Emissionen auf einem historischen Höchststand sind und die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen zu einer weiten Verfehlung des 2°C Ziels führen werden.

Der 24. September war ein weltweiter Klima-Aktionstag. Unter dem Motto "Moving Planet" haben Klima-AktivistInnen aus der ganzen Welt mit über 2.000 Aktionen in mehr als 180 Ländern gezeigt, dass das Zeitalter der fossilen Energieträger vorbei ist. In Deutschland fanden mehr als 80 Aktionen statt. Hauptevent in Berlin war die Silent Climate Parade von 350.org, bei der still tanzende Menschen auf die schleichende Bedrohung des

Klimawandels aufmerksam machten sowie eine Klima-Kundgebung der klima-allianz deutschland. In zahlreichen Städten fanden Fahrraddemos statt, es gab Protestaktionen gegen Kohlekraftwerke, Flash mobs für mehr Klimagerechtigkeit und vieles mehr.

Gottes Schöpfung nicht für Vattenfalls Profithunger opfern

Anlässlich des weltweiten Klima-Aktionstages forderte die klima-allianz deutschland die Bundesregierung und die Energiewirtschaft auf, sich nicht auf dem Atomausstieg auszuruhen und sich neuen Kohleträumen hinzugeben, sondern eine echte Energiewende voranzubringen. Matthias Berndt, einer der Redner auf der Klimakundgebung, kritisierte die menschenverachtende und klimaschädliche Braunkohleverstromung. Berndt, der als „Kohle-Pfarrer“ in der

Oberlausitz seit Jahren gegen den Klimakiller Braunkohle kämpft, sagte: „Allein wegen der Lausitzer Tagebaue liegt der Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf in Brandenburg rechnerisch drei Mal höher als im Bundesdurchschnitt. Braunkohle bremst den konsequenten Ausbau der Regenerativen aus und heizt den Klimawandel weiter an!“ Der Kohlepfarrer sorgt sich um die Schöpfung: „Die Tagebaue vernichten nicht nur die Natur, sondern auch ganze Dörfer und damit auch ein Stück unserer Heimat. Dabei gilt es, Gottes Schöpfung zu bewahren und nicht für Vattenfalls Profithunger zu opfern.“

Protest soll auch Spaß machen

Deshalb wurde in Berlin am Klima-Aktionstag für den Klimaschutz getanzt, unterstützt von engagierten DJs und DJanes, unter anderen aus der legendären Bar 25. Das Besondere daran: Nur die Demonstranten hörten die Musik, welche über Funk auf die vorher ausgeteilten Kopfhörer übertragen wurde. Und so hüpfen, wippen und groovten die buntgemischten Demonstrationsteilnehmer über den Kurfürstendamm und ließen so manchen Passanten mit einem Fragezeichen im Gesicht zurück. Wenn den Passanten dann aber der Kopfhörer hingehalten wurde, zauberte die Musik ein Lächeln auf die Gesichter und es gab viele Kommentare wie „das ist ja mal eine tolle Idee“ und „beim nächsten Mal machen wir auch mit“.

Das ist der Wunsch für 2012: Eine noch breitere Beteiligung für diesen wichtigen Tag. Das Datum steht schon fest: 22. September 2012 unter dem Motto „Wir sind Energiewende“.

Mehr Infos unter:
www.klima-bewegung.de

Dr. Katharina Reuter

Die Autorin leitet die Geschäftsstelle der klima-allianz deutschland.



Auf der Klimakundgebung sprachen u.a. Regine Günther (WWF) und der „Kohlepfarrer“ Matthias Berndt (Ev. Kirche Berlin Brandenburg) zu den Demonstranten.

Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ –

Großdemo in Berlin am 21.1.12!

Was passierte 2011 und wie geht es nächstes Jahr weiter? Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ startet am 21. Januar 2012 mit der großen Demo „Wir haben es satt!“ in Berlin.

Das Jahr 2011 war ein erfolgreiches Jahr für die Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Den Auftakt machte im Januar die Demo „Wir haben es satt!“ an der über 22.000 Leute teilnahmen, dann ging es weiter mit der Postkarten-Aktion „Meine Landwirtschaft – Meine Wahl“ bei der über 15.000 Menschen abstimmten. Im Juni folgte die große Bauernsternfahrt – vier Routen, 50 Veranstaltungen und 1000 Beteiligte – und im Herbst fanden die ersten Dialogveranstaltungen „Bauer hält Hof“ statt, die auch in 2012 weitergeführt werden. Außerdem gab es eine Online-Aktion mit Campact – über 53.000 Menschen unterschrieben unseren Aufruf „Agrarindustrie nicht länger mästen!“. Dafür möchten wir uns noch einmal herzlich bedanken! Aktuell laufen die Vorbereitungen für die nächste Demo Anfang 2012, bei der es heißen wird:

Wir haben es immer noch satt! Bauernhöfe statt Agrarindustrie!

Am 21. Januar 2012 werden in Berlin erneut viele tausend Menschen für eine faire, ökologische und bäuerliche Landwirtschaft auf die Straße gehen. Denn die aktuelle Praxis der Agrarindustrie verursacht Dioxin-skandale, Gentechnik im Essen und Tierleid in Megaställen. Sie verschärft Hungerkrisen, den Klimawandel und das Höfesterben. Zurück bleiben ausgeräumte Landstriche und Monokulturen.

Anlass genug, um der Bundesregierung anlässlich des Internationalen Agrarministertreffens, der zeitgleich im Rahmen der „Internationalen Grünen Woche“ stattfindet, zu zeigen, dass ein „Weiter so“ keine Option für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sein kann, die gesundes und ausreichendes Essen für alle Menschen produziert.



„Wir können es uns nicht länger erlauben durch unsere Ernährung einen so großen ökologischen Fußabdruck zu hinterlassen, wie wir es uns mit der industriellen Landwirtschaft erlauben“, so Jochen Fritz, Koordinator der Kampagne „Meine Landwirtschaft“.

Das Bündnis „Meine Landwirtschaft“ fordert Bundeskanzlerin Merkel und Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf, Subventionen in der Landwirtschaft an soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien zu binden. Außerdem muss die Bundesregierung dafür eintreten, Spekulationen mit Lebensmitteln endlich ein Ende zu setzen und für gesundes, gentechnikfreies und tierfreundlich erzeugtes Essen die Weichen zu stellen. Die Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik bietet jetzt die Chance, einen Systemwechsel einzuleiten, hin zu einer ökologischen, fairen und bäuerlichen Landwirtschaft.

Bei der Kundgebung werden bekannte internationale und nationale Redner/-innen sprechen, die Skulptur „Wir haben es satt!“, die im Vorfeld der Demo von München nach Berlin fährt, wird feierlich enthüllt und im Anschluss wird zur Protesttafel „Teller statt Tonne“ mit Musik eingeladen, für die der Aktionskoch Wam Kat eine Protest-Suppe aus ungenormtem Gemüse bereitet.

Seien auch Sie mit dabei!

Los geht's am Samstag, den 21. Januar 2012 um 11:30 Uhr am Berliner Hauptbahnhof, von dort aus geht es zur Kundgebung vor dem Reichstag. Aus dem gesamten Bundesgebiet werden wieder Busse zur Demo nach Berlin fahren. Weitere Infos, insbesondere zu Mitfahrgelegenheiten, erhalten Sie auf unserer Webseite (s.u.) oder im Demo-Büro unter Tel: 030 2848 243-7/-8.

Meine Landwirtschaft:
Wie geht es weiter?

Im nächsten Jahr wollen wir weitere Aktivitäten in Deutschland durchführen und auch die internationale Vernetzung der Kampagne stärken. Europaweit sind dafür Aktivitäten mit dem ARC-Bündnis (die Agricultural and Rural Convention 2020) geplant, darunter eine Aktion in Brüssel mit Slow Food und eine „Speakers-Tour“ mit Landwirten aus Osteuropa, Afrika und Asien. Darüber hinaus wird die Kampagne verstärkt in Deutschland aktiv werden und möchte Europa-Abgeordnete gezielt in ihren Wahlkreisen ansprechen. Außerdem werden die Ergebnisse der Dialogveranstaltungen „Bauer hält Hof“ von den Regionen in die Städte getragen, um so die Verbindung von kritischen VerbraucherInnen mit Bäuerinnen und Bauern zu stärken. Auch 2012 werden wir uns für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik einsetzen! Für die Menschen und die Umwelt! Wir bleiben dran! Weitere Informationen finden Sie hier:

Informationen zur Kampagne Meine Landwirtschaft:

www.meine-landwirtschaft.de
Informationen und Organisatorisches zur Großdemo:

www.wir-haben-es-satt.de



*Harry Hoffmann, Jochen Fritz
und Iris Kiefer*

Harry Hoffmann und Jochen Fritz koordinieren die Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Iris Kiefer koordiniert die Demo „Wir haben es satt!“.

Entwicklungspolitik – was denken die Bürger?

Wie gewinnt man sie für dieses Thema?

Weniger als zwei Sekunden ruht das Auge auf den Zeitschriftenseiten, die man durchblättert. Ebenso schnell überfliegt es elektronische Angebote. Was bindet den Blick für die Themen „Eine Welt“, Entwicklungsländer oder Entwicklungspolitik?

In der Publizistik sind für die Kommunikation gesellschaftspolitischer Themen drei sogenannter publizistische Verstärkungsfaktoren unstrittig. Sie spiegeln sich in den drei Leitfragen wider: Stammt die Aussage von einer sehr wichtigen Person? Reicht die Information weit in die Zukunft? Betrifft die Nachricht den jeweiligen Nahbereich meines Gesprächspartners¹, also die Region, in der er arbeitet oder seine Familie wohnt?

Es wird nicht immer möglich sein, ein eindrucksvolles entwicklungspolitisches Zitat des US-Präsidenten oder KP-Vorsitzenden Chinas zur Hand haben, um auf den Verstärkungsfaktor wichtige Person zu setzen. Auf Grund der immer engeren wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Verflechtungen zwischen „Nord“ und „Süd“ ist es jedoch in der Regel möglich, ein besonders augenfälliges Verflechtungsbeispiel auszuwählen. Mit dessen Hilfe kann man der Wahrnehmungs- und Lernsperre entgegenwirken, die im sogenannten Fernproblematik-Syndrom liegt. Repräsentative Meinungsumfragen beweisen seinen Fortbestand.

Vermeintliche Fernproblematik ist ganz nah

Augenfällige Beispiele für die Chance, eine vermeintliche Fernproblematik zur Nahproblematik zu machen, bietet Amazonien. Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Limnologie² etwa untersuchten dort in den 80er Jahren den Wasserhaushalt und stellten fest, die Verdunstung in dieser Region beeinflusse auch die Niederschläge und die Wärme in Europa und damit bei uns. Der Wirkungszusammenhang lautet: Nur rund ein Viertel des Regens in Amazonien fließt über Bäche und Flüsse ab. Ein weiteres Viertel verdunstet direkt vom Blattwerk der Pflanzen und rund die Hälfte wird schnell über das dichte Wurzelwerk der Vegetation an die Atmosphäre zurückgegeben.

Das nachstehende Foto zeigt die Verdunstung am relativ kühlen frühen Morgen im Osten Amazoniens. Millionen Tonnen Wasser werden in Wolken umgewandelt. Satellitenaufnahmen zeigen, wie die Wolkenbänke von Ost nach West transportiert werden, sich an den hohen Anden teilen und nach Nordost und Süd abgetrieben werden.



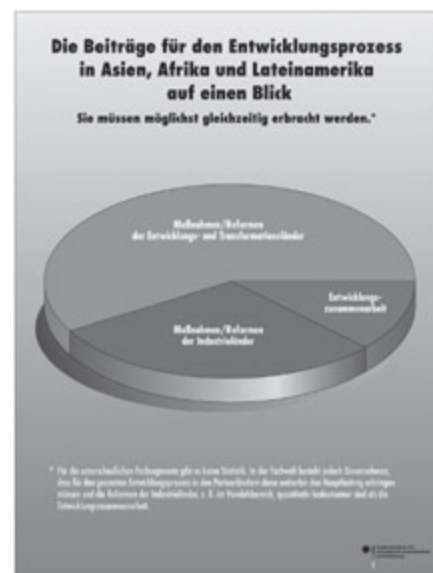
Kein Wissenschaftler der Max-Planck-Gruppe zweifelte daran, dass diese Wärme und Feuchtigkeit nach Europa transportiert und dieser Prozess schweren Schaden nähme, wenn Amazonien entwaldet würde, um unseren Soja-, Fleisch- und Holzbedarf decken zu helfen. Der Film „Storms on the Amazon“ illustriert es.

Negativvorstellungen reduzieren Interesse an Entwicklungspolitik

Aber es ist nicht allein das Fernproblematik-Syndrom, das Menschen entwicklungspolitische Themen überblättern oder am PC wegklicken lässt. Repräsentative Umfragen in den skandinavischen Ländern, deren Ergebnisse auf Deutschland übertragbar sind, spiegeln ein Bild der „Dritten Welt“ bei uns wider, das in dramatischer Form pauschal negativ ist und dringend der Differenzierung bedarf. Entsprechende Negativvorstellungen reduzieren Interesse. Die Öffentlichkeit interessiert sich für Gewinner, nicht Verlierer. Es gehört zu den gefestigten Erkenntnissen der Lernpsychologie, dass ein für längere Zeit negativ belegtes Thema Lernen behindert. Die Sensationsgier nach zum Beispiel einem Putsch hält nur wenige Tage an.

Der Rückgriff auf skandinavische Umfrageergebnisse ist geboten, weil man bislang in Deutschland und der EU³ nicht das konkrete entwicklungspolitische Wissen, sondern nur Meinungen ermittelte. Demgegenüber wurde 2007 in den bislang jüngsten Umfragen in Dänemark und Finnland, die in englischer Sprache vorliegen, gleich lautend gefragt, wie hoch in allen Entwicklungsländern der Zugang zur Grundschulbildung sei. 63 Prozent der Dänen schätzten ihn auf ein bis 30 Prozent, 19 Prozent veranschlagten ihn auf 31 Prozent bis 50 Prozent und nur ein Prozent lag mit der Angabe 81 bis 90 Prozent im zutreffenden Bereich. Die Finnen urteilten nahezu identisch. Entsprechend negativ fielen die Antworten zu den Fragen aus, wie hoch der Zugang zu sauberem Wasser oder die Lebenserwartung sei⁴. Vergleichbare Befunde förderte 2005 SIDA in Schweden zutage⁵.

Neben dem pauschalen Negativurteil erstickt schließlich die quantitative Überbewertung der Entwicklungszu-





Thema Entwicklungsländer und EZ mit dem Argument abzuwenden, es sei behauptet worden, die Hilfe behebe das Problem, doch die fortbestehende Not in den Entwicklungsländern beweise das Versagen der EZ.

In der entwicklungspädagogischen Arbeit ist es von großer Hilfe, das BMZ-Schaubild einzusetzen, das die EZ mit den anderen Faktoren für die Überwindung von Not und Armut im sogenannten „Süden“ ins Verhältnis setzt. Es hilft, sich die wichtigen Eigenleistungen der Entwicklungsländer (größtes „Kuchenstück“) und den Reformbedarf in den Industrieländern (zweitgrößtes „Kuchenstück“) vor Augen zu halten. Mehr denn je gilt, dem „Süden“ durch den „Norden“ nicht länger Schäden zufügen zu dürfen. Oft löst diese Gesamtschau einen Aha-Effekt aus und eröffnet den Bürgern die Chance, über den eigenen persönlichen Beitrag nachzudenken.

Christian Wilmsen

sammenarbeit (EZ)Interesse⁶. Es enttäuscht Menschen, wenn suggeriert wird, die EZ könne die Probleme in einem Entwicklungsland XY lösen, die Erfolge aber ausbleiben. Solche Enttäuschungen erleichtern es, sich vom

Der Autor war gut zehn Jahre in evangelischen Hilfswerken und etwa 20 Jahre im BMZ tätig. Im Ministerium war er u.a. Redakteur der Print- und audiovisuellen Medien sowie Leiter des Referats für die Entwicklungspolitische Bildung. Er führte in der Gründungsphase 1992/93 die Geschäfte des Forums Umwelt und Entwicklung und fungierte 1992 auf der UNCED in Rio de Janeiro als Sprecher der deutschen epol. NRO.

- (1) Die Nutzung der männlichen Form dient der Kürze und hat allein stilistische Gründe. Beide Geschlechter sind gemeint.
- (2) Der Name dieser Wissenschaftseinrichtung änderte sich seitdem. Sie heißt jetzt Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie.
- (3) Dies gilt auch für die entwicklungspolitischen EUROBAROMETER-Erhebungen, deren erste im Jahr 1983 erfolgte.
- (4) Quelle für beide Länder: Catinét AIS, Kopenhagen, Studie im Auftrag von UNDP: „Millenium Development Goals 2015 – Survey in Denmark“ bzw. „Survey in Finland“, 2007. Beide Umfragen können beim Verfasser unter cwilmsen@t-online.de abgerufen werden.
- (5) Quelle: Swedish International Development Cooperation Agency (SIDA): „Swedish viewpoints on development cooperation“, Februar 2006. Auch diese Umfrage sendet der Verfasser gerne zu.
- (6) Beispielzitate für entsprechende massive Übertreibungen können beim Verfasser angefordert werden.

Bericht vom GEF Council

Umfangreiches Arbeitsprogramm verabschiedet



Kleiner Bläuling

Entwicklungshilfe-programm (UNDP) bis zur Asiatischen Entwicklungsbank. Der Schwerpunkt der geförderten Projekte liegt in den Bereichen Klimaschutz, Biologische Vielfalt, Meeres- und Fließgewässerschutz,

In Washington tagte Anfang November das Beschlussgremium der Globalen Umweltfazilität (Global Environment Facility – GEF) zur 41. Sitzung. Der internationale Mechanismus zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten in Entwicklungsländern, der 1991 gegründet wurde, hat mittlerweile 182 Mitgliedsstaaten und ist der größte Finanztopf für globale Umweltprojekte. Die GEF ist eine „Facility“, die zur Projektumsetzung mit aktuell zehn Agenturen arbeitet, vom UN-

Ozonschicht, Desertifikation beziehungsweise Landdegradation sowie besonders langlebige organische Schadstoffe.

Auf der Sitzung wurde das Arbeitsprogramm in Höhe von 4,6 Milliarden US-Dollar einschließlich der Ko-Finanzierung verabschiedet.

Das GEF NGO Netzwerk organisierte anlässlich des Treffens eine Reihe von Veranstaltungen und Konsultationen. Auf der mit 120 Teilnehmern bislang bestbesuchten NGO-Veranstaltung diskutierten GEF-Council-

Mitglieder mit NGO-Experten über eine GEF-Policy für Indigene Völker, das Engagement mit dem Privatsektor und den zukünftigen Finanzierungsbedarf für Biodiversität und für Klimaschutz sowie über die Rolle des Green Climate Fund. Die NGOs konnten erreichen, dass hohe Umwelt- und Sozialstandards von neuen Bewerbern um GEF-Gelder eingehalten werden müssen. Auch forderten die NGOs, dass die Richtlinien zur Beteiligung der Zivilgesellschaft überarbeitet werden.

Das nächste Treffen des GEF Rats und die Konsultationen mit der Zivilgesellschaft finden vom 3. Bis 7. Juni 2012 statt.

Die Ergebnisse des Treffens stehen auf der Webseite der GEF zum Download bereit <http://www.thegef.org>

Weitere Informationen finden sich auch auf der Website des GEF NGO Netzwerks <http://www.gefngo.org/>

Günter Mitlacher

Der Autor ist Leiter Biologische Vielfalt bei WWF Deutschland und im Auftrag des Forums Umwelt und Entwicklung Repräsentant für Europa im GEF NGO Network.

Perspektiven gender_gerechten Wirtschaftens

Fachgespräch „Green Economy – Wirtschaften für nachhaltige Lebensbedingungen“

Die AG Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung und genanet hatten am 11. November 2011 Mitglieder von Initiativen und (Frauen)Gruppen zum fachlichen Austausch nach Berlin eingeladen. Im Vordergrund stand die Frage nach Alternativen zur herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Geschlechter- und Naturverhältnisse ebenso ausblendet wie die Lebensbedingungen von Frauen und Familien. Wird die Green Economy der Anforderung gerecht, den Wandel zu sozial und ökologisch nachhaltigeren Lebensbedingungen voranzutreiben und handfest zu machen? Es ging um Positionen feministischer Ökonomie und Strategien zu ihrer Umsetzung.

Treibende Kraft industriellen Wirtschaftens und wirtschaftlichen Wachstums war von jeher die Güterproduktion im Rahmen von Markt und Wettbewerb. Diese Sicht ignoriert wesentliche Aspekte menschlichen Wohlergehens ebenso wie die begrenzte Belastbarkeit der Natur. Der internationale feministisch-ökonomische Diskurs wendet sich gegen ein Ökonomie-Verständnis, das konkrete Lebensverhältnisse ins Nicht-Ökonomische verbannt.

Im Vorfeld von Rio+20 repräsentiert die Green Economy die Erwartungen an eine Zukunft, die endlich Ernst macht mit dem Postulat nachhaltigen Wirtschaftens. Doch das neue Konzept wird sich nicht nur daran messen lassen müssen, in welcher Weise es beiträgt zu einem schonenden Umgang mit Natur. Die bisher weitgehend vernachlässigte Dimension sozialer Nachhaltigkeit beinhaltet die Forderung nach (Verteilungs)Gerechtigkeit, zumindest jedoch nach Abbau von Armut und Ausgrenzung wachsender Teile der Weltbevölkerung.

Keine der Teilnehmerinnen des Fachgesprächs (Männer waren – obwohl eingeladen – leider ausgeblieben) traute einer Green Economy zu, einen grundlegenden Wandel herbeizuführen. Man sah keine Ansatzpunkte für eine Erweiterung des wachstumsorientierten Ökonomiemodells im Hinblick auf eine neue Balance zwischen materiellen und sozialen Bedürfnissen. Vielmehr war man überzeugt, auch eine Green Economy werde die eindimensionale Ausrichtung des Wirtschaftens auf Markt und Güterproduktion nicht aufbrechen können beziehungsweise wollen.

Im Brennpunkt der Überlegungen standen die Voraussetzungen und Ziele einer Wirtschaftsweise, für die nicht die technologiegesteuerte Effizienz-

steigerung der Produktion, sondern die nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlagen (sustainable livelihood) im Mittelpunkt politischen Handelns steht. Die Teilnehmerinnen bezogen sich dabei zum einen auf die derzeitige internationale Diskussion über neue Wohlstandsmodelle¹, zum anderen auf Beispiele solidarischen Wirtschaftens in Gegenwart und Vergangenheit. Fachlichen Input lieferten Mitglieder der AG Frauen sowie Brigitte Kratzwald und Christa Wichterich als externe Referentinnen.

Vor dem Hintergrund der Funktionslogik markt- und warenförmigen Wirtschaftens war die vertiefte Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis von Gemeingütern/Commons ein besonderes Anliegen der Diskussion. Für ‚Commoner‘ sind Güter nicht etwas, das außerhalb der Menschen existiert, die sie nutzen. Sie repräsentieren vielmehr ein ganzes Bündel sozialer Vereinbarungen. Die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom hat nachgewiesen, dass selbstorganisierte Regeln im Hinblick auf das Wohlergehen einer Gemeinschaft und ihrer einzelnen Mitglieder erfolgreicher sind als marktbasierendes Ressourcenmanagement.

Im Gegensatz zu einer von der Idee der Gemeingüter getragenen Entwicklung verknüpft die Rationalität von Markt und Wettbewerb vor allem die Ressourcen (Zeit und Geld) für außerökonomische Versorgungszusammenhänge, aber auch für wenig produktive Dienstleistungen und informelle Tätigkeiten an den Rändern des globalen Marktes.

Leidtragende sind weltweit vor allem Frauen in ihrer Zuständigkeit für

kleinräumige, meist in privaten Haushalten erbrachte Versorgungsleistungen (Care). Ihre wachsende Belastung und Armutsgefährdung ist strukturell bedingt.

Jede Form sozial nachhaltigen Wirtschaftens ist auf die Verfügbarkeit von Gütern angewiesen, die von allen genutzt werden können. In marktba-



Teilnehmerinnen des Workshops

sierten Gesellschaften gilt ihre Bereitstellung in erster Linie als staatliche Aufgabe. Angesichts zunehmender Krisenanfälligkeit westlicher Wohlfahrtsstaaten droht die öffentlich gewährleistete Unterstützung des Nichtmarktbereichs jedoch immer knapper zu werden.

Es ist nicht zuletzt die Aufgabe feministischer Ökonomie, der Utopie einer geschlechtergerechten, ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsweise im 21. Jahrhundert Gestalt zu geben.

Das nächste Treffen der AG Frauen findet im März 2012 in Wuppertal statt. Neue Frauen, die sich u.a. für das Thema gender_gerechtes nachhaltiges Wirtschaften interessieren, sind herzlich eingeladen. Kontakt: daniela.gottschlich@uni.leuphana.de

Elisabeth Stiefel und
Daniela Gottschlich

Die Autorinnen sind Mitglied der AG Frauen des Forums Umwelt und Entwicklung.

genanet schreibt gender_gerecht, um zu betonen, dass Gerechtigkeit für jeden Menschen angestrebt wird.

¹ siehe Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung 1/2011, S. 35.

Energieholz – eine Therapie für den Klimaschutz?

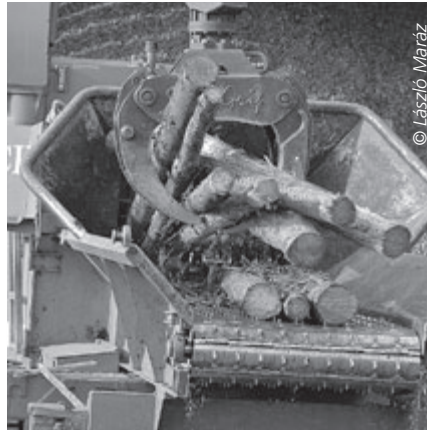
Holz wird als Energielieferant immer begehrt. Noch nie wurde so viel davon verbrannt wie heute. Der Verbrauch steigt aber vor allem in Industrieländern, denn Holz ist ein vergleichsweise günstiger Brennstoff und durch seine Verbrennung in Heizungen und Kraftwerken lassen sich fossile Energieträger einsparen.

Im Vergleich mit Heizöl oder Kohle ist der Einsatz von Holz aber nur dann klimaschonender, solange nicht zu viel Holz genutzt wird, Raubbau unterbleibt und ausreichend Holz für andere – und hier vor allem für stoffliche – Verwendungen übrig bleibt. Über den Klimaschutzbeitrag von Energieholz lässt sich trefflich streiten: Zwar wird bei der Holzverbrennung viel weniger Kohlendioxid erzeugt als beim Heizen mit Kohle oder Heizöl, denn die nachwachsenden Bäume nehmen es ja wieder auf. Doch im Vergleich zu vielen stofflichen Nutzungspfaden schneidet es viel schlechter ab. Werden anstelle von Holz Baustoffe aus Beton, Stahl, Aluminium oder Kunststoffe verwendet, ist der Energieverbrauch deutlich höher. Die Substitution energieintensiver Materialien ist die klimapolitisch wirksamste Möglichkeit der Holzverwendung. Zumal man einen großen Teil der Bau- und Möbelhölzer recyceln und am Ende ihrer Lebensdauer energetisch nutzen kann (Kaskadennutzung). Darum sollten nur solche Hölzer verbrannt werden, für die es keine bessere Verwendungsmöglichkeit gibt. Zwar wurde bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die Förderung der Holzverbrennung verringert, doch dies betrifft nur Neuanlagen. Holz wird weiterhin in großen Mengen im Ofen landen, weil es billiger ist.

Klimaschutz durch Biomasse in Kohlekraftwerken?

Ob der Deutschen Energieagentur (dena) solche Zusammenhänge bekannt sind, kann bezweifelt werden. Die dena hatte im Oktober bei der Veröffentlichung der Studie "Die Mitverbrennung holzartiger Biomasse in Kohlekraftwerken – Ein Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz?"⁽¹⁾ für die Förderung der Holzverbrennung in Kraftwerken geworben. Die Studie wurde mit Unterstützung der Vattenfall Europe AG erstellt.

Demnach könnten durch die Mitverbrennung von holzartiger Biomasse (Holzpellets) in Deutschland bis zu 50 Prozent der Kohle ersetzt und kurz-



Hier wird Nadel-Industrieholz zu Hackschnitzeln verarbeitet

fristig im bestehenden Kraftwerkspark schon beim Ersatz von 10 Prozent knapp 30 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, rund einem Zehntel der jährlichen durch Kohlekraftwerke entstehenden CO₂-Emissionen in Deutschland. "Die Verwendung insbesondere hochwertiger Holzpellets in Kohlekraftwerken kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und gesicherte Kraftwerksleistung auf Basis erneuerbarer Energien bereitstellen", so Stephan Kohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der dena. "Deshalb müssen wir die Marktentwicklung der Biomassemitverbrennung gezielt fördern." Ausgehend von aktuellen Preisen für CO₂-Zertifikate, Steinkohle und Holzpellets ergebe sich ein durchschnittlicher Förderbedarf von 3,6 Cent/kWh.

Allerdings würden für den Bedarf bei einer 50-prozentigen Holzmitverbrennung in Steinkohlekraftwerken jährlich rund 35 Millionen Tonnen Holzpellets benötigt – mehr als die gesamte Sägewerkskapazität. Dieser Bedarf könne durch einen Mix aus heimischer und importierter Biomasse gedeckt werden. Um Nutzungskonkurrenzen zu vermeiden, will man insbesondere die globalen Holzpotenziale erschließen.

Übrigens, in der Mitteilung der dena findet sich einer der häufigsten Denk- und Rechenfehler der Energieholzdebatte: Dass beim Ersatz von zehn Prozent Kohle durch Holz zehn Prozent der Emissionen vermieden werden, funktio-

niert nur, wenn das Holz keine Emissionen verursacht. Doch für die Erzeugung und Transport von Holzpellets wird auch Energie benötigt. Außerdem nehmen die nachwachsenden Bäume das CO₂ nur allmählich auf, der Prozess dauert viele Jahrzehnte. Über diesen Zeitraum hinweg behalten auch die CO₂ Emissionen des Brennholzes ihren Treibhauseffekt. Und da das Holz nicht stofflich genutzt wird, wird auch die deutlich höhere Substitutionswirkung verhindert.

Brennstoffwechsel – zu wenig für die Energiewende

Holz ist inzwischen so knapp, dass den Sägewerken, Spanplattenherstellern, Papierfabrikanten und Biomassekraftwerken der Rohstoff auszugehen droht. Für 2020 wird allein in Deutschland ein jährlicher Mangel von mehr als 30 Millionen Kubikmetern erwartet (in Europa liegt diese „Deckungslücke“ bei über 400 Millionen Kubikmeter). Immer mehr Holz wird aus dem Wald geholt. Sogar Äste, Reisig, Blätter und Wurzelstöcke und leider auch hohle Bäume dürfen vielerorts nicht mehr im Wald verrotten. Dort aber könnten sie zahllosen Arten als Nahrungsgrundlage dienen und den Waldboden fruchtbar und durchlässig erhalten. Nicht nur Umweltorganisationen, sondern auch Verbände der stofflichen Nutzung wie die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (AGR) und der Verband der Holzindustrie (VHI), kritisieren die einseitige Förderung der energetischen Holznutzung. Sie fordern die Abschaffung der EEG-Vergütung für die Stromerzeugung aus Wald- und Waldrestholz. Es ist nicht sinnvoll, den Verbrauch eines knappen Gutes mit Steuergeldern zu fördern. Die viel beschworene Kaskadennutzung funktioniert nur, wenn das Holz nicht gleich verbrannt wird.

Für die Energiewende reicht es nicht, Heizöl und Kohle einfach durch Holz zu ersetzen, denn so viel Holz können unsere Wälder nicht liefern. Und beim Import solcher Holzmassen lassen sich ökologische und soziale Probleme in den Herkunftsländern nicht ohne weiteres ausschließen.

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Plattform »Nachhaltige Biomasse« und der AG Wald des Forums Umwelt und Entwicklung.

¹ Vgl. <http://www.dena.de/infos/presse/pm-archiv/pressemeldung/klimaschutz-durch-biomasse-in-kohlekraftwerken/>

Gehen die Meere unter?

Rio+20 und Meeresumweltschutz

Diese Frage stellte die CDU/CSU-Fraktion am 24. Oktober im Reichstag, um die Bedeutung der Meere für die globalen Ökosysteme und ihren Schutz beziehungsweise die Bedeutung der Meere für die internationale Politik und den Beitrag der Bundesregierung dazu, zu diskutieren. Der Kongress war mit hochkarätigen RednerInnen besetzt: Bundeskanzlerin Angela Merkel, EU-Kommissarin für Fischerei und maritime Angelegenheiten Maria Damanaki, Umweltminister Norbert Röttgen sowie Christian Ruck, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.

Damanaki lobte Deutschland als wertvollen Verbündeten auf europäischer Ebene und seinen durch nationale Maßnahmen glaubwürdigen Einsatz für mehr Nachhaltigkeit auf internationaler Ebene. Sie rief die deutsche Bundesregierung zur aktiven Unterstützung der geplanten Reform der Allgemeinen Fischereipolitik der EU (CFP) auf. Als einen der Hauptgründe für eine magere Bilanz („no results“) fast zwanzig Jahre nach Rio nannte sie die jahrzehntelange Praxis sektoraler Politiken. Für den Schutz der Meere und nachhaltige Politik sei die Betrachtung nur eines Sektors einfach nicht gut genug.

Internationales Meeresschutzabkommen in Rio verabschieden

VertreterInnen von NRO und der Wissenschaft zeigten mit erschreckenden Zahlen erneut, dass auf allen politischen Ebenen mehr für den Meeresschutz unternommen werden muss. Vor allem müsse eine Beschränkung von Fischereikapazitäten sowohl in EU als auch in internationalen Gewässern durchgesetzt werden. VertreterInnen der Regierung(spartei) versprachen, sich auch 2012 auf dem UN-Gipfel in Rio aktiv für ein, zuvor auch von Damanaki unterstütztes, Internationales Meeresschutzabkommen für Gebiete jenseits der nationalen Jurisdiktion einzusetzen. Ein internationales Netzwerk von Meeresschutzgebieten sei zumindest zu prüfen.

Bundeskanzlerin Merkel und Christian Ruck verbanden christlich/ethische Überzeugungen mit dem dringend notwendigen Bedarf, die Umwelt und die Meere ihrer selbst willen zu schützen. Die Finanzkrise sei nur eine von vielen aktuellen Krisen, die alle aus Kurzfristigkeitsexzessen entstanden seien, die wir uns nicht mehr länger leisten könnten.

Mit Verweis auf den Stern-Report sei nicht nur zu berechnen, wie viel Schutzmaßnahmen kosten, sondern auch wie hoch der Preis unterlassenen Handelns sei. So sei Klimaschutzpolitik immer auch Meeresschutzpolitik. Eine Voraussetzung für weitere EU-Fischereiabkommen sei eine Veränderung der Fischereipraxis in EU-Gewässern – aber vor allem jenseits davon.

Dennoch – es blieb der Nachgeschmack, dass die Veranstaltung neben der Kür auch der Show diene: Der Vertreter der nationalen Organisationen von Fischereiunternehmen der EU konnte ohne Diskussion, Fisch als ein Stück reine Natur hochleben lassen, ohne die Auswirkungen bestimmter Fischfangpraktiken etwa auf die Ökosysteme am Meeresboden auch nur zu erwähnen. Der Vertreter der VDMA AG Schiffbau- und Offshore-Zulieferindustrie konnte ohne Diskussion die These vertreten, dass allein mit effektiveren Motoren und einem positiven Blick in die Zukunft alles gut werden würde.

Interessant wurde die Veranstaltung am Nachmittag. Dr. Hamady Diop, Vertreter der Sub-Regionalen Fischereikommission Westafrika, wies nachdrücklich auf die negativen Auswirkungen des Fischfangs europäischer Flotten für die Menschen der Küstenregionen hin. Der Zugang zu Ressourcen, in diesem Fall Fisch als Nahrungsmittel, müsse zuerst für die lokale Bevölkerung gegeben sein und nur Überschüsse („surplus“) seien international zu verteilen. Er betonte, dass es solche Überschüsse derzeit nicht gebe und räumte ein, dass viele westafrikanische Staaten Schwierigkeiten mit der Umsetzung von Fischereimanagementmaßnahmen hätten.

Wem gehören die Meere?

Am Ende wurden sogar einige Fragen und Punkte kurz angesprochen, die Konfliktlinien deutlich machen,



Wittling

die (auch in Deutschland) „weh“ tun: Wie kann die Rolle der Landwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Meeresökosysteme in Angriff genommen werden? Wie sieht es mit dem tatsächlichen Schutz der Meeresökosysteme in Schutzgebieten der Ostsee aus? Wie hoch wird der Prozentsatz wirklich nutzungsfreier Natura Meeresschutzgebiete in der AWZ (Ausschließliche Wirtschaftszone) tatsächlich sein? Wem gehört der Ozean und wie können Nutzungsrechte geregelt werden? Brauchen wir parallel zum Weltklimarat und IPBES einen „Welt-ozeanbeirat“ und würde sich Deutschland dafür einsetzen? Und last but not least, mehrmals von Seas at Risk aufgeworfen, die Frage: Wie belastbar sind wohlklingende Versprechen von Seiten der Politik, wenn ihre konkreten Verhandlungspositionen etwa bei EU-Fischereiratssitzungen nicht transparent sind und von Seiten der Zivilgesellschaft nicht eingefordert werden können.

Im Gedächtnis bleibt die Antwort auf die Frage aus der Überschrift in den Worten von Dr. Hamady Diop: Die Meere gehen nicht unter, wir sind es, die Menschen.



Claudia Kabel

Weitere Informationen:

Zur Veranstaltung, einschließlich Vortragsunterlagen der Referentinnen:
<http://veranstaltungen.cducs.de/veranstaltungen/rio20-gehen-die-meere-unter-neue-impulse-fuer-den-internationalen-meeresschutz>
 Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion zu Rio+20 und Meeresschutz
http://www.ingbert-liebing.de/cmsMedia/Downloads/Papiere/Positionspapier_Meeresumweltschutz.pdf

Die Autorin koordiniert gemeinsam mit Kathrin Blaufuss das Projekt „Auf dem Weg nach Rio+20: eine zivilgesellschaftliche Begleitung mit besonderem Schwerpunkt auf Green Economy, Low Carbon Economy und biologische Vielfalt“ beim Forum Umwelt und Entwicklung

Publikationen/Filme

Water for Life

Weitere Themen der internationalen Wasser-Diskussion greift das englischsprachige Positionspapier „Water for Life“ auf, dass die GRÜNE LIGA Bundeskontaktstelle Wasser in Kooperation mit Partnern aus dem Forum Umwelt



und Entwicklung und aus dem Living Lakes- – Netzwerk pünktlich zur Bonner NexusBonn-Konferenz vorstellte. Zu den zentralen Herausforderungen gehören neben der Vermeidung der negativen Auswirkungen durch Staudämme das Menschenrecht auf Wasser, die ökologisch verträgliche sanitäre Grundversorgung, das integrierte Wassermanagement, die Reduzierung der Wasserverschwendung in der Landwirtschaft, verursachergerechte Wasserpreise und stärkere Partizipation.

Bezug:
Kostenloser Download unter: <http://www.forumue.de/publikationen/publikationen2/admin-publikation/water-for-life/>

Gedruckte Exemplare erhältlich bei:
GRÜNE LIGA e.V.
Bundeskontaktstelle Wasser / Water Policy Office
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
Email: wasser@grueneliga.de

Rohstofffrausch. Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen

„Bergbau in rohstoffreichen Ländern pendelt häufig zwischen hohen Erwartungen und ernüchternder Wirklichkeit. Deutsche und europäische Politik sind auf der Jagd nach Rohstoffen, fordern vor allem für ihre Unternehmen Rechte, wie Investitionssicherheit und Marktzugang. Dahingegen haben die Unternehmen kaum Pflichten. Mit dem Mining Act von 1995 haben die Philippinen ein liberalisiertes Bergbaugesetz verabschiedet. Doch was sind die Konsequenzen für Mensch und Umwelt? Konnten die Versprechungen von Arbeitsplätzen

und Investitionen gehalten werden? Wie wirkt sich Bergbau auf Menschenrechte aus? Das vorliegende Buch beleuchtet, welche Akteure Interesse an der Liberalisierung haben. Wer sind die Investoren, welche Unternehmen beteiligen sich am Abbau? Vor allem wird aber der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen hat der Bergbau in den Philippinen auf die Menschenrechte, auf Indigene und lokale Gemeinschaften und auf die Umwelt. Es stellt zudem die Fragen, welche Rechenschaft müssen Unternehmen ablegen, welche Initiativen und welche Proteste gibt es in den Philippinen.“

Hrsg: philippinenbüro.
Mit Beiträgen von:
Heidi Feldt (Global Policy Forum); Nicola Jaeger (PowerShift); Elisabeth Strohscheidt (Misereor); Mario Maderazo (Philippine Misereor Partnership); Daniel Böhme (Barkadas); Romel de Vera (LRCIKSK – Friends of the Earth Philippines) und Michael Reckardt (philippinenbüro).

Bezug:
Erhältlich für 9,90 € zzgl Porto:
Email: vertrieb@asienhaus.de
ISBN 978-3-933341-55-6



20 Jahre danach. Eine kleine Geschichte des Rio-Prozesses

Vom 20. bis 22. Juni 2012 findet in Rio de Janeiro die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung statt, der, wie es in der öffentlichen Diskussion verkürzend heißt, Rio+20-Gipfel.

Dieser weniger technische Titel deutet bereits auf eine längere, eben 20-jährige, Geschichte hin. Tatsächlich ist die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung noch ein wenig älter, sie begann 1972 in Stockholm.

Die vorliegende Broschüre will die Meilensteine dieser Geschichte in groben Zügen nachzeichnen. Dabei beschränkt sie sich auf die Ebene der Vereinten Nationen. Vieles von dem, was Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und Andere auf nationaler und internationaler Ebene zu dieser Diskussion beigetragen haben, verdient Beachtung. Dies alles darzustellen, würde allerdings den Rahmen der vorliegenden Broschüre sprengen.

Für den Evangelischen Entwicklungsdienst und Brot für die Welt steht die Diskussion zu nachhaltiger Entwicklung im Kontext von Rio+20 in Kontinuität zu ihrer Arbeit zu einem zukunftsfähigen Deutschland. Im Herbst 2008 haben der EED und Brot für die Welt zusammen mit dem BUND die vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie verfasste Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ herausgegeben. Dort werden Wegmarken für eine nachhaltige Entwicklung skizziert. Der Rio+20-Gipfel könnte ein wichtiger politischer Meilenstein auf diesem Weg werden.

Bezug:
Evangelischer Entwicklungsdienst, eed
Ulrich-von-Hassell-Straße 76
53123 Bonn
www.eed.de; eed@eed.de



Rio+20 – Ein kleines Begriffslexikon

20 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio findet am gleichen Ort im Juni 2012 mit dem Rio+20-Gipfel wieder eine Konferenz über nachhaltige Entwicklung statt. Geschichte, Themen und Kontroversen dieses Ereignisses aufzuzeigen, wird dieses Heft nicht vermögen. Stattdessen will es wichtige Begriffe der Debatte kurz und präzise erläutern und Orientierung im Dschungel der politischen Schlagworte bieten.

Bezug:
Evangelischer Entwicklungsdienst, eed
Ulrich-von-Hassell-Straße 76
53123 Bonn
www.eed.de; eed@eed.de
Bild dabei

Studie: Perspektive der Biogasgewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen - Bewertung von Substratalternativen zu Silomais

Wie lässt sich mit möglichst geringem Umweltverbrauch möglichst viel Biogas erzeugen? Welche Alternativen gibt es zum Maisanbau, der längst an seine Grenzen stößt und immer stärker kritisiert wird? Hierzu hat das Deutschen Biomasse Forschungszentrum im Auftrag des Forums Umwelt und Entwicklung im Rahmen des Projektes Plattform „Nachhaltige Biomasse“ eine Studie erstellt, die über Vor- und Nachteile alternativer Substrate zur Biogaserzeugung informiert.

Die Studie ist eine knappe, auch für Laien verständliche Darstellung und Bewertung landwirtschaftlicher Substrate zur Biogaserzeugung. Neben ökologischen Kriterien informiert sie auch über

pflanzenbauliche Nachhaltigkeit und technische und ökonomische Aspekte. Welche alternativen Ausgangsmaterialien können die Biologische Vielfalt fördern? Welche Probleme sind noch zu überwinden, damit solche Alternativen einen Teil des Maisanbaues ersetzen können und diesen auf die weniger sensiblen Flächen begrenzen.

Die Biogaserzeugung ist sicher nicht die Hauptursache für die vielfältigen Probleme der heutigen Landwirtschaft. Aber sie kann zu einem Teil ihrer Lösung werden. Mit der vorliegenden Studie wollen wir zu einer konstruktiven Diskussion darüber beitragen.

Bezug:
Kostenloser Download unter:
http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Weitere_Themen/Biomasse/DBFZ_Maisalternativen.pdf
Gedruckte Exemplare erhältlich bei:
Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19–20
10117 Berlin

 **Saumagen und Regenwald – Klima- und Umweltwirkungen deutscher Agrarrohstoffimporte am Beispiel Sojaschrot: Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Gestaltung**

Weltweit stammen 14 % aller klimaschädlichen Treibhausgase aus der Landwirtschaft. Futtermittel sind mit Abstand das wichtigste



Agrarprodukt, das nach Deutschland und in die EU insgesamt importiert wird. Sojaschrot, das eine für die Fütterung besonders vorteilhafte Eiweißzusammensetzung besitzt, ist wiederum das Futtermittel, das am meisten importiert wird. Die Importe sind seit den 1960er Jahren stark angestiegen, und nehmen weiter zu. 80 % der deutschen und europäischen Sojaimporte kommen aus Südamerika, vor allem aus Brasilien, Argentinien und Paraguay.

In all diesen Ländern ist der Sojaanbau in den letzten Jahrzehnten – parallel zur wachsenden Sojanachfrage in Europa und Asien – drastisch angestiegen und wächst weiter. Die mit dieser Expansion einhergehende Umwandlung von Regenwald und Steppe in Ackerland sind die wichtigste Quelle von Treibhausgasen aus der Landwirtschaft. Bezogen auf die deutschen Importe bedeutet dies, dass allein durch den Anbau – und vor allem der damit verbundenen Landnutzungsänderung – des für den deutschen Markt bestimmten Sojaschrot Treibhausgase emittiert werden, die fast 30 % der von der deutschen Landwirtschaft selbst generierten entsprechen.

Für eine Bewertung der Auswirkungen des Sojaanbaus auf das Klima werden die entlang der gesamten Produktionskette verursachten Treibhausgasemissionen errechnet. Dabei werden der Lebenszyklus-Bewertungsmethode folgend Anbau, Weiterverarbeitung und Transport der Rohstoffe und der Produkte als einzelne Elemente in die Berechnung einbezogen.

Autoren, der von Germanwatch und dem Forum Umwelt und Entwicklung veröffentlichten Studie sind Tobias Reichert und Marion Reichardt.

Bezug:
Kostenloser Download unter:
http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Weitere_Themen/Klima_und_Handell/klimawirkungenagrarimporte_web.pdf
Gedruckte Exemplare erhältlich bei:
Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19–20
10117 Berlin

 **Positionspapier zu REDDplus: Klimawandel begrenzen – Biodiversität fördern – Menschenrechte schützen – Finanzierung gewährleisten.**



Das Positionspapier zu REDDplus wurde von den Arbeitsgruppen Biodiversität und Wälder des Forums Umwelt und Entwicklung erstellt.

REDDplus steht für »Reducing Emissions from Deforestation and Degradation and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of carbon stocks in developing countries« und bedeutet Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung, Walddegradierung und Landnutzungsänderungen.

In dem Papier werden die Positionen der Arbeitsgruppen zu den vier Kernanliegen an REDDplus dargestellt: Begrenzung des Klimawandels, Förderung der Biodiversität, Schutz der Menschenrechte der lokalen Bevölkerung und Gewährleistung der Finanzierung von REDDplus-Vorhaben.

Bezug:
Kostenloser Download unter:
http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/FUE_REDD_09112011_web2.pdf
Gedruckte Exemplare erhältlich bei:
Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19–20
10117 Berlin



Zwei Kurzfassungen des Films ZUKUNFTSFELDER

Nachdem die Vollversion des Films erfolgreich genutzt wird, gibt es nun insbesondere für Veranstaltungen und Unterrichtszwecke zwei 13minütige Kurzfassungen des Films.

Der erste Teil widmet sich dem Klimawandel und seinen Folgen auf den Philippinen, der zweite Teil beschreibt die Arbeit des Bauernnetzwerkes MASIPAG. Zum Film ist außerdem eine 12-seitige Broschüre mit Hintergrundinformationen erschienen.

Eine Vollversion in Englisch ist auf Anfrage erhältlich.

Der Film hat nun auch eine eigene Internetseite www.zukunftsfelder.org.

Die Vollversion, die Kurzfassungen und die Broschüre und Poster können bei der Agrar Koordination bestellt werden. Vorführrechte kosten 50,00€ und eine Blue-Ray version ist für Kinovorführungen ausleihbar.

Bezug:
Agrar-Koordination
Bestellformular unter:
www.agrarkoordination.de

Veranstaltungen

Ausbildung zum/ zur Erd-Charta- Botschafter/in

Workshop 2012
Warburg bei Kassel

Wer Lust an politischer Veränderung und an Bildungsarbeit hat, kann sich bei der Ökumenischen Initiative Eine Welt e.V. (ÖIEW) zur Erd-Charta-Botschafterin/ zum Erd-Charta-Botschafter ausbilden lassen. Die ÖIEW bietet im März und Juni 2012 Workshops für Interessierte an, die die Werte nachhaltiger Entwicklung anhand aktueller Weltprobleme vermitteln wollen. Veranstaltungsort ist Warburg bei Kassel.

Die Erd-Charta ist eine internationale Erklärung grundlegender ethischer Prinzipien für eine nachhaltige Entwicklung. Sie wurde im Jahr 2000 von einem breiten, weltweiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen verabschiedet. Die UNESCO empfiehlt die Erd-Charta als Wertegrundlage für die jetzige Weltdekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

In Deutschland koordiniert die ÖIEW die Aktivitäten zur Erd-Charta. Sie bietet eine Ausbildung zum Erd-Charta-Multiplikator/in an. An zwei Wochenenden lernen die Teilnehmenden die Grundlagen der Ethik für Nachhaltigkeit kennen. Ziel ist es, eigenständig Workshops, Projektstage oder Vorträge zum Thema zu organisieren und durchzuführen. Zur Ausbildung gehören unterschiedliche Methoden, praxisorientiertes Lernen und inhaltliche Inputs. Gemeinsam entwickeln die Teilnehmenden Workshop-Einheiten für konkrete Zielgruppen.

Die Ausbildung findet vom 2.-4. März 2012 und vom 22.-24. Juni 2012 statt und eignet sich insbesondere für LehrerInnen, GruppenleiterInnen der Jugendarbeit und Lehrende in der Erwachsenenbildung.

Eigenbeitrag für beide Wochenenden zusammen: 70 EUR (Studierende etc.),

120 EUR (Normalpreis), inkl. Bio-Essen und Übernachtung.

Informationen
Anmeldung bis zum
12.02.2012
Ökumenische Initiative
Eine Welt e.V.
Mittelstraße 4
34474 Diemelstadt-Wethen
Email: ursula.steuber@oeiew.de
Tel. 05694-1417

Eine Welt Landeskongress 2012: Rio+20 – Wie nachhaltig ist die green economy?

Kongress
16. und 17. März 2012
Schwerte

Am 16. und 17. März 2012 findet in der Ev. Akademie Villigst in Schwerte die Konferenz Rio+20 – Wie nachhaltig ist die green economy? statt.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. „Green economy“ wird das Leitthema der Nachfolgekonferenz der UN-Nachhaltigkeitskonferenz von 1992 werden. Bedeutet „green economy“ aber automatisch auch Armutsbekämpfung und gerechte Entwicklung? Woher kommen die Rohstoffe dafür? Was bedeutet das für den Schutz der biologischen Vielfalt? Und können wir weiter konsumieren wie bisher, wenn alles „green“ wird? Diese und andere Fragen diskutieren wir mit internationalen Gästen.

Kooperationspartner sind u. a. das Eine Welt Netz NRW, die Ev. Akademie Haus Villigst/Institut für Kirche und Gesellschaft, das Amt für Mission, Ökumene und Weltverantwortung (MÖWe), der NABU NRW, die LAG 21 NRW und das CSCP - (UNEP/Wuppertal Institute Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production).

Die Kosten betragen voraussichtlich 60,- €/ erm. 45,- € incl. Übernachtung (DZ) und Verpflegung.

Mehr Informationen
www.eine-welt-netz-nrw.de



Ökologisch ver- träglich, sozial gerecht und ökonomisch zu- kunftsfähig – Struk- turwandel für eine Green Economy

Internationale Konferenz
7. und 8. Februar 2012
Berlin

Die Verhandlungen im Juni 2012 in Rio, zwanzig Jahre nach dem ersten Nachhaltigkeitsgipfel, werden darüber entscheiden, ob das Konzept einer „Green Economy“ neue Impulse für den notwendigen Strukturwandel hin zu einem zukunftsfähigen Wirtschaftsmodell zu geben vermag.

Wie schon 1992 geht es darum, was konkret getan werden muss bzw. kann, damit der Umbau einer auf Übernutzung natürlicher Ressourcen und sich verschärfenden sozialen Gegensätzen aufgebauten Weltwirtschaft vorankommt. Die Herausforderung besteht darin, mit immer weniger Rohstoffen und Energie einen auskömmlichen Wohlstand für möglichst viele Menschen sicherzustellen und dies auf partizipative und demokratische Weise zu erreichen. Wer mit möglichst wenig Energie und Rohstoffen und mit möglichst wenig Umweltbelastung wirtschaftet, hat bereits heute einen immer wichtiger werdenden Wettbewerbsvorteil.

Eine Green Economy muss über das traditionelle Wachstumsparadigma hinausweisen. Im Zeitalter zunehmender Rohstoffknappheit und Energieknappheit sowie des Klimawandels ist der Wohlstand, vor allem in den Industriestaaten, nicht länger daran zu messen, immer mehr zu produzieren und zu konsumieren. Auf der Konferenz soll diskutiert werden, wie ein solcher Paradigmenwechsel in Richtung einer ökologisch nachhaltigen und zukunftsfähigen Sozial- und Wirtschaftsordnung konkret aussehen könnte, und was dies für Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und den Einzelnen bedeutet.

Die Konferenz wird im Rahmen des vom Umwelt-

bundesamts (UBA) geförderten Projekts „Auf dem Weg nach Rio+20“ vom Forum Umwelt und Entwicklung organisiert.

Kontakt und weitere
Informationen:
Forum Umwelt und
Entwicklung
Claudia Kabel
Email: c.kabel@forumue.de



McPlanet.com 2012 - Bitte wenden!

Wege in die Nach- haltigkeit

Kongress
20.-22. April 2012
TU Berlin

McPlanet.com macht Mut zum Einmischen: Wie bekommen wir die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft? Wo liegen die Stellschrauben für eine wirklich andere Welt? Wie werden aus vielen alle? Was kannst Du tun?

McPlanet.com zieht schonungslos Bilanz: Warum steht die Politik der nachhaltigen Entwicklung 20 Jahre nach Rio mit leeren Händen da? Wie steht es um die drängenden sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit? Ist eine „Green Economy“ genug?

McPlanet.com hinterfragt eigene Wahrheiten: Kann die ökologische Landwirtschaft 9 Mrd. Menschen ernähren? Ist eine Vollversorgung mit 100% erneuerbaren Energien dezentral und konfliktfrei möglich? Lügen wir uns mit dem ökologisch-fairen Konsum nur in die Tasche? Und was hat eigentlich in Zeiten historischer Wirtschaftskrisen der Markt noch in der Umweltpolitik verloren?

Organisiert wird der Kongress von Attac, Brot für die Welt, BUND, EED, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, Heinrich-Böll-Stiftung und terre des hommes.

Weitere Informationen:
info@mcplanet.com



DEMO SA. 21.1.2012
START 11:30 UHR: BERLIN HBF. ABSCHLUSS: BRANDENBURGER TOR

**WIR HABEN
ES SATT!**

**BAUERNHÖFE
STATT
AGRARINDUSTRIE**

WIR FORDERN:

- Bindung der Subventionen an soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien!
- Faire Regeln statt Agrarmärkte liberalisieren!
- Heimisches Futter statt Gentechnik-Soja!
- Keine Spekulationen mit Lebensmitteln!
- Exportsubventionen stoppen!
- Keine Subvention der Fleischindustrie!

Wir schätzen die tägliche Arbeit der Menschen auf den Bauernhöfen. Sie müssen im Zentrum einer Reform stehen!

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE



**Internationale Konferenz
des Forums Umwelt und Entwicklung:
Strukturwandel für eine
Green Economy**



Die Verhandlungen im kommenden Jahr in Rio, zwanzig Jahre nach dem ersten UN-Nachhaltigkeitsgipfel, werden darüber entscheiden, ob das Konzept einer „Green Economy“ neue Impulse für den notwendigen Strukturwandel hin zu einem zukunftsfähigen Wirtschaftsmodell zu geben vermag. Das Forum Umwelt & Entwicklung nimmt dies zum Anlass die Gestaltungsmöglichkeiten eines solchen Strukturwandels auf die politische Tagesordnung in Deutschland zu setzen:

Welche Chancen und Risiken ergeben sich aus einem konsequenten wirtschaftlichen Strukturwandel? Welche Interessens- und Zielkonflikte verzögern die Transformation? Wie viel Nutzungs- und Zielkonflikte verträgt die Biosphäre? Wie kann Armutsbekämpfung umgesetzt werden? Wie viel Wachstum ist dafür notwendig? Wie kann mehr Energie- und Ressourceneffizienz erreicht werden? Wie kann eine globale Transformation vorangebracht werden?

**Ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch
zukunftsfähig – Strukturwandel für eine Green
Economy**

7.-8. Februar 2012, Hotel Aquino, Berlin

Tagungszentrum Katholische Akademie, Berlin
Weitere Informationen: rio+20@forumue.de,
Tel.: 030/ 678 1775 74